GEMEINSCHAFTSAUSGABE:

kleine anfrage

AUSGABE 10



ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT NUMMER 47 HERBST 2005 EURO 3,50

PRODUKTIONEN DES WESTENS



INHALT

AKTUELL

SCHWERPUNKT PRODUKTIONEN DES WESTENS

REZENSIONEN ZUM SCHWERPUNKT

REZENSIONEN

EDITORIAL

ZWEI ZEITSCHRIFTEN, **ZWEI** REDAKTIONEN, **EIN** SCHWERPUNKT UND **EINE** GEMEINSCHAFTSAUSGABE

Die Redaktionen der Zeitschriften *kleine anfrage* und *ZAG* haben diesmal zusammengelegt: Hirn, Tresen, Positionen, Wissen, Zeit, Nerven und ... zwei Zeitschriften. Das alles, um gemeinsam eine Ausgabe zur Debatte um Post- und Neokolonialismus herauszubringen. Ein Themengebiet, das im politischen Diskurs hierzulande bisher wenig Beachtung gefunden hat. Jedoch liegt es uns fern eine bildungspolitische Verbesserung des »Standorts Deutschland« vorzunehmen. Gleiches gilt für den moralischen Zeigefinger.
Im Gegenteil: es geht uns um eine schlaglichtartige Bestandsaufnahme und Zusammenfassung der aus unserer Sicht wichtigen Diskussionen über »Produktionen des Westens«. Natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber mit dem Anspruch gerade bei diesem Thema jedem Eurozentrismus die Absage zu erteilen.
Manche *ZAG*-LeserInnen werden die *kleine anfrage* vielleicht noch von der Auslieferung der letzten Ausgabe kennen: einem Teil der Auflage war ein Exemplar der Zeitschrift *kleine anfrage* beigelegt. Gegründet als Zeitschrift der Fachschaft Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin flog sie bereits nach Herausgabe der ersten Nummer aufgrund ihres allgemeinpolitischen, linken, kritischen Anspruchs aus der Uni raus: der offene Blick über die engen Campusgrenzen hinaus war nicht erwünscht. Seitdem sind neun weitere Hefte der Zeitschrift *kleine anfrage* entstanden. Heft 10 erscheint nun zusammen mit der 47. Ausgabe der ZAG antirassistische Zeitschrift – diese, entstand als Zeitungsprojekt der Antirassistischen Initiative Berlin, ARI und hat sich die Arbeit gegen den Alltagsrassismus in allen Bereichen der Gesellschaft zur redaktionellen Aufgabe gemacht.
Mit diesem Heft hoffen wir dazu beizutragen diesen Alltagsrassismus gemeinsam weiter offen zu legen, um ihn begreifbar und vor allem angreifbar zu machen.
Eure kleine anfrage, Eure ZAG

AKTUELL

NACH DER RÄUMUNG IST VOR DER BESETZUNG IST VOR DER RÄUMUNG!

HAUSPROJEKT YORCK 59

EX-BEWOHNERINNEN DER YORCKSTRASSE 59 BESETZTEN DAS BEZIRKSEIGENE HAUS BETHANIEN – BEZIRK DRÜCKT SICH VOR SOZIALER VERANTWORTUNG

Nur fünf Tage nach der Räumung des Hausprojektes gelang es dem (übergangsweise hauslosem) Hausprojekt eine neue Bleibe zu finden. Nach anfänglicher Tolerierung droht das Bezirksamt Kreuzberg-Friedrichshain mit der Räumung zum 31. Oktober 2005. Am 6. Juni 2005 wurde das 16 Jahre alte Hausprojekt Yorck 59 in Berlin-Kreuzberg geräumt. 500 Bullen wurden aufgefahren, um das Haus im Namen und Auftrag des Eigentümers Marc Walter zu erobern. Ab 5 Uhr morgens begann die Vertreibung der Sitzblockade von über 250 Menschen vor dem Haus. Wer nicht freiwillig ging, wurde geprügelt, gequält oder über das Pflaster geschleift. Dann mussten sich verbeamtete Handwerker noch gut zwei Stunden durch Barrikaden, zugeschweißte Türen und Farbbeutel arbeiten, während auf den Dächern schwerbewaffnete und vermummte Einheiten des Sondereinsatzkommandos Position bezogen. Letztlich kamen die – zwischenzeitlich recht bunt gewordenen – Beamten über die Dächer, die Treppenhäuser und den Fahrstuhlschacht und vollzogen die gewaltsame Räumung der 150 BewohnerInnen und UnterstützerInnen, die sich in der zweiten Etage gesammelt hatten. Etliche Leute wurden durch die Bullen verletzt. Das Herrschaftsgebaren der Staatsbüttel gipfelte in einem Unterwerfungsritual, in dem Geräumte gezwungen wurden, sich im Hof nieder zu knien und von der Presse ablichten zu lassen.

Auf einer Demonstration in Kreuzberg am gleichem Nachmittag machten über 2.500 Menschen ihrer Empörung Luft. Zeitgleich kam es immer wieder zu Straßenblockaden in der Innenstadt. Durch eine abendliche Hausbesetzung in der Kreuzberger Oranienstraße und anschließenden Straßenräumungsversuchen durch die Polizei setzten sich die Auseinandersetzungen bis in die frühen Morgenstunden fort.

EIN HAUSPROJEKT OHNE HAUS, DASS EINES SUCHT

»Das Bethanien ist besetzt!« Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht am 11. Juni durch Kreuzberg. Am Rande eines Straßenfestes wurden leerstehende Gebäudeteile des bezirkseigenen Gebäudes Bethanien besetzt. Die anfänglichen Verhandlungen über einen Zwischennutzungsvertrag im Bethanien sind allerdings zwischezeitlich gescheitert; das vor wenigen Wochen geräumte Hausprojekt aus der Yorckstraße 59 (Yorck59) steht somit vor einer weiteren gewaltsamen Räumung. Die Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer versucht gegenwärtig mit Unterstützung ihrer Partei, der PDS/»Linkspartei«, und in Allianz mit der SPD, dem Hausprojekt im Bethanien den Garaus zu machen, während sich die CDU wie üblich ohne einen Schimmer von Ahnung sofort für eine »militante Lösung« der Besetzung aussprach.

Mit der Mehrheit von PDS und SPD hat das Bezirksamt zwischenzeitlich den Beschluss gefasst, dass das Hausprojekt »NewYorck« bis Ende Oktober das Bethanien räumen muss. Als Vorwand dient ihnen unter anderem ein, als Verhandlungsablehnung interpretierter, nicht zu Stande gekommener Verhandlungstermin vor der Sommerpause am 29. Juli.

WAS WAR EIGENTLICH DIE YORCK 59?

1989 gründete sich das Hausprojekt in der Yorckstraße 59 im Hinterhaus einer ehemaligen Fabrik. Von Beginn an entstanden im Haus Strukturen mit kollektiven und selbstbestimmten Wohn- und Arbeitsformen und Raum für soziale, politische und kulturelle Initiativen. Dies geschah baulich wie auch sozial und politisch durch ständige Reflektion in Plena, um gemeinsam über Gestaltung und Nutzung zu entscheiden. Grundlegender Konsens bestand in dem Willen, dem sexistischen, homophoben, rassistischen, antisemitischen und kapitalistischen Normalzustand entgegenzutreten. 60 BewohnerInnen, darunter 11 Kinder, lebten in einer Hausgemeinschaft, die in Wohngemeinschaften mit großen Gemeinschaftsflächen und eher kleinen Privatzimmern ein Leben jenseits von Vereinzelung und individuellem Druck gesellschaftlicher Zwänge gewährleistete. Solidarisch und selbstbestimmt mit dem Prinzip gegenseitiger Hilfe war der Alltag organisiert.

Das Projekt Yorck59 bot aber nicht nur Wohnraum, sondern ebenso kollektiv getragene Räume für politische Arbeit und Kultur. Es gab eine große Veranstaltungsetage, in der regelmäßig VoKü – also Essen und Trinken zum Selbstkostenpreis – politische Informationsveranstaltungen, Filme und anderes organisiert wurden. Die Etage bot auch Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen, die zu politischen Treffen oder Kongressen nach Berlin kamen. Politische Initiativen, wie beispielsweise das Anti-Hartz-Bündnis, aber auch Sport- und Theatergruppen nutzten die Räume. Seit 1992 arbeiteten die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) und die ZAG – antirassistische Zeitschrift, in der Büroetage. Die ARI leistet wichtige Beratungs-, Informations- und Dokumentationsarbeit, wie etwa den jährlichen Bericht »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«, der anhand tausender Beispiele Belege für den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus und die vernichtende Abschottungs- und Abschiebepolitik liefert. Flüchtlingsselbstorganisationen und andere politische Gruppen nutzen seit Jahren die Infrastruktur der ARI für ihre politische Arbeit.

DAS PROFITINTERESSE DES NEUEN EIGENTÜMERS

Da der Eigentümer in Konkurs ging, kam das Haus im Sommer 2003 in Zwangsverwaltung. Auf dubiose Weise wurde das Kaufangebot der Yorck 59 übergangen und das Haus an den Immobilienmakler Marc Walter, Martin Luther Str. 21 in 20459 Hamburg (Büro Berlin: Mommsenstr. 9, 10629 Berlin) verkauft. Als das Hausprojekt die von ihm geforderte 100-prozentige Mieterhöhung nicht zahlen wollte, wurden die Auseinandersetzungen handfester und fortan auf allen Ebenen geführt. Der Hausverwalter Boris Gregor Marweld (Hausverwaltung Marweld & Baupartner

GmbH, Kantstr. 134, 10629 Berlin) agierte mit professioneller Zermürbungstaktik. Da waren kurz vor Weihnachten über Nacht plötzlich die Büro- und Veranstaltungsetagen zugemauert, Wasser wurde ständig abgestellt, BewohnerInnen und BesucherInnen erlebten Bedrohungen, Telefonleitungen wurden bündelweise gekappt, Post geklaut, Fahrradreifen zerstochen und ein Bewohner wurde sogar tätlich angegriffen. Der Eigentümer Marc Walter erwirkte derweil auf der juristischen Ebene einen Räumungstitel im Dezember 2004, nachdem er den Mietvertrag nicht verlängert hatte. Parallel dazu kam sein dreistes und zynisches Angebot, das Haus der Yorck 59 für 2,5 Millionen Euro zu verkaufen, wobei er selbst nur 1,45 Millionen Euro inklusive Steuern bezahlt hatte.

PASS AUF YUPPIE, DIE LUFT BRENNT!

Ebenso wie die Angriffe auf die Yorck59 waren auch die Widerstandsaktionen vielfältig und vielschichtig. Neben den juristischen Auseinandersetzungen organisierten die BewohnerInnen und UnterstützerInnen Kundgebungen, Demonstrationen und Besetzungen, um öffentlichen Druck herzustellen. Unabhängig davon zeigten Solidarbekundungen, Besetzungen und Demonstrationen in ganz Deutschland und im beachbartem Ausland, das die Yorck59 längst zu einem Symol selbstbestimmten Lebens geworden war. Gerüchteweise sollen den Hausbesitzer auch Graffitis in seinem Hamburger Wohnumfeld und Fischstäbchen in seinem Briefkasten genervt haben. UnterstützerInnen sollen von seinem Privat-Konto 3.000 Euro an SOS-Kinderdörfer gespendet haben. Er habe dann den Betrag wieder zurückverlangt, so heißt es.

Polizeischutz bekam Marc Walter, nachdem bei einem Transport-Unternehmen, das vor Jahren an der Räumung der Palisadenstraße 59 beteiligt gewesen war, nicht nur die Luft, sondern auch einige LKWs brannten.

Zitat aus einem Flugblatt: »Im Falle der akut von Räumung bedrohten Yorck59 richtet sich unsere Warnung speziell an die Herren Marc Walter (Eigentümer) und Gregor Marweld (Verwalter). Wir werden euch und eure Bande nicht aus den Augen verlieren und euch für eure Schweinereien zur Verantwortung ziehen. Noch habt ihr die Möglichkeit, aus der Sache heraus zu kommen. Aber unser Atem ist lang und ihr werdet nicht von diesem Planeten abtauchen können. Die Welt ist klein und unsere Phantasie und Reiselust ist groß!«

HER MIT DER POLITISCHEN LÖSUNG

Der politische Kampf für den Projekterhalt verlief von Beginn an im Gesamtkontext der gängigen Stadtumstrukturierung mit ihrer Verdrängung bezahlbaren Wohnraums zugunsten kurzfristigem Geldfluss und Modernisierung für finanziell besser gestellte Schichten.

Die wachsende Bedrohung alternativer Lebens- und Arbeitsformen zeigt sich bundesweit in rigorosen Räumungen bestehender Projekte (zum Beispiel Wagenburgen) und im zunehmend erschwerten Aufbau neuer Strukturen. Die BewohnerInnen versuchten, auch die Bezirks- und Senatsebene in die Verantwortung zu nehmen, um das Hausprojekt zu erhalten. Es kam zu einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg-Friedrichshain im Juni 2004, in dem sie ihre Unterstützung für einen Projekterhalt zusicherte. Viele einzelne PolitikerInnen der rot-roten Regierung im Senat und Bezirk sicherten im weiteren Verlauf des Hauskampfes ihrem Image entsprechend ihre Unterstützung zu. Ihre praktische Unterstützung erschöpfte sich jedoch in ein paar Telefonaten mit dem Eigentümer und immer wieder in dem Hinweis auf den »privaten« Rechtsstreit, auf den sie keinen Einfluss hätten.

Die vom Projekt geforderten politischen Lösungen waren entweder der Selbstkauf zu einem angemessenen Preis oder die Umsetzung des seitens der Politik vorgeschlagenen Ringtausches, wonach der Liegenschaftsfonds (Immobilien-GmbH des Landes Berlin) mit dem Eigentümer ein gleichwertiges Gebäude tauscht, und auf diesem Umweg dann die Yorck 59 das Haus vom Liegenschaftsfonds hätte kaufen können. Marc Walter konnte bis zum Schluss auf seiner Forderung nach 2,5 Millionen Euro beharren, da die Politik nicht wirklich Druck auf ihn ausübte, obwohl das Potential dazu da gewesen wäre, schon allein aus dem Grund, dass Walter als Investor die Stadt als Geschäftspartner vor sich hat. Der Wert des Hauses wurde nie neutral ermittelt.

RIEN NE VA PLUS

Eine Woche vor dem Räumungstermin wurde von den Yorck59-BewohnerInnen und UnterstützerInnen erneut das Bezirksamt Kreuzberg besetzt, um einen Runden Tisch mit PolitikerInnen und einer Einladung an Marc Walter zu einem Verhandlungstermin zu fordern. Ebenso war die Forderung eines Räumungsstopps realistisch, den der Innensenator Körting hätte aussprechen können, da sich das Hausprojekt nach wie vor in Verhandlungen mit dem Bezirk befand. Seitens des Liegenschaftsfonds waren bereits einige Ersatzobjekte aus dem städtischen Häuserbestand angeboten worden, die allerdings bis auf drei Ausnahmen indiskutabel waren, was Zustand, Größe oder Lage betraf. Die angebotenen Ersatzobjekte waren zum Teil viel zu klein oder sogar voll vermietet. Die BewohnerInnen waren bereit, diejenigen zu prüfen, die in Frage kamen. Es fehlten dazu allerdings Bau- und Sanierungsgutachten, teilweise war auch der Preis völlig unklar. Was jedoch von den Objekten bekannt war: Mehrjähriger Leerstand und extreme Sanierungsbedürftigkeit!

Drei Tage vor der Räumung wurde den BewohnerInnen »angeboten« einen zweiwöchigen Räumungsaufschub zu erhalten, falls sie sich vertraglich verpflichten, innerhalb dieser zwei Wochen die Yorckstraße 59 zu verlassen und übergangsweise ein viel kleineres, nicht bezugsfertiges Gebäude zu beziehen. Darüber hinaus wurde lediglich ein Optionsrecht auf die drei noch in Frage kommenden, seit Jahren leer stehenden Objekte angeboten Allerdings wurden auch in diesem Angebot keinerlei Preisangaben gemacht. Da die benötigten Bau- und Sanierungsgutachten drei bis vier Wochen gedauert hätten und überhaupt nicht einschätzbar war, ob eines der Häuser für das Hausprojekt finanzierbar wäre, wurde dieser Knebelvertrag nicht unterschrieben. Kein Mensch kann und will innerhalb so kurzer Zeit einen Hauskauf tätigen.

NACH DER RÄUMUNG IST VOR DER BESETZUNG
NEW YORK IM BETHANIEN

Da nach wie vor die Forderung nach einem adäquaten Ersatzobjekt bestehen bleibt und die Politik auf Bezirks- und Landesebene weiterhin in der Verantwortung steht, wurde am 11. Juni das ehemaligen Krankenhaus Bethanien besetzt, das dem Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain gehört. Große Gebäudeteile standen schon lange leer, ohne dass eine konkrete Nutzung dafür vorgesehen war. Nach anfänglichen Räumungsandrohungen des Bezirkes wurden Verhandlungen zugestanden. Ende August gerieten die Verhandlungen mit dem Bezirk über eine Zwischennutzung ins Stocken und eine Duldung über den 30. Oktober 2005 hinaus wurde abgelehnt, da der Bezirk das Bethanien nach wie vor an einen Investor verkaufen möchte. Allerdings sind auch die Verhandlungen des Bezirkes mit dem Investor, der Michael & R. Arend GmbH aus Bad Homburg,

derzeit unterbrochen und der vom Bezirk erhoffte Preis für das »Kreuzberger Tafelsilber« von zwei bis vier Mio. Euro steht in den Sternen. Stattdessen drehten sich die Gespräche mit Arend zuletzt nicht um Einnahmen des Bezirkes, sondern um öffentliche Zuschüsse, womit der Bezirk wieder am Ausgangspunkt der Verhandlungen angekommen ist: Hohe Unterhaltskosten für ein in großen Teilen (absichtsvoll?) leerstehendes öffentliches Gebäude durch Verkauf einzusparen.

So zeigt sich auch im Fall des Bethanien das hässliche Gesicht der bezirklich unterstützten Stadtumstrukturierung und Privatisierung öffentlichen Raumes. Anfang der 70er konnte das ehemalige Krankenhaus Bethanien durch die Besetzung eines Seitengebäudes von Jugendlichen und durch öffentlichen Widerstand vor dem Abriss geschützt werden (dokumentiert von Ton Steine Scherben im Song »Georg-von-Rauch-Haus«). Das folgende Konzept sah eine Nutzung entsprechend der Bedürfnisse der Menschen aus dem Kiez vor. Nun soll laut Beschluss des Bezirks vom vorigen Jahr ein überregionaler Kunststandort daraus werden, so dass die wenigen noch verbliebenen sozialen Einrichtungen, unter Anderem eine KiTa, aus dem Gebäude weichen müssen, um Platz für kommerzielle Kultur zu machen. Durch die Besetzung wird die beabsichtigte Privatisierung wieder in Frage gestellt. Viele Kiez-Initiativen haben sich bei einem KiezPalaver am 21. Juni 2005 gegen die Privatisierung des Bethanien ausgesprochen. Sie fordern eine sozial und kulturell verträgliche Nutzung der Gebäude mit Rücksicht auf den Kiez – und zwar durch Initiativen aus dem Kiez. Weitere Vernetzungstreffen werden folgen, eine Kampagne gegen die Privatisierung Kreuzbergs ist geplant.

Auch der Bundestags-Wahlkampf zeigte Wirkung. Die Grünen verabschiedeten eine Resolution, in der sie die Unterstützung für den Verbleib der Yorck59 zusichern, verbunden mit der Aufforderung den Privatisierungsbeschluss im Bezirk neu zu diskutieren. Mit dem gegenwärtigem Verhandlungsabbruch des Bezirksamtes ist jedoch eine Lösung des Problems in weiter Ferne. Ursächlicher Grund für diese unerwartete Eskalation scheint die Angst des Bezirksamtes vor einem beginnenden BürgerInnenbegehren zu sein, das sich gegen den drohenden Verkauf des Bethaniens an den Investor Arend wendet. Dieser hat Ende August die Verkaufsverhandlung mit der Ansage unterbrochen, er würde das Bethanien kaufen, wenn ihm der besetzte Südflügel leer übergeben würde. Die Bezirksregierung versucht mit der drohenden Räumung des Projekts New Yorck, dem genannten Investor den Kauf schmackhaft zu machen und die Sache jetzt so schnell wie möglich abzuwickeln, bevor das BürgerInnenbegehren auf Bezirksebene offiziell begonnen werden kann. Es wäre für die PDS/»Linkspartei«, die ja im Wahlkampf für eine »Soziale Stadt« wirbt, höchst peinlich, wenn eine Mehrheit der Befragten sich gegen ihre bezirklichen Privatisierungspläne und für ein nichtkommerzielles, kiezbezogenes, sozio-kulturelles Zentrum ausspricht. ‹›

ANMERKUNGEN Aktuelle Informationen, Pressemeldungen und eine ausführliche Darstellung der Ereignisse im Internet www.bethanien.info und www.yorck59.net

WIR KÄMPFEN WEITER SOLANGE ES RASSISMUS UND REPRESSION GIBT

JANA SEPPELT, ZAG

EIN INTERVIEW MIT DER FLÜCHTLINGSINITIATIVE BRANDENBURG, FIB. MIT HYACIENTH NGUH TEBIE (SPRECHER), FERDINAND NGNINKELEJI (FINANZEN), ALPHONSE EKEU UND CHAMBERLIN WANDJI.

DIE FIB ERREICHTE IM JAHR 2000 MIT DER VERÖFFENTLICHUNG ZWEIER OFFENER BRIEFE, DIE SOWOHL DIE RASSISTISCHEN ANGRIFFE GEGEN ASYLBEWERBERINNEN THEMATISIERTEN ALS AUCH IHRE SCHLECHTEN LEBENSBEDINGUNGEN ANPRANGERTEN, EINE BREITE ÖFFENTLICHKEIT.

ZAG *Ihr existiert seit 1998 als selbstorganisierte Flüchtlingsinitiative in Brandenburg. Wie schafft ihr es, in den gegeben repressiven Verhältnissen eine Organisierung und auch Mobilisierung von Flüchtlingen aufrechtzuerhalten?*

HYACIENTH Da hilft uns zum einen unsere klar definierte Struktur. Bei den ersten Besuchen in den verschiedenen Heimen wurden demokratisch zwei oder mehr RepräsentantInnen gewählt. Seitdem hat sich unsere Struktur weiterentwickelt und besteht mittlerweile aus einem wöchentlich tagenden Rat und einer Vollversammlung, die sich aus den VertreterInnen der verschiedenen Flüchtlingsheime zusammensetzt und einmal monatlich in jeweils einem Heim zusammentrifft. Der Rat besteht aus 15 Menschen, die Ideen für das politische Handeln der FIB entwickeln und diese der Vollversammlung vorschlagen. In der Vollversammlung wird dann diskutiert und entschieden. Zusätzlich hat der Rat die Aufgabe, Kontakte zu anderen Gruppe und Initiativen herzustellen und zu pflegen. Seit kurzer Zeit gibt es, vor allem für Kontakte mit der Öffentlichkeit, auch einen offiziellen Sprecher, da es gehäuft Fälle gab, in denen der Name der FIB von einigen Mitgliedern für persönliche Zwecke missbraucht wurde.

FERDINAND Trotzdem gibt es Schwierigkeiten, die vor allem struktureller Art sind. Die Heime sind in der Regel isoliert und weit abgelegen und wir verlieren ständig Mitglieder, die abgeschoben werden, aus Angst vor Abschiebung untertauchen, fliehen oder ein Aufenthaltsrecht erlangen. Daher müssen wir unsere Strukturen kontinuierlich neu aufbauen. Dazu kommt, dass die Situation hier für politisch aktive Flüchtlinge sehr schwierig ist. Viele haben Angst, nach außen aktiv zu werden und wissen wenig über ihre Rechte. Die Situation ist ja auch ohne politisches Engagement schon prekär genug. Der Rassismus der Bevölkerung, die schlechten Lebensbedingungen in den Heimen, die ständige Angst vor Abschiebung und die Schikanen von Seiten der Ämter und des Wachpersonals setzen AsylbewerberInnen unter enormen Druck, der natürlich seine psychischen und physischen Auswirkungen hat. Ein Teil unserer Arbeit besteht darin, diese Erfahrungen zu politisieren, aufzuklären und uns gegenseitig zum Handeln zu befähigen.

ZAG *Wie sieht Euer Handeln konkret aus und welche zentralen Ziele bestimmen Eure Arbeit?*

HYACIENTH Die langfristige Perspektive der Arbeit der FIB ist die Verbesserung der

schlechten Lebensbedingungen der AsylbewerberInnen selbst, wozu der Zugang zu einer guten Krankenversorgung, zum Bildungssystem, zum freien Wohnungs- und Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen gehört sowie das Recht auf Bewegungsfreiheit. Es muss eine einheitliche Regelung in der Gesetzgebung geben, die uns die Menschenwürde garantiert und zugleich den Ermessensspielraum der Behörden einschränkt sowie verbindliche Regelungen für Leistungsbewilligungen garantiert. Wir sind hier mit der Tatsache eines dezentralisierten Rechtssystems konfrontiert, wo sich jedes Amt Raum zur Interpretation nimmt. AsylbewerberInnen sollen außerdem in Wohnungen untergebracht werden und nicht in isolierten Lagern.

Zudem kämpfen wir offensiv gegen Rassismus auf der Straße und in den Ämtern. AsylbewerberInnen sind fast täglich Zielscheibe rassistischer Angriffe, sowohl verbaler als auch körperlicher Art. Gerade in Brandenburg ist die Zahl der Übergriffe sehr hoch, für 2003 beispielsweise registrierte die Opferperspektive Brandenburg 119 rassistisch motivierte Überfälle, Tendenz steigend.

Außerdem kämpft die FIB für eine Verbesserung der rechtlichen Anerkennungsbedingungen für AsylbewerberInnen und für eine Veränderung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Diese beiden gesetzlichen Regelungen haben uns zu Menschen zweiter Klasse degradiert und verstoßen zusätzlich gegen die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonventionen.

FERDINAND Unsere Praxis hat dabei sozusagen zwei Seiten: Zum einen organisieren wir den Widerstand, beispielsweise gegen Abschiebung, zum anderen versuchen wir immer wieder, unsere Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Grundsatz der FIB ist es, die Köpfe und Hände zu verbinden, was bedeutet, sich nicht nur schriftlich zu äußern, sondern gleichzeitig aktiv zu handeln. Beispiele hierfür sind unter anderem die Kampagne der FIB und anderer AsylbewerberInnen und Antira-Gruppen gegen die Residenzpflicht oder die Grenzcamps.

ZAG *Mit welchen anderen selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen oder Antira-Gruppen arbeitet Ihr hauptsächlich zusammen?*

HYACIENTH Es gab in der Vergangenheit immer wieder Auseinandersetzungen über die Zusammenarbeit mit anderen antirassistischen Gruppen, weil immer wieder eine Tendenz zum Ausschluss der MigrantInnen und Flüchtlinge bestand oder Gruppen sich einbildeten, nur sie könnten AsylbewerberInnen hinreichend vertreten und mobilisieren. Außerdem wurden unsere Kämpfe in der Vergangenheit häufig heruntergespielt oder gespalten, was sich demotivierend auswirkte. Man könnte sagen, wir befinden uns hier in einem gemeinsamen Lernprozess.

Wir sind der Meinung, dass Netzwerke nur gleichberechtigt funktionieren. Um bestimmte Themen oder Kampagnen voranzutreiben, ist eine Arbeit in Netzwerken sehr wichtig. Gruppen, mit denen die FIB vernetzt ist und regelmäßig kommuniziert, sind der Flüchtlingsrat Brandenburg, die Opferperspektive Brandenburg, die Internationale Liga für Menschenrechte, die Antirassistische Initiative Berlin (ARI), verschiedene kirchliche Gruppen, The Voice Refugee Foren Jena und Bremen, die Gruppe Menschen Rechte e.V. und andere antirassistische Gruppen wie kanak attak, Elixir-A, die Initiative gegen das Chipkartensystem, No Border Bremen, kein Mensch ist illegal und die InitiatorInnen der Anti-Colonial-Conference.

ZAG *Am 24. und 25. September 2005 findet von Bramsche, Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland wieder eine Tour des nolager-Netzwerkes statt. Was für Aktionen sind geplant?*

HYACIENTH In Bramsche am 24. September geht es darum, sich für eine öffentliche Inspektion des dortigen Abschiebelagers stark zu machen. Außerdem soll den Forderungen Nachdruck verliehen werden, die etliche InsassInnen von Bramsche in jüngerer Zeit mehrfach öffentlich formuliert haben: Dazu gehört insbesondere die sofortige Schließung des Lagers und die Erteilung eines unbefristeten Bleiberechts. In Mecklenburg-Vorpommern werden wir uns am 25. September ebenfalls in bereits laufende Auseinandersetzungen einklinken. Auch dort werden wir an verschiedenen Orten gegen die völlig maroden und meist weit abgelegenen Unterkünfte protestieren.

Wir werden gemeinsam – Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge – im Konvoi von Bramsche nach Mecklenburg-Vorpommern fahren. Das wird nicht gehen, ohne zahlreiche Landkreise zu durchqueren und somit immer wieder die Residenzpflicht zu verletzen, der wir per Gesetz unterliegen. Diese Herausforderung werden wir offensiv annehmen.

Das Anliegen des nolager-Netzwerkes ist es auch, einen Bogen zum europäischen Lagersystem insgesamt zu schlagen. Daher wird versucht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die derzeit mit Hochdruck forcierte EU-Lagerpolitik in Nordafrika lenken. Denn im Kern geht es nicht um einzelne Lager in einzelnen Ländern, sondern um ein System, dessen grausame Effizienz gerade darin besteht, auf einer Kombination unterschiedlicher, fein aufeinander abgestimmter Lagertypen zu basieren – im direkten Zusammenspiel mit weiteren migrationspolitischen Maßnahmen. ‹›

ANMERKUNGEN **Informationen** zu nolager-Aktionen http://nolager.de Einige Informationen wurden in Absprache mit der FIB ergänzt aus: Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag und Aktion. Interface (Herausgeber), Assoziation A, Berlin und Hamburg 2005

ASYLUM AIRWAYS

EU-SAMMELDEPORTATIONEN MIT CHARTERMASCHINEN

NO-RACISM.NET

AM 26. JULI 2005 WURDEN IN FRANZÖSISCH-BRITISCHER ZUSAMMENARBEIT 40 LEUTE MIT EINER GECHARTERTEN MASCHINE DER »BLUE LINE« NACH AFGHANISTAN ABGESCHOBEN. VERSCHIEDENEN MELDUNGEN ZUFOLGE WAR DIES DIE ERSTE EINER REIHE VON SAMMELDEPORTATIONEN.

Der französische Innenminister Nicolas Sarkozy teilte am 27. Juli 2005 nach einer Sitzung des Ministerrates mit: »Es sind mehr Flüge vorgesehen und zwar über politische Barrieren hinaus, da wir mit der sozialistischen Regierung Englands bereits zusammengearbeitet haben und

diese Zusammenarbeit auch mit den sozialistischen Regierungen Spaniens und Deutschlands gefragt ist.« Er wies in rassistischer Diktion darauf hin, dass die EU-Mitgliedsstaaten Rechtsstaaten seien und dass mensch deren Regeln und Gesetze respektieren müsse: »... die, die keine Papiere haben sind illegal und müssen abgeschoben werden. Das ist, was wir mit unseren europäischen Partnern beschlossen haben.« Die Abzuschiebenden bezeichnet er als »die Opfer jener Krimineller, die das menschliche Elend ausnutzen« (also der FluchthelferInnen). Eben diesen »Opfern« will er vermitteln, dass sie keine Berechtigung zum Aufenthalt haben und ihre Anwesenheit nicht akzeptiert werde. »Unsere Idee ist simpel: Ausländer ohne Recht oder Anspruch auf Aufenthalt in unseren Ländern, sollten nicht bleiben. Sie verstoßen gegen unsere Gesetze.«

DER BESCHLUSS DER G5

Anfang Juli 2005 trafen sich die Innenminister der G5, der fünf größten europäischen Staaten – Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, England – in Evian (Haute-Savoie). Den Vorsitz hatte der französische Innenminister Sarkozy. Er verkündete im Anschluss an das Treffen, dass Abschiebungen in Zukunft gemeinsam organisiert werden. Gecharterte Flugzeuge, »Asylum Airways« genannt, sollen von Hauptstadt zu Hauptstadt fliegen und illegalisierte MigrantInnen aufsammeln. Ziel sind vor allem jene Länder, in die es nur wenige direkte Flüge gibt. Durch die gemeinsame Abwicklung sind damit Abschiebungen gerade für jene Staaten einfacher, die schlechtere Beziehungen mit dem jeweiligen Zielland haben.
Außerdem soll es nach Beschluss der G5-Innenminister für StaatsbügerInnen jener Länder, die sich weigern, Reisedokumente für illegalisierte ImmigrantInnen auszustellen und somit die Abschiebung abgelehnter AsylwerberInnen zu verhindern, in Zukunft (noch) schwieriger werden, Visa für die EU zu erhalten.

CHARTERDEPORTATIONEN

Flugzeuge wurden bisher sehr oft von einzelnen Regierungen gechartert. Seit Herbst 2002 arbeitet die EU an gemeinsamen Richtlinien für Charterdeportationen. Dadurch soll die Abschottungspolitik der EU effizienter gestaltet und Kosten eingespart werden. Frankreich nimmt hier eine wichtige Rolle ein, da es eine Arbeitsgruppe zur Durchführung gemeinsamer Rückführung leitet(e).
Die französische Organisation Cimade verfasste im November 2003 eine Petition an das Europäische Parlament (EP), in der sie die Entscheidung des Rats der Europäischen Union für Charterdeportationen verurteilte. Dieser hatte sich darauf geeinigt, die Praxis der Charterdeportationen auf Gemeinschaftsebene zu regeln, ohne eine Stellungsnahme des EP abzuwarten.

AUS DEM AUFRUF VON »CIMADE«

»Die Praxis der Sammelabschiebungen in Chartermaschinen führt zwangsläufig dazu, dass die zuständigen Behörden die Prüfung der Einzelsituationen vernachlässigen und – durch die mögliche Fehleinschätzung der Folgen der Abschiebung für den Einzelnen – die Institution des Asyls und die Grundrechte der Betreffenden verletzen. Ferner ist die Zwangsvollstreckung dieser Sammelrückführungen nur unter Anwendung von Polizeimethoden und -techniken durchführbar, die jederzeit in Brutalität und Gewalt ausarten und zur Verletzung der körperlichen Integrität oder gar zum Tod der Abzuschiebenden führen können.«
Dass dies nicht weit hergeholt ist, bestätigt die Praxis: Im Mai 2004 organisierte die Hamburger Ausländerbehörde für Deutschland die vom Flughafen Schiphol, Amsterdam (Niederlande) koordinierte Massenabschiebung von Exiloppositionellen in die Diktatur Togo und in das despotisch regierte Kamerun. Unter Geheimhaltung und mit massiver Gewaltanwendung wurden unter Aufhebung des Nachtflugverbotes 15 Menschen vom Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel nach Amsterdam deportiert. Dort wurden gleichzeitig togoische und kamerunische Flüchtlinge aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden gesammelt und dann im Gemeinschaftstransport mit großer Polizeibegleitung nach Westafrika geflogen. Abgeschobene berichteten später über Gewalt durch die Polizei sowie von Festnahmen und Verhören in den Zielländern.
Cimade stellte 2003 in einem begleitenden Brief zur Petition fest, dass der Gebrauch von Charterflügen eine weit verbreitete Methode zur »Rückführung« in vielen europäischen Staaten ist. In den vergangen Jahren hat zum Beispiel Deutschland mehr als 10.000 Menschen via Charter abgeschoben und im März 2003 kündigte Frankreich wöchentliche Charterflüge an. Italien, Österreich und die Niederlande brachte ebenfalls tausende Leute mittels Charter außer Landes. Deportationen mittels gecharterter Flugzeuge sind darüber hinaus aus Spanien, Belgien und Großbritannien bekannt, welches Roma, sowie Menschen aus dem Kosovo und Afghanistan auf diese Weise deportierte.

GESCHÄFTE MIT CHARTERDEPORTATIONEN

Am 26. Juli 2005 nahm die »Asylum Airways« ihren Deportationsbetrieb auf – erstes Ziel war Kabul, die Hauptstadt der Krisenregion Afghanistan. Die Chartermaschine, mit der diese Deportation durchgeführt wurde, stellte die Fluglinie »Blue Line«[1] zur Verfügung. Sie hat ihren Sitz in Frankreich, aber auch einige Außenstellen in Deutschland. Die »Blue Line« ist jedoch nicht das einzige Unternehmen, das Charterdeportationen durchführt. Die Behörden versuchen mehr und mehr die von jeder Öffentlichkeit ausgeschlossenen Charterabschiebungen zu etablieren, also kleine oder auch größere Flugzeuge zu mieten, in denen dann nur die Abzuschiebenden, PolizistInnen und meist ein Arzt mitfliegen (und in Österreich »unabhängige« MenschenrechtsbeobachterInnen). Mit der Neuausrichtung von Deportationen entsteht ein neuer Geschäftszweig, den die Europäische Kommission bis 2006 mit 30 Millionen Euro finanzieren will.[2] Verschiedene Fluglinien haben erkannt, dass mit Deportationen gute Geschäfte gemacht werden können und vermieten ihre Flieger an die abschiebenden Behörden. So ist zum Beispiel die Fluggesellschaft »Aero Flight GmbH & Co KG« überwiegend im Charterbereich tätig. Der Hauptsitz befindet sich in Oberursel bei Frankfurt am Main. Das Unternehmen hat am 13. September 2004 eine europaweit koordinierte Sammelabschiebung von 40 Flüchtlingen durchgeführt, an der sich Behörden aus Deutschland, Belgien und der Schweiz beteiligten. Als Zubringerflugzeug war außerdem eine Maschine der schweizerischen »Lions Air« beteiligt. Es ist zu befürchten, dass sich Aeroflight in Zukunft verstärkt den Sammelabschiebungen widmet und versucht, sich mit »maßgeschneiderten Flügen« Anteile im Abschiebegeschäft zu sichern. Zumal schon mit dem Flug vom 13. September 2004 auch Abzuschiebende aus der Schweiz und aus Belgien transportiert wurden und die EU-Behörden sich die logistische Weiterentwicklung von Abschiebechartern auf europäischer Ebene einiges kosten lassen. »Tarom«, eine rumänische Airline, war vor einigen Jahren das bekannteste Beispiel für Charterabschiebungen in die Türkei. Doch schon nach einigen Aktionen und Protesten der Deportation-Class-Kampagne hat Tarom diese Abschiebecharter eingestellt. Mittlerweile ist LTU, vielen Leuten

in Europa bekannt von Flügen in den Urlaub, in die Bresche gesprungen und trotz einiger Proteste bis heute im Abschiebechartergeschäft aktiv. Begründet wird dies damit, dass Gewinne aus Abschiebungen Arbeitsplätze sichern würden. Mit Fliegern der LTU wird vor allem nach Istanbul und Belgrad abgeschoben.[3]
Es gibt auch zahlreiche kleine, zum Teil sogar auf Abschiebungen spezialisierte Charterfluggesellschaften, wie die Firma Silverbird in Bremen. Sie bietet auch »Kleincharterrückführungen« in den Kongo an und ist offensichtlich im Stande, entsprechende Verbote des kongolesischen Außenministeriums zu umgehen.

ABSCHIEBEGESCHÄFT STÖREN!

Auch Charterabschiebungen finden nicht ohne Proteste statt. So wurde schon im Vorfeld des 26. Mai 2004 in Hamburg gegen die Abschiebung nach Togo protestiert. Bekannt wurden die Abschiebepläne, nachdem einige Leute Abschiebebescheide erhalten hatten, während die Hamburger AusländerInnenbehörde behauptete, nichts von einem Abschiebecharterflug in die Militärdiktatur Togo zu wissen.
Am 29. Juni 2004 besetzten Mitglieder der antirassistischen Initiative »LTU-deportation class« die Geschäftsräume des LTU-Reisebüros auf der Tonhallenstr. 16 in Düsseldorf. Ungeachtet der Proteste von antirassistischen Gruppen erweitert LTU das schmutzige Geschäft mit den Abschiebungen: Neben monatlichen Charterabschiebungen nach Istanbul begann die LTU Anfang 2004 mit Sammelabschiebungen von Düsseldorf nach Belgrad, die alle zwei Wochen Dienstags stattfanden. Auch aus Hamburg wird abgeschoben.
Am 14. September 2004 kam es anlässlich einer europaweit koordinierte Sammeldeportation (der BRD, der Schweiz und Belgiens) nach Benin, Burkina Faso und Togo zu Protesten am Flughafen in Hamburg.
Der Widerstand gegen diese Form der Deportation ist aber noch relativ schwach und es ist auch schwierig, gegen die meist geheim stattfindenden Abschiebungen wirkungsvoll vorzugehen. Deshalb verfassten der Flüchtlingsrat Hamburg und die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen einen Aufruf gegen EU-Charterdeportationen. Über verstärkte Thematisierung soll die Wichtigkeit des Protests gegen die gemeinsamen Deportationspraxis aufgezeigt werden – in der Hoffnung, dass sich wirkungsvoller Widerstand entwickelt.
Vor diesem Hintergrund bekam die Zentrale von Aeroflight in Oberursel, Deutschland, anlässlich des europaweiten Aktionstages für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht und die Schließung aller Abschiebezentren ungebetenen Besuch. Am 01. April 2005 wurden im Rahmen einer Demonstration die Silberfassade und den Eingangsbereich mit Dutzenden von roten Farbbeuteln verziert und Aeroflight aufgefordert, ihre Beteiligung am Abschiebegeschäft einzustellen.
Zu einer weiteren Demonstration in Oberursel kam es am 13. Juni 2005. Diese Demonstration fand unter anderem wegen des Prozessbeginns gegen Libertad! statt, die aufgrund von einer Online-Demonstration gegen Lufthansa im Jahr 2001 angeklagt wurden. Das Amtsgericht Frankfurt verurteilte im ersten Prozess wegen einer Online-Demo in Deutschland am 01. Juli 2005 einen der InitiatorInnen zur Zahlung einer Geldstrafe von 900 Euro. Gegen das Urteil wurden Rechtsmittel eingelegt.

DEPORTATIONEN SIND EIN VERBRECHEN!

Wie wichtig Widerstand ist, wird angesichts der nun durchgeführten Sammeldeportation im Rahmen der »Asylum Airways« deutlich. Wie schon in den letzten Jahren mit Kampagnen gegen Abschiebungen mit Linienflugzeuge vorgegangen wurde, werden in Zukunft auch die Charterunternehmen kritisiert werden, um sie zum Ausstieg aus dem Abschiebegeschäft zu bewegen.
Denn: Deportations are a crime« – Abschiebungen sind ein Verbrechen! So formulierten es MigrantInnen schon lange und zu recht. Widerstand gegen Deportationen muss weitergehen und weiterentwickelt werden. Wenngleich die Proteste in den letzten Jahren nur in Einzelfällen erfolgreich waren, sind es genau diese, an die es anzuknüpfen gilt. In diesem Sinne: Streuen wir weiter Sand in die Abschiebemaschinerie – No Deportations! ‹›

ANMERJUNGEN 1 Protestschreiben können an die Marketingabteilung in Deutschland geschickt werden: Commercial-Airline Development, Marketing, German Desk, Wolf Jaura, Telefon 0172 867 6702, E-Mail w.jaura(at)flyblueline.com 2 Dies wurde bei einem Treffen der EU-Innenminister in Irland im Januar 2004 festgelegt, bei dem auch massive Einschnitte im Asylrecht auf EU-Ebene beschlossen wurden. 3 Weitere Informationen zu den Charterabschiebungen von LTU und Protesten dagegen finden sich auf der Kampagnenseite www.deportation-airlines.tk. **Informationen aus** www.no-racism.net (unter Deportationen), Petition gegen Charterdeportationen, Cimade, November 2003, Auruf gegen Charterdeportationen, Oktober 2004, nouvelobs.com, 27. Juli 2005, timesonline, 06. Juli 2005, timesofmalta.com, 07. Juli 2005, euobserver.com, 06. Juli 2005

WAS GEHT? ZUR MOTIVATION DER NEUEN LINKSPARTEI

ANDREAS NOWAK, ZAG

DIE WASG ZIEHT AUF DEN LISTEN DER LINKSPARTEI.PDS IN DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2005. AUS DEN PROTESTEN GEGEN DIE »HARTZ«-GESETZE 2004 HERVORGEGANGEN, GILT ES ALS SICHER, DASS SIE MIT IHREM SPITZENKANDIDATEN LAFONTAINE IN DEN BUNDESTAG EINZIEHEN WIRD. DOCH DESSEN ÄUSSERUNGEN ZUR ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK STOSSEN AUF SCHARFE KRITIK – AUCH AUS DEN EIGENEN REIHEN.

Erst Müntefering mit seinem Heuschreckenvergleich, dann Lafontaine mit seiner Rede von ausländischen ArbeitnehmerInnen als Fremdarbeitern – der Populismus, ob von links oder rechts, scheint stets seine antisemitische und faschistische Affinität beweisen zu wollen. Doch während Müntefering im Landtagswahlkampf NRW Stimmen zurückholen wollte, die er an die WASG zu verlieren glaubte, hatte Lafontaine die WählerInnen im Auge, die auch ab und an DVU oder NPD wählen. Die Kandidatur von Lafontaine für die WASG entspringt den Wünschen vieler enttäuschter SPD AnhängerInnen im Westen, die in der WASG hoffen eine sozialdemokratischere SPD zu finden. Lafontaine steht für eine eher keynesianische Wirtschaftspolitik und höhere Steuern für Vermögende – und gegen Schröder. Somit auch für eine Art Bruch und Neuanfang in der Politik der letzten Jahre. Die enttäuschten GenossInnen hoffen auf ihn und übersehen seine Leistungen in der Migrations- und Asylpolitik gefällig: Seine Rolle als Ministerpräsident bei der Einschränkung des Asylrechts, die Befürwortung von Lagern in Nordafrika, die Ausgabe von Sachleistungen statt Bargeld als Oberbürgermeister von Saarbrücken.
Neben Lafontaine steht Gysi als Kandidat der PDS für den Osten Deutschlands. Hier sind es die »Frustrierten«, die ihre Hoff-

nung auf einen Wiedereinzug der PDS gemeinsam mit der WASG setzen. Diesmal nicht als Regionalpartei des Ostens, die spezifische Ostinteressen vertritt, sondern als bundesweite Partei; denn steigende Arbeitslosigkeit, sinkendes Realeinkommen und Abbau sozialer Leistungen sind mittlerweile auch im Westen angekommen. Bereits 2003 in seinem Strategiepapier PDS Plus sah Michael Brie den Aufbau einer »strategischer Alternative« im Westen als Voraussetzung des Wiedereinzugs in den Bundestag. Die Proteste gegen Hartz IV und die Gründung der WASG waren insofern ein Glücksfall. Nun kandieren KandidatInnen der WASG auf den Listen der in diesem Zuge in Linkspartei umbenannten PDS für den Bundestag.

AUS ZWEI MACH EINS

In der Migrationspolitk stehen sich die beiden Parteien recht nah. Das PDS Programm zur Bundestagswahl 2005 verhandelt den Status Deutschlands als Einwanderungsland. Demnach sei eine Änderung des Staatsbürgerschaftrechts hin zum Geburtsrecht nötig. Es werden Forderungen wie Erhalt des politischen Asyls, Aufhebung der Residenzpflicht, Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, dauerhaftes Bleiberecht für Altfälle aufgeführt, die schon lange von Menschenrechtsgruppen gefordert werden. Zugleich wird auf eine »Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis menschenrechtlicher Standards« auf EU-Ebene gehofft. Doch gerade dort sind »menschenrechtliche« Positionen auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar. Im Gegenteil ist eine weitere Abschottung der EU gegenüber MigrantInnen und Asylsuchenden zu erwarten. Aus »humanistischer« Überzeugung wendet sich die WASG unter dem Stichwort »Stärkung der Bürgerrechte« dezidiert gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, sie lehnt Ausländergesetze und Abschiebehaft ab. Die Forderungen von Linkspartei und WASG lassen sich in diesem Feld ohne Schwierigkeiten zusammenlegen und ebenso die beiden Organisationen – der Zusammenschluss beider Parteien nach der Bundestagswahl in der Linkspartei gilt als wahrscheinlich.
Doch regt sich insbesondere in Berlin dagegen Widerstand. Hier regiert ein SPD-PDS-Senat und ein Zusammenschluss würde lediglich die KritikerInnen dieses Regierungsbündnisses still stellen, so das Argument. Große Teile der Berliner WASG und außerhalb der Partei stehende soziale Gruppen möchten lieber mit einer eigenen Partei in den Berliner Landeswahlkampf 2006 ziehen. Für den Bereich der Flüchtlingspolitik scheint dies auch bitter nötig, da die regierende PDS es bisher nicht geschafft hat auf den SPD Innensenator Einfluss zu nehmen, damit dieser zum Beispiel die Zustände im Abschiebegefängnis Köpenick grundlegend ändert. Beherrscht wird die WASG von einem »klassischen« Politikverständnis. Flugblätter, Demonstrationen und Aktionstage, sind das Repertoire der politischen Agitation und Mobilisierung. Dennoch ist sie es, die die Proteste gegen die neoliberale rot-grüne Politik, die sich in den Montagsdemonstrationen 2003 Luft gemacht haben, bündelt. Ihre Gründungsphase war geprägt von Basisgruppen, die informierten und organisierten, aber auch durch einen hohen Formalismus. Die Grünen konnten Anfang der 80er Jahre noch durch Kreativität überraschen, die Offenheit der Versammlungen und die kontroversen Standpunkte waren kennzeichnend für das Demokratieverständnis, das viele MitstreiterInnen der Grünen aus den sozialen Bewegungen der 70er mitgebracht hatten. Dinge die bei der WASG fehlen. So hat sich das Berliner Sozialforum von jenen getrennt, die den Parteibildungsprozess forcieren wollten. Nun sind die einen in der Partei, die anderen engagieren sich weiter für eine Basisbewegung. Eine Bewegungspartei, wie die Grünen es waren, ist die WASG nicht.

RECHTSDREHENDE PROTESTKULTUREN?

Die Wahlalternative gewinnt vor allem durch die Zustimmung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen die wahlpolitisch Resignierten. Seit den Protesten gegen Hartz IV, gegen die »Agenda 2010«, die die »Lissabon Strategie« der EU in Deutschland umsetzt, haben sich auch GewerkschafterInnen beim Aufbau der WASG engagiert. Für sie ist es ein Weg aus der Krise der eigenen Organisation: Statt Lobbying und Servicedienstleister für die Arbeitnehmerschaft zu sein und auf diese Weise die Bindung an die gewerkschaftliche Organisation zu stärken, suchen sie Anschluss an soziale Bewegungen und deren Mobilisierungspotential. Auf der parlamentarischen Ebene ist die SPD kein verlässlicher Partner mehr für die politischen Interessen der DGB Gewerkschaften. Die WASG stellt hingegen eine neue strategische Möglichkeit dar, politisch Einfluss zu nehmen.
Der Klientelismus der Gewerkschaften bleibt allerdings häufig auf einen nationalen Rahmen beschränkt. Dieses Verbleiben im nationalen Container, macht sie nicht nur anfällig für ökonomistische Standortargumente, sondern auch für nationalen Chauvinismus. Die Bebilderung der Müntefering Äußerung in der »Metall« durch Mücken mit Zylinder und amerikanischer Nationalflagge, sowie der Einladung der IG Bau zur Denunzierung durch die Einrichtung einer »telefonischen Meldestelle gegen Lohndumping und illegale Beschäftigung«, was illegalisierte ausländische ArbeiterInnen trifft, sprechen für diese Interpretation. Nach den Ergebnissen des Projekts »Gewerkschaften und Rassismus« kann man hingegen hoffen, dass diejenigen GewerkschafterInnen, die sich in der WASG engagieren diese Auffassungen nicht teilen. Zeichen für diese Widersprüche innerhalb der gewerkschaftlich Organisierten sind der Kongress »Die Kosten rebellieren« im Sommer 2004 und die Bemühungen in der IG Bau für eine transnationale Organisation der Beschäftigten. Außerparlamentarisch orientierte Gruppen wie FelS, ALB und andere linke Basisgruppen haben einen offenen Brief aus Anlass der rassistischen Äußerungen Lafontaines und der Unterwanderungsversuche von rechts an WASG und PDS verfasst. Der Zusammenschluss von PDS und WASG zur Linkspartei wird begrüßt und gehofft, dass linke Politik auch außerhalb der Parlamente gestärkt werden kann. Die Thematisierung der sozialen Frage dürfe allerdings auf keinen Fall auf dem Rücken anderer ausgetragen werden. »Rassistische, diskriminierende und nationalistische Untertöne haben in linken Parteien keinen Platz.«
Dass sich durch die WASG nicht allein »linke« Interessenten angesprochen fühlen, zeigen die Versuche von Nazis in die Parteistrukturen hineinzuwirken. Schon während der Anti-Hartz-Kampagnen 2003 sind sie auf einigen Demonstrationen von den sich unpolitisch gebenden OrganisatorInnen als willkommene Unterstützung begrüßt worden, in Leipzig und Magdeburg wurde die Teilnahme von Nazis durch die Polizei erzwungen. Die NPD rühmte sich der Unterwanderung der WASG. Mittlerweile steigt der Druck auf Anhänger rechter Parteien, die WASG zu verlassen. Dennoch: der Protest, der in der WASG gebündelt wird, spricht auch ChauvinistInnen an. Welche Hoffnungen kann man da noch mit der WASG verbinden? Vielleicht das eine emanzipatorische Kritik an der globalisierten Form des herrschenden Kapitalismus, die antisemitischen und nationalistischen Töne aus der Partei still stellt, so dass Lafontaine und Konsorten schweigen müssen. Möglich das soziale Bewegungen hier mehr Gehör erhalten als bei anderen

Parteien, zumindest solange der Zusammenschluss in der Linkspartei noch nicht vollzogen wurde. Letztendlich bleibt die Hoffnung, dass die WASG die Tür für weitergehende gesellschaftspolitische Initiativen öffnen kann. ‹›

SCHÖPFERISCHES NEIN NACH DER VERFASSUNG, LINKE BLICKE AUF EUROPA

STEFFEN VOGEL, KA

DIE VERFASSUNG IST GESCHEITERT, DIE EU KRISELT. WÄHREND IHRE REPRÄSENTANTINNEN RATLOSIGKEIT VERBREITEN, DISKUTIEREN VERSCHIEDENE KRÄFTE DER EUROPÄISCHEN LINKEN ÜBER EIN »ANDERES EUROPA«



Ein paar Monate sind ins Land gegangen, seit Französinnen und Franzosen sowie die NiederländerInnen mehrheitlich den so genannten »Vertrag über eine Verfassung für Europa« zu historischem Datenmüll degradierten. Seitdem redet ganz Deutschland über die Wahlen oder die Linkspartei. Wenn noch jemand auf die Referenden Bezug nimmt, dann ist er meistens konservativ und erklärt faktenresistent, das Nein-Votum habe einem möglichen türkischen EU-Beitritt gegolten. Eine Debatte über Europa, die EU oder die Zukunft der Verfassung findet hierzulande kaum statt.

Auf die massive Ablehnung des Vertragsentwurfs reagierten die europäischen politischen Eliten ratlos: mit einem Nein hatte wohl keiner gerechnet. Während einige Regierungen daraufhin präventiv die in ihren Ländern angesetzten Referenden absagten, versuchten andere, zu retten, was zu retten war. Luxemburgs Regierung etwa warf ihre politische Zukunft in die Waagschale, hielt am Referendum fest und gewann schließlich. Dennoch liegt der Verfassungsentwurf mindestens bis Mitte Dezember auf Eis und von der gegenwärtigen britischen Ratspräsidentschaft erwartet niemand große Impulse zur Wiederbelebung des Vertrages.

LOKALE KOLLEKTIVE

Ganz anders das Nein-Lager. In Frankreich, aber nicht nur dort, setzte schon am Abend des Referendums eine lebhafte Debatte ein. Der Bauerngewerkschafter José Bové, die *Fondation Copernic* und die Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR) proklamierten die Einrichtung von »Generalständen«, die Kommunistische Partei (PCF) sprach von »kommunalen Versammlungen«: ein alternatives Projekt solle basisdemokratisch entwickelt werden. Das passte zum Verlauf der linken Nein-Kampagne. Diese wurde von über 800 *collectives unitaires,* lokalen Basiskomitees getragen, welche es gleichzeitig übernahmen, den Inhalt des Vertragwerks zu verbreiten. Und sie werden sich weiterhin einmischen: Auf einer Konferenz in Nanterre am 25. Juni beschlossen die Komitees, ihre Arbeit fortzuführen.

Während der Nein-Kampagne zeigte sich die französische Linke in seltener Eintracht; sozialdemokratische AbweichlerInnen mobilisierten gemeinsam mit GlobalisierungskritikerInnen, die KommunistInnen von der PCF gemeinsam mit den TrotzkistInnen von der LCR. Von vielen Basisinitiativen geht nun starker Druck aus, diese Einigkeit auch über das Referendum hinaus zu erhalten. In den letzten Wochen vor dem Referendum hatte sich die Debatte zu einer internationalen gemausert. Jürgen Habermas, Günter Grass und andere meist treu sozialdemokratische Geistesriesen lancierten einen an Arroganz kaum zu überbietenden Appell zum Ja-Sagen in *Le Monde,* während das sozialistische Nein-Lager Oskar Lafontaine als prominenten Unterstützer nach Paris einlud.

Kurz nach dem Referendum unternahm die *Fondation Copernic* einen ersten Versuch, die Diskussion auch weiterhin international zu führen. So trafen sich am letzten Juni-Wochenende 200 Menschen aus 20 Ländern, um über weitere Schritte zu beraten. Neben einigen Vertretern sozialer Bewegungen *(Attac, Euromärsche)* gehörten die TeilnehmerInnen hauptsächlich kommunistischen, trotzkistischen und linkssozialistischen Parteien an. Dazu kamen Vertreter des so genannten »kritischen Ja« aus den Reihen von grünen und sozialdemokratischen Parteien. Vereinbart wurde ein mehrstufiges Aktionsprogramm: So soll zu Protesten gegen neoliberale Direktiven wie die Bolkestein-Richtlinie aufgerufen werden und am 15. Dezember wird parallel zum EU-Ministerrat eine Großdemo in Brüssel stattfinden. Interessant sind die basisdemokratischen Vorschläge: Für den 4. März 2006 ist ein Tag mit offenen, europaweit parallelen »Lokalen Foren zur Zukunft Europas« geplant. Die Ergebnisse dieser Foren sollen auf dem Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006 zur Diskussion gestellt werden. Geht es nach den InitiatorInnen, gipfelt diese Debatte in einer »Strategie von Athen« als Kontrapart zur EU-offiziellen »Strategie von Lissabon«.

EUROPA IST WEIT WEG

Vielleicht noch überraschender als die Ablehnung in Frankreich war das »Nee« der NiederländerInnen zwei Tage später. Dort präsentierte sich das Ja-Lager noch dominanter, gab es weder Unterstützung durch sozialdemokratische Abtrünnige, noch durch die Gewerkschaften. So sprachen sich eher marginale Kräfte gegen die Verfassung aus: neben den schwächelnden RechtspopulistInnen und rechten christlichen Kleingruppen warben vor allem die Sozialistische Partei (SP; in etwa vergleichbar mit der Linkspartei.PDS) und das *Comité Grondwet Nee* (Komitee Verfassung Nein) für die Ablehnung. Dem Komitee gehörten neben einzelnen SP-Mitgliedern vor allem außerparlamentarische und radikale Linke an. Ebenfalls

im Unterschied zu Frankreich konnte das linke Nein nur wenige MitstreiterInnen mobilisieren. »Für viele ist Europa weit weg«, resümiert Willem Bos vom *Comité* in der Zeitung *grenzeloos*. Europa werde oft nicht als politisches Terrain begriffen. Das ist in Deutschland nicht anders.
Viele Linke sahen, so Bos weiter, weder viel Sinn in dem Referendum, noch glaubten sie, es gewinnen zu können. Aber wenn es dem *Comité* auch nicht gelang, die Mobilisierung auf eine breite Basis zu stellen, so gibt es jetzt immerhin Anschub für eine Nachfolgekampagne. Die Initiative hierfür wird neben den Vertretern des *Comités* von Personen aus dem Amsterdamer *Transnational Institute*, von *Attac* und den *Euromärschen* getragen. Auch die, im Vorfeld des Referendums eher marginale, internationale Kooperation soll ausgebaut werden. Dabei gehe es, sagt Bos »nicht um weitere Passagen in weiteren Erklärungen, sondern um praktische Koordination und gemeinsame Initiativen«. Er hofft zudem auf weitere Referenden in den Mitgliedstaaten; denn das Interesse an Europa wachse in dem Maße, in dem Menschen sich in einem Referendum direkt einmischen können. Die hohe Wahlbeteiligung in Frankreich weist in eine ähnliche Richtung. Bos setzt für die weitere Kampagne nicht zuletzt auf lokale, nationale und europäische Sozialforen.

ANTI-POLITIK?

Der Erfolg des linken Nein bei den Referenden eröffnet einen neuen Horizont: Europa wird auch von linken Kräften stärker als politischer Raum wahrgenommen. Zwar gab es auch vor dem 29. Mai transnationale europäische Mobilisierungen – die Europäischen Sozialforen, den Euromayday 2005, die zahlreichen Gipfeldemonstrationen seit Amsterdam 1997 –, doch die alltägliche Politik blieb davon oft unberührt.
Diese teils schon erfolgte, teils noch potentielle Horizonterweiterung geht einher mit einem wachsenden Handlungsspielraum. Denn mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages ist eine latent schon lange vorhandene Krise der EU manifest geworden. Was sich bislang zumeist in massiver Abstinenz bei den Europawahlen ausdrückte, tritt jetzt offen zutage: Eine große Zahl, wenn nicht gar die Mehrheit der EuropäerInnen fühlt sich durch die EU und ihre Institutionen nicht vertreten. Das Nein zur Verfassung kann in diesem Sinne auch als Anti-Politik, als Ablehnung der herrschenden – neoliberalen, technokratischen – Politik als Ganzer verstanden werden. Das heißt auch: Mit diesem Nein verbindet sich nicht unbedingt ein politisches Projekt. Während in Frankreich noch sehr klar von einem linken Nein gesprochen werden kann, ist das in den Niederlanden nicht so eindeutig. Noch vor dem Referendum schrieb Koen Haegens im *Freitag*, im holländischen Nein-Lager herrsche oft ein politisch wenig ausdifferenziertes Gefühl vor, es »denen da oben« mal zeigen zu wollen.
So bedeutet die gegenwärtige Krise der Repräsentation nicht zwangsläufig einen linken Aufbruch. Mit der Erschütterung der (europapolitischen) Hegemonie hat sich überhaupt erst die Möglichkeit einer politischen Debatte und der Raum für alternative Visionen von Europa eröffnet. Damit stellen sich aber nicht automatisch emanzipatorische Vorstellungen ein: sie müssen formuliert, diskutiert und vorangetrieben werden. ‹›

DAS LINKE NEIN

Frankreichs Linke geht gestärkt aus dem Referendum, hat sie sich doch gegen eine fast blockartige Koalition des Pariser Establishments durchgesetzt. Denn neben den liberalen und konservativen Parteien warben auch ein Großteil der Sozialdemokraten, die Grünen, die Gewerkschaftsspitzen und alle großen Medien für das Ja.
Oft wurde versucht, das Nein-Lager pauschal mit den radikalen Rechten um Jean-Marie Le Pen und Philippe de Villiers zu identifizieren. Diese hatten im Namen der nationalen Souveränität gegen die Verfassung und gegen einen EU-Beitritt der Türkei Front gemacht. Dennoch wurde das Referendum vom 29. Mai zum Sieg einer explizit internationalistischen und pro-europäischen Nein-Kampagne. Befragungen nach der Abstimmung zeigen, dass die Nein-Wähler mit 72 % mehrheitlich pro-europäisch eingestellt sind. In ihrer Mehrheit gehören sie unteren sozialen Schichten an: mit Nein stimmten 81 % der IndustriearbeiterInnen, 79 % der Arbeitslosen und 63 % derjenigen, die weniger als 3.000 Euro im Monat verdienen. In den Arbeiter- und Unterschichtsbezirken war die Wahlbeteiligung so hoch, wie bei keiner nationalen und erst recht keiner Europa-Wahl in den letzten 20 Jahren.
Demgegenüber stimmten vier Fünftel der höheren und leitenden Angestellten mit Ja. Am Wahltag äußerten 52 % der Ja-Sager als wichtigstes Motiv für ihre Entscheidung, dass »Europa neben den anderen Großmächten USA, China und Indien« gestärkt werden müsse.

HEILIGES EUROPA

ÜBER FRAGEN, DIE SICH SELBST BEANTWORTEN UND DIE KRISE DER REPRÄSENTATION

JEAN BAUDRILLARD

DIESER TEXT WURDE ZUERST VERÖFFENTLICHT IN DER NEW LEFT REVIEW 33/05 (MAY/JUNE 2005), BEI DER WIR UNS NOCHMALS HERZLICH FÜR DIE NACHDRUCKGENEHMIGUNG BEDANKEN. AUS DEM ENGLISCHEN VON STEFFEN VOGEL, KA.

Das Faszinierende an diesem trompe l'oeuil-Euroreferendum ist das Nein, das unter dem offiziellen Nein liegt; unterhalb der politischen Vernunft. Dies ist das widerständige Nein. Irgend etwas an ihm muss sehr gefährlich sein, dass es alle Autoritäten so entschlossen hinter dem Ja versammelte. Eine solche defensive Panik ist ein sicheres Zeichen für eine Leiche im Keller.
Dieses Nein ist eindeutig eine instinktive Reaktion auf das Ultimatum, das das Referendum von Anfang an darstellte. Eine Reaktion auf die selbstzufriedene Koalition um ein unfehlbares, universelles Heiliges Europa. Eine Reaktion auf das Ja als kategorischem Imperativ, dessen Unterstützer es sich auch nicht einen Augenblick lang träumen ließen, dass es als Herausforderung begriffen werden könnte, und als eine Herausforderung, der man sich stellt. Diese Reaktion sagt deswegen nicht Nein zu Europa, sie sagt Nein zum unhinterfragbaren Ja.
Der Arroganz eines, aus welchen Gründen auch immer, a priori erwarteten Sieges haftet stets etwas äußerst Unangenehmes an.

Über das Ergebnis ist vorher entschieden worden, und alles was man sucht, ist ein Konsens. ›Sagt Ja zum Ja‹ – diese mittlerweile zum Allgemeinplatz gewordene Formulierung verbirgt eine schreckliche Mystifikation. Ja meint nicht länger ja zu Europa, oder sogar ja zu Chirac, oder zur neoliberalen Ordnung. Es meint ja zum Ja, der konsensualen Ordnung; es ist keine Antwort mehr, sondern der Inhalt der Frage selbst.

Unsere Europositivität wird auf die Probe gestellt. Und in einem Reflex von sowohl Stolz als auch Selbstverteidigung, ruft das bedingungslose Ja spontan ein ebenso bedingungsloses Nein hervor. Das wirkliche Rätsel ist, warum es nicht eine sogar noch größere, gewalttätigere Reaktion auf diesen geistlosen Ja-Ismus gegeben hat.

Der Nein-Reflex setzt kein politisches Bewusstsein voraus. Er ist eine automatische Feuererwiderung gegen die Koalition all derer, die auf der Seite des universellen Guten stehen, während der Rest ins Zwielicht der Geschichte verbannt wird. Was die Kräfte des Guten nicht voraussehen konnten, waren die perversen Effekte ihrer eigenen erklärten Überlegenheit. Sie unterschätzten die unbewusste Klarheit, die uns sagt, dass diejenigen, die von sich behaupten Recht zu haben, genau dies nicht haben. Seit Maastricht und den Wahlen 2003 hat die political correctness – sei es die der Rechten, oder die der Linken – nichts von dieser stummen Dissidenz wissen wollen.

Dieses Nein aus den Tiefen sollte nicht als ›Wirken des Negativen‹ oder des kritischen Denkens gesehen werden. Es ist eine reine und einfache Herausforderung an ein hegemoniales Prinzip, das von hoch oben eingesetzt wurde und dem der Wille der Bevölkerungen ein Gegenstand der Indifferenz ist, wenn nicht gar ein zu beseitigendes Hindernis. Für dieses Europa als Simulation, dem sich alle anpassen müssen, dieser originalgetreuen Nachbildung des globalen Machtsystems, sind Bevölkerungen lediglich manipulierbare Massen, die als Alibi für das Projekt verwendet werden sollen. Die Autoritäten haben Recht in ihrem Argwohn vor Referenden und vor jedem direkten Ausdruck eines politischen Willens, der sich – so er die Chance auf eine wirkliche Repräsentation erhält – als zu ihrem Schlechten erweisen könnte. Normalerweise werden Parlamente damit beauftragt, die Operation reinzuwaschen und Europa in aller Stille zu ratifizieren.

Aber wir sind dieses Unterschlagen der öffentlichen Meinung gewöhnt. Vor nicht allzu langer Zeit fand der Irak-Krieg statt, dank einer internationalen Koalition aller Mächte gegen den massiven und spektakulären Ausdruck des Willens aller Bevölkerungen. Europa wird nach genau dem gleichen Modell konstruiert. Es überrascht mich, dass das Nein-Lager nicht mehr Gebrauch von diesem hervorragenden Beispiel gemacht hat, dieser grande première der totalen Verachtung der Stimme der Bevölkerung.

All das geht weit über das Referendum hinaus. Es zeigt den Zusammenbruch des Prinzips der Repräsentation, insofern als die repräsentativen Institutionen nicht mehr in die ›demokratische‹ Richtung funktionieren – von der Bevölkerung und den Bürgern zu den Autoritäten. Vielmehr wirken sie umgekehrt: von den Autoritäten abwärts, mittels dem zirkulären Spiel von Fragen und Antworten, bei dem die Frage sich nur selbst mit Ja beantwortet. Der Zusammenbruch der Demokratie also. Und falls das Wahlsystem, das bereits durch Enthaltung untergraben ist, um jeden Preis gerettet werden muss (der kategorische Imperativ, überhaupt zu wählen, steht sogar noch über jenem, mit Ja zu stimmen), dann genau deshalb, weil es als das Gegenteil wirklicher Repräsentation funktioniert, mit der verstärkten Herbeiführung von Entscheidungen, die ›im Namen des Volkes‹ getroffen werden, auch wenn das Volk, heimlich, das Gegenteil will.

Da Europa es versäumt hat, ein anderes Regelwerk für das Spiel zu erfinden, verfügt es über keine andere Lösung, als sich durch eine Serie von Annexionen, welche die Supermacht spiegeln, aufzublähen und zu vergrößern. Unter der Ablehnung dieses ›there-is-no-alternative‹-Europas liegt die Vorahnung einer schlimmeren Vernichtung, als jener, die vom Markt und den supranationalen Institutionen angedroht werden: die Liquidation jeder wirklichen Repräsentation; nach der die Bevölkerungen Europas unwiderruflich auf die Rolle von Extras reduziert werden, die von Zeit zu Zeit eine Genehmigung liefern sollen.

Was auch immer sein Ergebnis sein mag, dieses Referendum ist nicht mehr als eine Episode, wie Europa selbst nur eine weitere Episode unter anderen auf dem Weg zu einem größeren Verlust an kollektiver Souveränität darstellt. Unter der Figur des passiven oder manipulierten Wählers liegt die des Geisel-Bürgers, der von den herrschenden Mächten gefangen gehalten wird; mit anderen Worten, eine demokratische Form des Staatsterrors. ◦

ANKÜNDIGUNGS-VIZEWELTMEISTER GERÄT UNTER DRUCK

LENNART LABERENZ, KA

BUENOS AIRES: DEM ARGENTINISCHEN PRÄSIDENTEN NÉSTOR KIRCHNER MANGELT ES AN KONZEPTEN FÜR EINE POLITISCHE UMSTEUERUNG IM LAND

Nach dem Unglück kommen die Kontrolleure. Aus der Überprüfung der Ursachen reift zumindest kurzfristig ein Prozess der Bewusstwerdung und die Wiederholung der Katastrophe wird mit vorbeugenden Maßnahmen verhindert. So jedenfalls die Theorie. Bei einem Brand in einer Disko in Buenos Aires starben Ende Dezember letzten Jahres 192 Menschen, Gründe finden sich irgendwo zwischen Korruption, Nachlässigkeit und Gewinnsucht. Seitdem ist das Land in heller Aufruhr, die meisten Clubs sind geschlossen, zur Diskussion stehen Sicherheitsvorkehrungen und Rockkonzerte beinahe gleichermaßen. Ob sich allerdings grundsätzlich etwas verändert, wird allenthalben bezweifelt. Viele Menschen trugen in den Wochen darauf ihren Ärger auf die Strasse: »Que se vayan todos! – Alle sollen verschwinden« schallte es erneut von mächtigen Demonstrationen. Schmerz und Ärger fanden wieder den Ausdruck im nunmehr fast vier Jahre alten politischen Motto. Daneben riefen viele auch »Nicht das Feuerwerk tötete, es war die Korruption«, und es scheint als würde sich der Druck der Straße langsam auch gegen Präsident Néstor Kirchner richten.

ALLE SOLLEN VERSCHWINDEN

Mitte Dezember 2001 hatten drei Regierungen dem Druck der DemonstrantInnen und ihrer Forderung »Que se vayan todos!« nachgegeben und waren zurückgetreten.

Die latent korruptionsverdächtige Regierung Duhalde hatte die Koppelung des Peso an den US-Dollar abgeschafft, die künstliche Begrenzung der Inflation und die Überbewertung der Landeswährung beseitigt. Gleichzeitig wurden Bankkonten eingefroren, die Menschen ihrer Ersparnisse beraubt. Die Demonstrationen in Buenos Aires stürzten Regierungen, der Wert der Arbeitslöhne fiel in den Keller und das internationale Kapital rammte seine Ellbogen in die Seiten der Konkurrenten im Kampf um mehr Direktinvestition, Immobilien- und Landkäufe. Seitdem ist die argentinische Mittelklasse verarmt, Benetton aber besitzt halb Patagonien und ausländisches Kapital fast zwei Drittel der argentinischen Wirtschaft. Zum Vergleich: Britische Firmen gehören zu 30 Prozent, deutsche zu 13 Prozent dem internationalen Kapital.

Auch der wirtschaftliche Zusammenbruch wurde als Unglück bezeichnet, auch hier lagen die Ursachen irgendwo zwischen Gewinnsucht, Korruption und Nachlässigkeit. Nur sind diese Aspekte Teil eines politischen Paradigmas und wurden exerziert im Wechsel zwischen lokalen Eliten und internationalem Finanzkapital.

Zum dritten Jahrestag des Regierungssturzes, am 19. Dezember des vergangenen Jahres wurden die Diskrepanzen zwischen Demonstrierenden und dem durch sie an die Macht gekommenen Präsidenten deutlich: Vor der Casa Rosada, dem Regierungssitz des Präsidenten, mehrten sich Stimmen, die einen Stopp der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) forderten. Kirchner hatte die Tilgung der Schulden nicht angetastet, während gegenwärtig die ausgeschütteten Schuldscheine, die unter anderem auch als Lohnersatz ausgegeben wurden, neuverhandelt werden. »Damit hat er sich auf die Seite des internationalen Finanzkapitals geschlagen,« rief ein alter Mann in die Menge, ihm sprach die Entrüstung aus dem Gesicht. »Er verkauft uns doch auch!« Tatsächlich sind Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik des Patagoniers mit dem immer etwas irrlichternden Blick stärker in die Kritik von sozialen Bewegungen geraten.

EIN ERNSTHAFTES LAND

„Argentinien ist nun ein ernsthaftes Land«, hatte Néstor Kirchner in seinem Wahlkampf versichert und das Etikett des Neuen und Anderen für sich reklamiert. Knapp drei Jahre nach der Regierungsübernahme ist, abgesehen von prinzipieller Rhetorik und einigen, sicher lobenswerten Momenten symbolischer Politik – als deren herausragender Akt die Bitte um Verzeihung für die grausamen und bis heute weitgehend ungesühnten Vorgänge unter den Militärdiktaturen zu zählen ist – nicht viel passiert. So zumindest analysiert der Direktor der südamerikanischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique, Carlos Gabetta die Sachlage: »Es wird immer deutlicher, dass [die Regierung] die Angelegenheiten des Landes eher im Stile eines diskreten und gehorsamen Administrators von Partikularinteressen regelt.« Kirchner fehle es an politischen Konzepten gegen die Korruption und die Bereicherung der gesellschaftlichen Eliten, die Versprechen einer gerechtere Steuerpolitik blieben wie eine staatliche Umsteuerung zugunsten der lohnabhängig Beschäftigten oder Renteneinkünften unerfüllt. Kirchner wendet sich eher gegen eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik oder eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Nachbarn: »Anstatt sich auf den formidablen Atemzug der Erneuerung, den die Gesellschaft ausstieß zu stützen, gibt Néstor Kirchner immer deutlicher Anzeichen, dass er sich mit dem Establishment zusammentut.«

Jenes Establishment schaut immer noch mit einer Mischung aus Ärger und Abscheu auf den ehemaligen Gouverneur des eher nebensächlichen Bundeslandes Santa Fe. Konservative Zeitungen wie etwa La Nación nutzen jede Gelegenheit um der staatlichen Bürokratie Unfähigkeit und Ineffizienz vorzuwerfen, wähnen das Land »außer Kontrolle«. Mit den Anwürfen wollen sie einerseits vergessen machen, dass die staatliche Bürokratie jahrzehntelang als Hilfe zur skrupellosen Selbstbereicherung der wirtschaftlichen und politischen Eliten funktionierte, die jene Strukturen, die sie nun bekritteln selbst produziert hatten. Andererseits haben viele Privilegierte offensichtlich noch immer nicht verwunden, dass Kirchner zwar Peronist, aber mit weitaus weniger Standesdünkel ist.

KURZFRISTIGES DENKEN

Außen- und wirtschaftspolitisch hatte Kirchner zu Beginn seiner Amtszeit mit einem Dogma der postdiktatorischen Politik gebrochen: Die Beziehungen zu den USA sind seit seinem Machtantritt »nicht mehr durch eine völlige Unterordnung geprägt«, wie die Informationsstelle Lateinamerika das erste halbe Jahr Kirchners kommentiert hatte. Mehr ist jedoch nicht zu beobachten. Insbesondere Kirchners Position gegenüber der am 8. Dezember in Ayacucho (Peru) unterzeichneten Südamerikanischen Union der Nationen, als Vorstufe einer Art Europäischer Union Lateinamerikas gedacht, und dem Mercosur-Verbund gibt Rätsel auf. Beim Gipfel der Mercosurstaaten in Ouro Preto (Brasilien) war Kirchner als protektionistischer Verteidiger argentinischer Firmen gegenüber Brasilien und als Gegner verstärkter lateinamerikanischer Wirtschaftskooperation aufgetreten. Nach Ayacucho war er gar nicht erst gereist. Zusammen mit Kirchners unverhohlener Ablehnung gegenüber den Vorschlägen von Hugo Chávez, etwa eine gemeinsame lateinamerikanische Bank für staatliche Investitionsförderung einzurichten, weist alles darauf hin, dass Kirchner der Idee folgt, Teile der nationalen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb »konkurrenzfähig« zu machen und auf Exportorientierung zu setzen. Sogar das reichlich durcheinandergeratene wirtschaftspolitische Ideenspektrum von Brasiliens Präsident Luiz »Lula« Ignácio da Silva weist mehr Tiefenschärfe auf, als das kurzfristige Denken Kirchners.

Gleichzeitig pflegt Kirchner die Verhandlungen mit dem IWF durch symbolträchtig hochrangige Delegationen. Der Präsident hat mehrfach betont, dass er weit davon entfernt ist, die Rückzahlungen der Kredite für die Strukturanpassungsprogramme einzustellen. Mit diesen Krediten waren die Privatisierungen beschleunigt, die korrupte politische Klasse bedient und im Jahr 2001 die Kapitalflucht internationaler Konzerne finanziert worden: Den letzten Kredit von rund 12,5 Milliarden US-Dollar verwendete die damalige Regierung im Wesentlichen dafür, dem internationalen Finanzkapital einen billigen Umtauschkurs für den investierten Pesos-Wert zu gewährleisten, während die Wirtschaft zusammenbrach.

Sozialpolitisch steht Kirchner seinem Nachbarpräsidenten Lula als Ankündigungsweltmeister politischer Programme nicht viel nach. Eingehalten wurde dagegen ebenfalls wenig: Die wohlfahrtstaatlichen Ansätze sind arg reduziert. Lohn- und Rentenerhöhungen können nicht einmal die Inflationsrate auffangen. Armut funktioniert eben auch als Druck, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Kirchner vertraut der unsichtbaren Hand des Marktes und so überrascht es kaum, dass der informelle Sektor wächst. Beinahe genauso steigt die Zahl der Unterernährungssymptome bei Kindern. Einer der weltgrößten landwirtschaftlichen Produzenten der Welt leistet sich über 20 Prozent unterernährte Kinder, von denen alle paar Minuten eines an Hunger stirbt. »Kircher ist ein Rechter, den der Druck der Strasse

nach links übertreibt,« so Álvaro Comin, Soziologe und wissenschaftlicher Leiter des Centro Brasileiro do Analíse e Planificamiento die politische Ökonomie des Präsidenten vor einem Jahr. Bei dieser Bewegung hat Kirchner die Wegemarken wolfgangclement'scher Qualität kaum passiert, eine Perspektive politischer Umsteuerung hat er nicht entwickelt.

ZERSPLITTERTE ZÜGE

Eine politische Opposition mischt sich aus Parteien, die sich nur um Nuancen der Korruption unterscheiden und dem Druck der Strasse, der unberechenbar ist. Das Feuer in der Diskothek »República Cromagnón« war nur einer in einer Reihe vermeidbarer Verluste von Menschenleben. Die Demonstrationen und Protestveranstaltungen, die seitdem in Buenos Aires stattfinden tragen zwar nicht den Zorn des Dezembers 2001 im Kleide, allerdings mischen sich in der Betroffenheit erstmals wieder politische Klassen, die sich sonst tunlichst aus dem Wege gehen. War das gleichsam ästhetische Erlebnis Regierungen gestürzt zu haben, fortan von den unteren sozialen Schichten verwaltet worden, funktioniert der Zorn über die Toten des Cromagnón plötzlich als horizontale Achse durch die differenzierte soziale Welt von Buenos Aires. Gleichzeitig aber mangelt es den Protesten an auch für die lateinamerika-untypisch breiten Milieus der Mittelschicht einsehbaren politischen Positionen. Die Demonstrationszüge sind zersplittert, vertrauen auf angegilbte politische Symboliken von Revolution und Che-Guevara-Romantik und beharken sich gegenseitig mit unterkomplexen Imperialismusthesen. Entgegen revolutionsromantischer Meinungen, wie sie vom Dokumentarfilmer Fernando E. Solanas zuletzt in seinem Film »Memorias al Saqueo«, Erinnerung an eine Plünderung, vertreten worden sind, hat im Dezember 2001 also nicht »das Volk« und nicht die Bevölkerung gewonnen. Allerdings sind die Erinnerungen an die Auseinandersetzungen und den Druck der Demonstrationen noch wach.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Néstor Kirchner demnach seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs beibehalten und aller Wahrscheinlichkeit nach werden sich die ständigen und zudem sehr partikularen Demonstrationen, Streiks und Auseinandersetzungen langsam und qualvoll totlaufen. Regelmäßig durchgeführte Befragungen der großen Tageszeitung El Clarin zeigen ein ums andere Mal Unverständnis für bestreikte U-Bahnen und blockierte Strassen. Der Mittelklasse fehlt es an Mut und an Notwendigkeit erneut gegen die politischen Zustände anzugehen. Einer Regierung Kirchner, die sich nie durch politische Stärke auszeichnete, da sie zu viel den alten peronistischen Seilschaften schuldete, kann eigentlich kaum etwas schlechteres passieren. Und so hat die Kontrolle des wirtschaftlichen Debakels nicht zum politischen Umdenken geführt. Die Überprüfung der Ursachen ist auf halbem Wege stehen geblieben. Die nächste Haltestelle Argentiniens wird wohl die Resignation sein. ‹›

BEIDE AUGEN GENDER-BLIND

SEXUALISIERTE GEWALT IM DISKURS UM »NEUE KRIEGE«

BETTINA ENGELS, KA

Die britische Sozialwissenschaftlerin Mary Kaldor veröffentlichte 1999, geprägt von den Eindrücken des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, ihr Buch über »alte und neue Kriege«. Wie kaum je ein anderes Schlagwort aus einer ursprünglich akademischen Debatte haben die »neuen Kriege« seitdem Karriere in der öffentlichen Diskussion über Frieden und Krieg gemacht. Im deutschsprachigen Raum hat dazu insbesondere das Buch von Herfried Münkler 2002 über »die neuen Kriege« beigetragen. In der Friedens- und Konfliktforschung folgten der These von den »neuen Kriegen« bald kritische Beiträge (zum Beispiel Chojnacki und Schlichte) – die Zweiteilung in »alte« und »neue« Kriege ist in ihren Augen vereinfacht, zu wenig differenziert und verstellt den Blick auf die Komplexität der Strukturen, Akteure und Prozesse bewaffneter Konflikte. Im Unterschied zu den VertreterInnen des Postulats der »neuen« Kriege findet die Kritik daran jedoch kaum Niederschlag in Feuilletons und Talkshows.

Das mag, wie Lothar Brock meint, darin begründet liegen, dass die polarisierte Zweiteilung in »alt« und »neu« das Bedürfnis nach einfachen Erklärungen für komplexe und scheinbar unerklärliche Ereignisse stillt. Ähnlich verhält es sich mit sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten: Genau wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien den Anstoß für die Diskussion um »neue« Kriege gegeben hat, bezeichnete er der Beginn der Wahrnehmung sexualisierter Gewalt in Kriegskontexten. Dass das Thema sogar Eingang in den Mainstream/Malestream[1] der Friedens- und Konfliktforschung gefunden hat, scheint weniger auf die langjährige Arbeit der Genderansätze in der Disziplin zurück zu führen zu sein als vielmehr auf die Medienberichterstattung.

Leider haben weder die KritikerInnen der These von den »neuen« Kriegen noch die VertreterInnen feministischer Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung sich mit der problematischen Darstellung und Interpretation sexualisierter Gewalt im Diskurs um die »neuen« Kriege auseinander gesetzt.[2]

Beispielsweise geht Herfried Münkler vergleichsweise ausführlich und aus feministischer Sicht in problematischer Weise auf sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten ein. Aus feministischer Perspektive ist es dabei grundsätzlich zwar ein Fortschritt, dass sexualisierte Gewalt überhaupt im immer noch überwiegend geschlechterblinden Mainstream/Malestream der Diskussion thematisiert wird. Die Art jedoch, wie sexualisierte Gewalt dargestellt und eingeordnet wird, reproduziert stereotype geschlechtliche Codierungen, anstatt sie offen zu legen. Münklers These der »Resexualisierung der Gewaltanwendung« ist dafür ein deutliches Beispiel.

Im Zuge des Wandels der Akteure und Akteurskonstellationen bewaffneter Konflikte und schwindender zentraler Kontrolle über ihre Verläufe würden Gewalthandlungen in »neuen« Kriegen »brutaler« und »barbarischer« (Münkler und Gantzel). Krieg und Gewalt seien nicht mehr Mittel, sondern (Selbst)Zweck; Gewalt richte sich nicht nur gegen KombattantInnen, sondern »zynische Soldaten

massakrieren [...] Frauen und Kinder als Repressalie« (Gantzel, Seite 7). Münkler diagnostiziert außer der von mehreren AutorInnen ausgemachten »Brutalisierung« und »Barbarisierung« zusätzlich »eine starke Resexualisierung der Gewaltanwendung« (Seite 30) als besonderes Kennzeichen der »neuen« Kriege.

VERMISCHUNG UNTERSCHIEDLICHER FORMEN VON GEWALT

Die »Resexualisierung« der »neuen« Kriege sei eine Folge der »Entdisziplinierung der Bewaffneten« (Münkler, Seite 30). Sie drücke sich aus in »Vergewaltigungsorgien beziehungsweise regelrechten Vergewaltigungsstrategien bis zu den immer häufiger vorkommenden Verstümmelungen der Opfer und der Trophäisierung menschlicher Körperteile«. Unklar bleibt, mit welcher Begründung »Verstümmelungen« und »Trophäisierung« Ausdruck einer »Resexualisierung« seien. Klaus Jürgen Gantzels Schilderungen der »Brutalisierung« lesen sich ähnlich: »Massaker an Wehrlosen jeden Alters und jeden Geschlechts, die Verstümmelung der Lebenden und Ermordeten, die sexuelle Erniedrigung mittels exzessiver Vergewaltigungspraktiken und Torturen« (Gantzel, Seite 12). Münkler beschreibt »Plünderung, Vergewaltigung, Massaker« (Münkler, Seite 66) als prägende Elemente der Verläufe »neuer« Kriege. Sexualisierte Gewalt wird unter dem Dach von »Grausamkeiten und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung« (Seite 76) eingeordnet. Problematisch an diesen Aufzählungen ist die Einordnung sexualisierter Gewalt in ein Sammelsurium »neuer Kriegsgräuel« und die damit verbundene Ausblendung der Spezifika sexualisierter Gewalt. Die These der »Barbarisierung« und »Resexualisierung« vermischt dabei unterschiedliche Formen kriegerischer Gewalt und bedient sich zudem häufig eines populistischen Vokabulars. VertreterInnen feministischer Ansätze haben dargelegt, dass sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten nur im Kontext der Konstruktion von Geschlecht und ihrer Einordnung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse gesehen und verstanden werden kann. Die Vermischung sexualisierter Gewalt mit anderen »Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung« erschwert eine solche Analyse.

ANSTIEG DER VERGEWALTIGUNGEN

Münkler stützt seine These von der »Resexualisierung« der Gewaltanwendung auf einen »dramatische[n] Anstieg der Vergewaltigungen im Übergang von den Staatenkriegen [...] zu den neuen Kriegen« (Seite 250, Fußnote 41). Empirisch lässt sich diese Vermutung nicht belegen. Systematisch erhobene empirische Daten über Vergewaltigungen in Kriegen liegen kaum vor. Angeführte Zahlen können nur exemplarischen Charakter haben. Die wenigen als gesichert geltenden quantitativen empirischen Daten über Vergewaltigungen in bewaffneten Konflikten sprechen eher dafür, dass Vergewaltigung und andere Formen sexualisierter Gewalt schon immer Bestandteil kriegerischer Gewalt gewesen sind, in allen kulturellen und historischen Kontexten (siehe Skjelsbæk).
Münkler (Seite 77) argumentiert, sexualisierte Gewalt sei in den Kriegen vor 1648 weit verbreitet gewesen und in den »neuen Kriegen dramatisch angestiegen«. Zwar habe es »auch in den klassischen Staatenkriegen immer wieder Gewalt gegen Frauen gegeben, aber spätestens seit dem 18. Jahrhundert handelte es sich dabei um ein Kriegsverbrechen, das verfolgt und bestraft wurde.« (Seite 143) Massenvergewaltigungen seien in den »Staatenkriegen« »nicht länger ein quasi-institutioneller Bestandteil von Kriegen [gewesen] und entdeckte Einzelfälle [wurden] streng geahndet.«
Demgegenüber haben Helke Sander und Barbara Johr belegt, dass Vergewaltigungen im Zweiten Weltkrieg eben nicht verfolgt und bestraft wurden, vielmehr von den Akteuren der »klassischen Staatenkriege« (Regierungen, Bürokratie, Militär) systematisch institutionalisiert. Technokratisch geplante und institutionalisierte Formen sexualisierter Gewalt durch das NS-Regime (»Wehrmachtsbordelle«) oder durch die japanische Armee (»comfort women«) sind ausführlich belegt (vergleiche Brownmiller).
Münkler verweist auf die Bestimmungen der Genfer Konvention zum Schutz von Non-KombattantInnen, durch die »eine weitgehende Einhegung der Gewalt gegen Frauen und Kinder gelungen« (Seite 144) sei. Die feministische Auseinandersetzung mit dem Völkerrecht und der Genfer Konvention wird da ausgeblendet. Stattdessen wird unhinterfragt das Element »Frauen und Kinder« aufgegriffen, das im Diskurs um die »Barbarisierung der neuen Kriege« neu Popularität erfährt.

REPRODUKTION STEREOTYPER CODIERUNGEN VON GESCHLECHT

Die Dichotomie von Geschlechtlichkeit und Krieg, die Frauen (und Kinder als funktionale Einheit) als hilf- und wehrlose passive Opfer, Männer wahlweise als Täter oder als Beschützer, in jedem Fall jedoch als aktiv Handelnde, konstruiert, durchzieht die These von der »Resexualisierung« der »neuen« Kriege systematisch. Das Aufgreifen und Fortschreiben dieser Dichotomien ist eine Folge des systematischen Ausblendens feministischer Ansätze durch den sozialwissenschaftlichen Mainstream/Malestream.
Hinter der Interpretation, »dass der Gewalt gegen Frauen in den »neuen« Kriegen, [dabei] eine fast größere Bedeutung zukommt als der gegen Männer« (Münkler, Seite 146), steht die Gleichsetzung von Gewalt gegen Frauen mit sexualisierter Gewalt, insbesondere Vergewaltigungen, und von Gewalt gegen Männer mit direkter, jedoch nicht sexualisierter Gewalt. Ausgeblendet werden dabei sowohl die Rollen von Frauen als Täterinnen und Kombattantinnen als auch sexualisierte Gewalt gegen Männer. Es ist bezeichnend, dass männliche Erwachsene als Opfer sexualisierter Gewalt bislang sowohl von der Medienberichterstattung als auch der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte fast vollständig ignoriert werden (vergleiche dazu die Studien von Dubravka Zarkov). Im Falle von »Verstümmelungsorgien« (Münkler, Seite 148) kann das Opfer auch männlich sein, im Unterschied zur Vergewaltigung, die als ein Akt der Gewalt gegen ausschließlich weibliche Opfer dargestellt wird.
Vergewaltigung durch jugendliche Kombattanten wird als »Erfüllung sexueller Bedürfnisse, denen die Halbwüchsigen mit der Waffe in der Hand freien Lauf lassen können« (Münkler, Seite 39) bezeichnet. Das knüpft an die nach wie vor weit verbreitete »Erklärung« und Entschuldigung von Vergewaltigungen als »Entgleisung« und »natürliche Triebe« zumeist junger Kombattanten sowie Ausdruck fehlender militärischer Disziplin an. Vergewaltigung wird interpretiert als Ausdruck sexueller »Bedürfnisse«, die sich junge Männer kaum anders als »mit der Waffe in der Hand« erfüllen könnten. Gezeichnet wird ein stereotypes Bild des männlichen Täters, der »natürlichen« Bedürfnissen hilf- und willenlos unterworfen sei. An anderer Stelle wird es ergänzt um das Bild des »Barbaren«: »Der Absturz in die sexuelle Barbarei [...] ist hauptsächlich dort zu beobachten, wo Gesellschaften, in denen traditionell eine rigide Sexualmoral herrschte, durch neue Kriege zerrüttet und zerstört werden: Hier sind die mit Waffengewalt sich eröffnenden Chancen zum Sexualverkehr besonders

verlockend.« (Münkler, Seite 40) Ähnlich Gantzel über das von Trutz von Trotha diagnostizierte Kalaschsyndrom: »Dass dieses reale Patriarchatskonstrukt hauptsächlich in rückständigen Ländern grassiert, verwundert allerdings nicht.«[3]

Hier wird Vergewaltigung als eine Form der Sexualität präsentiert, die von »Barbaren« praktiziert wird, insbesondere in »rückständigen Ländern«, geprägt von »neuen« Kriegen. Diese finden vor allem im subsaharischen Afrika statt. Das Bild des Vergewaltigers, das hier gezeichnet wird, ist das des »barbarischen, wilden, schwarzen Mannes«.

VERGEWALTIGUNG IST KEINE FORM DER SEXUALITÄT

Zudem suggerieren die Formulierungen – Vergewaltigung als die »Erfüllung sexueller Bedürfnisse«, der Verweis auf »eine rigide Sexualmoral«, die »sich eröffnenden Chancen zum Sexualverkehr« – und der Begriff der »Resexualisierung« als solcher, sexualisierte Gewalt und insbesondere Vergewaltigung seien eine Form der Sexualität oder hätten zumindest etwas damit zu tun. Ähnlich handelt es sich bei der Formulierung der »beinahe alltäglich gewordenen Vergewaltigungsorgien« um einen unpassenden Euphemismus (Münkler, Seite 30). Der Begriff der »Orgie« (laut Duden eine Ausschweifung oder ein ausschweifendes Gelage) ist zu positiv konnotiert, um ihn für eine Massenvergewaltigung zu verwenden. Vergewaltigungen zeugten »von einer umfassenden Sexualisierung der Gewalt, wie sie in fast allen neuen Kriegen zu beobachten ist: Die Gewaltanwendung [...] ist hier wieder libidinös besetzt« (Münkler, Seite 151). Die Verbindung von direkter Gewalt und »Libido« (laut Duden »Begierde oder Geschlechtstrieb«) knüpft an die These der »sexuellen Bedürfnisse« und »Triebe« an und unterstellt die Möglichkeit ihrer »Erfüllung« durch die Anwendung physischer Gewalt.

Es ist nicht nur intuitiv plausibel, dass Vergewaltigung keine Form der Sexualität ist. Vergewaltigung ist kein aggressiver Ausdruck von Sexualität, sondern ein Akt der Aggression, der sich sexueller Mittel bedient und sozial verfestigten Geschlechterstereotypen und Geschlechterverhältnissen unterliegt. Vergewaltigung erfüllt keine sexuelle Funktion, sondern erzeugt Machtgefühle durch die Erniedrigung des Opfers (Seifert). Zudem nehmen Interpretation von Vergewaltigung als gewaltsame Erfüllung von »Bedürfnissen« oder Verfolgung von »Trieben« eine täterzentrierte Perspektive ein. Aus der Opferperspektive ist Vergewaltigung kein Akt der Sexualität, sondern der Gewalt und Demütigung.

So erfreulich es ist, wenn durch die Diskussion um »neue« Kriege sexualisierte Gewalt auf der Agenda der Friedens- und Konfliktforschung erscheint, so enttäuschend ist die Art und Weise, wie dies geschieht. Die These der »Brutalisierung« und »Resexualisierung« bleibt im besten Fall in der deskriptiven Beschreibung verhaftet, im schlimmeren Fall verfällt sie in Darstellungen und Interpretationen sexualisierter Gewalt, die stereotype Codierungen von Geschlechtlichkeit und Sexualität aufgreifen und verfestigen. Gerade vor dem Hintergrund der breiten öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit, die der These von den »neuen« Kriegen zu Teil wird, erscheint die Produktion und Reproduktion von Bildern wie das des »barbarischen«, »unzivilisierten« Vergewaltigers in »rückständigen Ländern« fragwürdig und gefährlich.

Lange vor der Diskussion um »neue« Kriege haben sich feministische und Genderansätze empirisch und theoretisch mit sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten befasst. Ihre Arbeiten werden jedoch sowohl von den VertreterInnen der These der »neuen« Kriege als auch von ihren KritikerInnen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – weitgehend ignoriert. Dabei ist sexualisierte Gewalt im Krieg wie im Frieden genau so wenig ein »neues« Phänomen wie die Genderblindheit der Arbeiten über die »neuen« Kriege. ‹›

ANMERKUNGEN 1 Die Unterscheidung von Mainstream und Malestream verweist darauf, dass auch theoretische Ansätze, die sich explizit vom Mainstream einer Disziplin distanzieren, nicht zwangläufig geschlechter-sensibel sind (Reimann Seite 40, Fn. 15) 2 Eine Ausnahme ist der Literaturbericht von Chojnacki 3 Die Kalaschnikow als die charakteristische Waffe der »neuen« Kriege vor allem in Afrika südlich der Sahara werde, so von Trotha (2001), zum Symbol der Inszenierung von Männlichkeit im Krieg

LITERATUR ***Alt und neu,*** *Kriege und Gewalt. Heuristische und normative Aspekte kategorialier Unterscheidungen.* Lothar Brock. In: Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Sabine Kurtenbach und Peter Lock (Herausgeber), Seiten 11 bis 19, Dietz Verlag Bonn, 2004 ***Gegen unseren Willen.*** *Vergewaltigung und Männerherrschaft.* Susan Brownmiller, Verlag S. Fischer, Frankfurt am Main, 1978 ***Wandel der Kriegsformen?*** *Ein kritischer Literaturbericht.* Sven Chojnacki, In: Leviathan 3/2004, Seiten 402 bis 424 ***Neue Kriege?*** *Neue Kämpfer?* Arbeitspapier Nummer 2/2002. Klaus Jürgen Gantzel, Universität Hamburg (IPW, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung) ***New and Old Wars.*** *Organized Violence in a Global Era.* Mary Kaldor, Stanford University Press *Die neuen Kriege.* Herfried Münkler, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg ***Engendering the field*** *of Conflict Management. Why Gender Does Not Matter! Thoughts from a Theoretical Perspective.* Cordula Reimann, In: Peace Studies Papers, Working paper 2, University of Bradford, Department of Peace Studies ***Befreier und Befreite.*** *Krieg, Vergewaltigung, Kinder.* Helke Sander und Barbara Johr, Kunstmann Verlag München, 1992 ***Neue Kriege oder alte Thesen?*** *Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft* Klaus Schlichte, Vortrag auf der Tagung »Neue Kriegstheorien – eine Zwischenbilanz«, DVPW-Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte in Kooperation mit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main, 25. bis 27. März 2004 ***Krieg und Vergewaltigung.*** *Ansätze einer Analyse.* Ruth Seifert, In: Massenvergewaltigungen. Krieg gegen die Frauen. Alexandra Stiglmayer (Herausgeberin), Seiten 85 bis 108, Kore Verlag Freiburg (Breisgau), 1993 ***Sexual Violence and War.*** *Mapping Out a Complex Relationship.* Inger Skjelsbaek, In: European Journal of International Relations, 7:2, Seiten 211 bis 237 ***Das Kalaschsyndrom.*** *Gewalt zwischen Privatisierung, Männlichkeit, Jugend, Opferanspruch und massenmedialer Verherrlichung.* Trutz von Trotha, In: Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 2001 ***War rapes Bosnia.*** *On Masculinity, Femininity and the Power of Rape Victim Identity.* Dubravka Zarkov, In: Tijdschrift voor Criminologie, 39:2, Seiten 140 bis 151, 1997 ***The body of the Other Man.*** *Sexual Violence and the Construction of Masculinity, Sexuality and Ethnicity in the Croatian Media.* Dubravka Zarkov, In: Victims, Perpetrators or Actors? Gender, Armed Conflict and Political Violence. Caroline Clark und Fiona C. Moser (Herausgeber), Seiten 69 bis 82, Zed Books London und New York, 2001

SICHERHEITS-WM 2006

SPANNUNG, SPORT UND SICHERHEITSWAHN

CHRISTIAN SCHRÖDER, KA

EIN SPEKTAKEL WIE DIE FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT 2006 ERFREUT NICHT NUR FUSSBALLLIEBHABERINNEN, SONDERN FÜHRT IN ZEITEN ALLGEMEINEN TERRORWAHNS AUCH ZU EINER RASANTEN INTENSIVIERUNG DER KONTROLLPOLITIK.

EIN GIGANTISCHES RÄDERWERK

Seit Monaten schon laufen die Vorbereitungen zur WM im Juni/Juli 2006 auf Hochtouren. So haben wir in der Vergangenheit erfahren, dass das Rasenkompetenzteam des FIFA-Organisationskomitees gut in der Zeit ist, uns aber weder den geheimen

Aussaatort des offiziellen WM-Rasens noch dessen Saatgutmischung verraten will – streng geheim. Als würde die Standortkampagne »Deutschland – Land der Ideen« nicht reichen, wirbt die Agentur für Arbeit in einer großen Werbekampagne mit platten Fußballanspielungen für nicht existente Arbeitsplätze. Der mit der WM erwartete Anstieg der Prostitution lässt auch schon einige PolitikerInnen wilde Pläne schmieden: Die grüne Gesundheitsstadträtin des Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf, Martina Schmiedhofer, will etwa 100.000 Kondome um das Olympiastadion verteilen. Vielleicht sogar umsonst, wenn sie dafür einen Sponsoren findet. Dirk Lamprecht, CDU-Wirtschaftsstadtrat von Berlin-Mitte, möchte »Verrichtungsboxen« aufstellen, um den »Straßenstrich« zu verstecken. Das Mammutprojekt der WM-Vorbereitung ist jedoch die Sicherheit. Nach einer mehrmonatigen Planungsphase steht es seit Mai diesen Jahres: das WM-Sicherheitskonzept. Und es übertrifft die kühnsten Erwartungen:

Schnüffel-Technik RFID

Schon im Vorfeld sorgten die »personalisierten« WM-Tickets für Aufregung. Wer eine der raren WM-Karten erheischen wollte, musste für sich und maximal drei BegleiterInnen insgesamt 16 Datenfelder ausfüllen (Name, Adresse, Passnummer, Telefon, E-Mail, Fanzugehörigkeit und so weiter). Diese Daten wurden dann mit der 1994 eingerichteten Datei »Gewalttäter Sport« abgeglichen, in der etwa 6.200 Hooligans in Deutschland gespeichert sind. Für rund 2.700 von ihnen gilt ein Stadionverbot. Die Gesamtzahl deutscher »Problemfans« wird auf knapp 10.000 geschätzt – hinzu kommen Gäste aus dem Ausland. Wer als »Gewalttäter Sport« abgestempelt ist, hat keine Chance ins Stadion zu gelangen. Fanverbände wie das Bündnis Aktiver Fußball-Fans (BAFF) kritisieren die Willkür mit der Fans in der Datei landen, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Die WM-Tickets selber sind mit den RFID-Chips (Radio Frequency Identification) ausgestattet, winzige Computerchips mit Miniantennen, die elektronische Zugangskontrollen ermöglichen – entwickelt vom WM-Sponsor Philips. Lesegeräte könnten an relevanten Durchgängen wie am Tor zu jedem Block angebracht, die Fans ausspioniert und Bewegungsprofile der ZuschauerInnen im Stadion erstellt werden. Die Fußballfans werden zu Versuchskaninchen der RFID-Industrie und des Polizeiapparats. Denn die Fußball-WM wird der größte Einsatz der Schnüffeltechnik: eine flächendeckende Infrastruktur in Form kleiner Empfangsantennen soll aufgebaut und die gesellschaftliche Akzeptanz für die Überwachungstechnologie geschaffen werden.

Videoüberwachung

Obwohl der Berliner Innensenator Ehrhart Körting versprach, dass der Senat die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr nicht zum Anlass nehmen werde, »Berlins Plätze mit Videokameras voll zu kleistern«, wird auf die BerlinerInnen wohl doch eine Rund-um-die-Uhr-Dauer-Videoüberwachung zu kommen. Etliche Überwachungskameras sollen installiert werden. Spezialkameras sollen biometrische Gesichtsmerkmale von Personen erfassen. Computer vergleichen die Daten dann mit den Gesichtern bereits erfasster »Problemfans«. »Closed Circuit Television« (CCTV) heißt diese schlaue Technik. Die computergesteuerten Videoüberwachungskameras haben zudem den Vorteil, dass die Daten der englischen CCTV-Kameras mit den deutschen kompatibel sind. Hier geht es nicht nur um die Beobachtung und die Aufzeichnung von Bewegungen im öffentlichen Raum, sondern um den Abgleich mit vorhandenen biometrischen Dateien. In dieser Form ist dies vom Gesetzgeber noch nicht einmal beschlossen worden. Die Erfahrung der letzten Olympischen Spiele in Athen zeigt, dass es Polizei und Politik schwer fällt, sich von einmal installierten Überwachungskameras wieder zu trennen.

Technische Spielzeuge

Doch das ist noch lang nicht alles. Der fahrende Sicherheitsroboter Ofro der Firma »Robowatch Technologies GmbH«, der aussieht wie ein Minipanzer, soll in den Stadien atomare, biologische oder chemische Gefahren aufspüren. Pausenlos sollen die kleinen Minipanzer mit einer Geschwindigkeit von bis zu fünf Kilometer in der Stunde die Gegend beobachten, von Thermokameras aufgenommene Bilder an die Zentrale übermitteln und gegebenenfalls Alarm auslösen. In Frankfurt entsteht zur WM das »Nationale Informations- und Kooperationszentrum«, in dem AntiterrorexpertInnen des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamts sämtliche Informationen über mögliche Gefährdungen sammeln und auswerten. Zusätzlich werden Sicherheitskräfte zur WM mit dem mobilen Fingerabdrucksystem »Fast Identification« ausgestattet. »Fast Identification« versetzt Polizeistreifen in die Lage, die Abdrücke von Zeigefinger und Daumen von Verdächtigen vor Ort mit Hilfe mobiler Fingerabdruckscanner digital abzunehmen und mit Datenbanken abzugleichen. Das »Automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungs-System« (AFIS) wurde 1993 beim BKA eingerichtet und wird seitdem vom BKA und den Landespolizeien genutzt. Die AFIS Datenbank umfasst zur Zeit etwa 3.200.000 Fingerabdrücke und wird fortwährend mit Daten gespeist: pro Jahr werden rund 500.000 Fingerabdrücke digitalisiert und etwa 28.000 Abgleiche durchgeführt. Innenminister Otto Schily hat angekündigt, dass bei der WM bis zu 200.000 Personenüberprüfungen gespeichert werden sollen. Die Option für Alkoholverbote in Stadien und spontane Luftraumsperrung haben sich die deutschen Sicherheitsbehörden auch offengehalten. Und Schily hat auch schon angekündigt, das Schengener Abkommen zur Fußball-WM außer Kraft zu setzen und wieder reguläre Grenzkontrollen durchführen zu lassen.

Generalproben und Warm-Ups

Die Generalprobe für das Sicherheitskonzept fand schon beim Confederations Cup im Juni 2005 statt, wo es teilweise umgesetzt wurde – erfolgreich, wie allseits versichert wird.

Auch die Polizei hat schon ihr Warm-Up begonnen. Vor Wochen übte sie in länder- und einheitenübergreifenden Aktionen schon mal das Erstürmen von Gaststätten und Diskotheken. In einem Sonderkommando-Einsatz stürmte die Polizei die Diskothek »Jeton« in Berlin-Friedrichshain, in der sich vor der Lokalpartie 1. FC Union Berlin gegen BFC Dynamo einige hundert Fans versammelt hatten, und ging mit äußerster Gewalt gegen die feiernden BFC-AnhängerInnen vor. Begründet wurde dies als präventiver Einsatz gegen die rechte Hooliganszene.

Diskussionen und Flucht

Der BUKO 29, der wenige Wochen vor der Fußball-WM in Berlin stattfindet, wird einen Schwerpunkt auf Kontrollpolitik und Innere Sicherheit in Zeiten des Terrorwahns haben. Tatkräftige inhaltliche und organisatorische Unterstützung wird noch gesucht.

Wer sich zutraut seine Wohnung für vier Wochen Fußballfans zu überlassen, kann sich über Berliner Zwischenmietagenturen vermitteln lassen. Die Preise sind gar nicht

so übel und eine Möglichkeit, sich seine Flucht aus Berlin zu finanzieren. ‹›

ANMERKUNGEN **RFID-Technologie** http://stoprfid.foebud.org **Fußballfanvereinigungen** www.aktive-fans.de – Bündnis Aktiver Fußball-Fans (BAFF), vereinsübergreifender Zusammenschluss von über 200 Einzelmitgliedern und vielen Faninstitutionen **Closed Circuit Television (CCTV)** http://stop1984.com/print.php?lang=es&text=ueberwachung_technik_videoueberwachung_links_wehrheim.txt **Allgemein Überwachung und Kontrollpolitik** http://stop1984.com und www.cilip.de – Institut für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit e.V./CILIP Bürgerrechte und Polizei

ANMERKUNGEN ZUM SCHWERPUNKT ZAG 46: LECHTS UND RINKS

WERNER L.

In meinen Anmerkungen werde ich mich auf den Beitrag »Nachlassende Bindekraft der Arbeit« konzentrieren; denn die Kernaussagen der Kritik ließen sich auch auf die anderen Artikel anwenden. In diesem Leserbrief können nur die wichtigsten Punkte benannt werden und vieles muss daher verkürzt erscheinen. In benanntem Text werden einige Phänomene richtig dargestellt. Es fehlt aber der rote Faden, der Autor bedient sich fast nur der Begriffe bürgerlicher Soziologie und Ökonomie.

Es ist zunächst auf die Bedeutung der dritten technologischen Revolution einzugehen, das heißt den Einsatz der Mikroelektronik im Arbeitsprozess, der aufgrund der Miniaturisierung erst Anfang oder Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts möglich war. Das ist für das Verständnis ungemein wichtig und wird auch in dem zu kritisierenden Aufsatz zumindest angedeutet. Die Lohnarbeit war hierbei mit einer umfassenden Revolution der Produktivkräfte konfrontiert. Der Einsatz der Mikroelektronik ist eine fundamentale Formänderung der kapitalistischen Produktionsweise, die die bisherigen technologischen Umwälzungen des Kapitalismus in den Schatten stellt. Es seien nur wenige Folgen benannt: die Entwertung des Facharbeitertums und mittlerweile wohl auch der geistigen Arbeit – die tendenzielle Auflösung der Berufsstruktur aktuell. Da der Wert der Ware Arbeitskraft ständig sinkt, wird auch die Lohnarbeit (zunächst) in die Defensive gedrängt. Im dritten Band des Kapitals im Abschnitt zum tendenziellen Fall der Profitrate setzt sich Marx mit dieser Frage als Denkmöglichkeit auseinander. Was geschieht, wenn die Produktivität derart steigt, dass große Teile der Bevölkerung überflüssig werden. Ein hoher Prozentsatz der Lohnarbeit ist nicht einmal als Bestandteil der industriellen Reservearmee von Interesse. Sie sind aus dem kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess faktisch ausgeschlossen. Gerade das ist der Schwerpunkt des Essays von Viviane Forrester mit dem Titel der Terror der Ökonomie. Das kann nicht ohne Auswirkungen auf das Klassenbewusstsein bleiben. Es entwickelt sich zunächst Demoralisation und Lethargie. An den Rändern wird es zunehmend zersetzt, was zu einer Verlumpung des Bewusstseins wie faschistischen Ideologien, Hooliganismus oder religiösen Fundamentalismen führt. Auch für antirassistische Aktivitäten ist es wichtig, sich diese Zusammenhänge klarzumachen; zum Beispiel die veränderte Stellung der Arbeits-Migranten. Und ganz sicher sind wir alle davon betroffen: Es ist ein Theorieverlust eines Teils der radikalen Linken festzustellen, nicht nur in den oben angegebenen ZAG-Artikeln. Man sieht das Ganze nicht mehr und konzentriert sich auf Partikularitäten.

Es seien nur wenige Punkte benannt:

– Leugnung der Kategorie Lohnarbeit; sie erscheint einem sogar fremd
– Geschichtsverlust allgemein
– antigewerkschaftliches Ressentiment

Letzteres eine Position, die schon seit Jahrzehnten Bestandteil der radikalen Linken zu sein scheint. Lenin hatte diesem Phänomen eine eigene Polemik gewidmet. Das ist um so erstaunlicher, wo doch die Herrschenden und ihre Medien heute alles daran setzen, die geschwächten Gewerkschaften ganz aus dem Weg zu schaffen. Leicht schleichen sich bürgerliche Begriffe ein. Was ist eine »Arbeitsgesellschaft«? Was wäre dagegen eine Nicht-Arbeitsgesellschaft? Die Kritik ließe sich prägnant in dem Satz zusammenfassen: Ein erheblicher Teil der sich radikal verstehenden Linken hat sich von der sozialen Frage verabschiedet. Dagegen ginge es um die Wiederaneignung der Theorie, eine Untersuchungsmethode, die sich der Kritik der politischen Ökonomie als eines zentralen Hebels bedient, entlang der Ideen derer, die Bertolt Brecht Klassiker nannte. ‹›

ZU PROTOKOLL ERMITTLUNGEN GEGEN RASSISTISCHEN RICHTER EINGESTELLT

ARI BERLIN

Am 28. Juni 2004 erschien in der Berliner Zeitung der Artikel »Gefängnis der Gescheiterten«, ein Bericht über den Berufsalltag eines Berliner Richters im Abschiebegewahrsam. Dem Richter am Amtsgericht Schöneberg Dietrich Lexer wurde ein Forum gegeben, seine rassistische Attitüde der Öffentlichkeit kundzutun. Der Artikel strotzt nur so von rassistischen Zuschreibungen und Menschenverachtung.

»Die Mongolen, hat er gehört, lügen aus Spaß, selbst wenn es ihnen weder schadet noch nutzt. ... Zentralafrikaner treten eher anmaßend auf. Bei einem Araber kommt man nie zu einem Ergebnis, weil unendlich palavert wird. Zigeunerinnen können auf Knopfdruck hyperventilieren.«

Über eine Nigerianerin, die bei Abschiebungen Widerstand leistete, sagte er: »Ich finde, man könnte dieser Frau im Linienflugzeug nur mal das Klebeband zeigen.« Eine Anspielung auf bei Abschiebungen

verbotene Knebelungsmethode, durch die bereits mehrere Menschen starben.

Die Antirassistische Initiative Berlin stellte aufgrund dieses Artikels gegen den Richter Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten.

Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen am 17. Mai 2005 ein. Eine Beschwerde dagegen wurde am 26. Juni abgelehnt. Auch eine Dienstaufsichtsbeschwerde hatte keine Konsequenzen.

Nach einer Stellungnahme des Richters sah die Dienstaufsicht keine Notwendigkeit zum Handeln. Anhand eines solchen Verhaltens wird deutlich, dass die Justiz kein Interesse daran hat, gegen Rassismus in staatlichen Institutionen vorzugehen. Es stellt sich außerdem die Frage, ob ein Verbot von Knebelung bei Abschiebungen ernst gemeint ist, wenn ein Richter öffentlich dazu aufrufen darf. Die Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« belegt für die Jahre 1993 bis 2004 fünf Fälle von Menschen, die während ihrer Abschiebung starben, 262 wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt, 48 Menschen begingen in Abschiebehaft Suizid – siehe: http://www.anti-rar.de/doku/titel.htm

In diesem Kontext stellt das Verhalten der Staatsanwaltschaft keine bloße Tolerierung oder Ignoranz dar, vielmehr zeigt es, dass Tote bei Abschiebungen und in Abschiebehaft einkalkuliert sind. Auch die rassistische Einstellung der einzelnen Beamten und Beamtinnen trägt zum Funktionieren dieses Abschiebesystems bei.

Die Presse hat nun das Wort. ‹›

ANMERKUNGEN Kontakt Antirassistische Initiative Berlin, Telefon 0 30-7 85 72 81 **Für Nachfragen und Unmutsbekundungen** Staatsanwaltschaft Berlin, Staatsanwältin Frau Eickelmann, Telefon 0 30-90 14 27 99; Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Staatsanwalt Herr Gaedtke, Telefon 0 30-90 15 27 64; Amtsgericht Berlin, Präsident Herr Wosnitzka, Telefon 0 30-9 01 40



SCHWERPUNKT

PRODUKTIONEN DES WESTENS

EINLEITUNG

EVA FRIESINGER UND JANA SEPPELT

»DIESES GESCHWÄTZ VON FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT, LIEBE, EHRE, VATERLAND, WAS WEISS ICH. DAS HINDERTE UNS NICHT DARAN, GLEICHZEITIG RASSISTISCHE REDEN ZU HALTEN: DRECKIGER NEGER, DRECKIGER JUDE, DRECKIGER ARABER. LIBERALE UND ZARTE GUTE SEELEN – MIT ANDEREN WORTEN, NEOKOLONIALISTEN – GABEN SICH SCHOCKIERT ÜBER DIESE INKONSEQUENZ. OB AUS IRRTUM ODER SCHLECHTEM GEWISSEN: NICHTS IST BEI UNS KONSEQUENTER ALS EIN RASSISTISCHER HUMANISMUS, WEIL DER EUROPÄER NUR DADURCH SICH ZUM MENSCHEN HAT MACHEN KÖNNEN, DASS ER SKLAVEN UND MONSTREN HERVORBRACHTE.«

JEAN-PAUL SARTRE

Sartres Zitat aus der Einleitung zu Frantz Fanons »Die Verdammten dieser Erde« beschreibt zum Einen die Kontinuität, die sich im Begriff Postkolonialismus widerspiegeln soll: Es geht nicht um eine überwundene und abgeschlossene Phase des Kolonialismus. Die Verwendung des Präfixes »post« soll deutlich machen, dass die koloniale Situation auch nach dem formalen Ende kolonialer europäischer Expansionspolitik und Kolonisierung keinesfalls beendet ist. Postkoloniale Kritik stellt somit die beständige Frage danach, wie Kolonialismus bis heute wirkt und sich fortsetzt. Zum anderen macht das Zitat deutlich, was gemeinhin gern vernachlässigt wird: Die koloniale Politik war in zwei Richtungen hin wirksam. Sie hat nicht nur die kolonisierten »Anderen« oder vielmehr eine Vorstellung, einen Diskurs über diese »Anderen« produziert, sondern hat auch gravierende Auswirkungen auf die Kolonisierenden. Der »postkoloniale Zustand« verweist somit auf die Konditionierung aktueller Gesellschaften durch den Kolonialismus. Postkoloniale Kritik ist ein Versuch, nicht hauptsächlich die (Situation der) Kolonisierten in den Blick zu bekommen, sondern ebenso den Zustand derer, die zur Kolonisierung beigetragen haben.

Im letzten Herbst jährte sich zum 120. Mal der Beginn der Internationalen Afrikakonferenz, die vom November 1884 bis Februar 1885 in Berlin stattfand. Auf dem auch als Kongokonferenz bekannten Treffen der Kolonialmächte einigten sich diese über Status quo und Zukunft der Kolonisierung und teilten Afrika – gleich einem Kuchen – unter sich auf. Außerdem jährte sich im letzten Jahr der von deutschen Soldaten begangene Völkermord an den Herero zum hundertsten Mal. Diese Ereignisse und die in Berlin stattfindende Anticolonial-Africa-Conference haben wir zum Anlass genommen, den Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den europäischen Kolonialismus und seine moderne Ausprägungen, in denen er sich erhält und transformiert, zu legen. Vor dem Hintergrund postkolonialer Theorie wollen wir uns mit der kulturellen, politischen und ökonomischen Verfasstheit postkolonialer Gesellschaften und dem Vermächtnis kolonialer Vergangenheit und ihren gegenwärtigen Ausformungen und Wirkungsweisen auseinander setzen.

FRAGEN, BRÜCHE, DISKUSSIONEN

Die Beschäftigung mit dem globalen Thema Kolonialismus und der Frage nach Kontinuitäten in den Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und ihren inzwischen formal unabhängigen Kolonien wirft eine Menge Fragen auf. Kann man gerade in Hinblick auf die zahlreichen Unabhängigkeitsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg auch von einem Ende des Kolonialismus sprechen? Wo gibt es Brüche, die es erfordern, dass heutige Strukturen und Politiken, wie beispielsweise die der Migrationsregimes, eher als Imperialismus oder zumindest als Neokolonialismus gefasst werden müssen? Wie hat der Kolonialismus zur Entwicklung des Westens beigetragen? In welchen neuen Gewändern begegnen uns alte koloniale Praktiken und Diskurse, und wie sind sie in das Selbstverständnis des Westens eingeschrieben? Und nicht zuletzt, inwiefern sind wir selbst und unsere Denkweise Bestandteil dieser Strukturen? Wie profitieren wir davon? Unter was für Voraussetzungen und von welcher Position aus beschäftigen wir uns mit diesen Themen?

Auch für Konzepte des Widerstands ergeben sich Fragen. Mit welchem Fokus und vor was für einem Hintergrund kämpfen wir heute konkret gegen Machtstrukturen und ökonomische Abhängigkeiten? Welche Kämpfe und Interventionen auf der diskursiven Ebene sind sinnvoll und von welchem Standpunkt aus können sie wie geführt werden? Inwiefern kann eine antirassistische oder antikoloniale Praxis vom Forschungsansatz der postcolonial studies, der sehr auf der universitären Ebene verhaftet ist, profitieren?

In Anbetracht der unzähligen Aspekte und Fragen die das Thema aufwirft, haben wir uns dafür entschieden dieses Heft mit Produktionen des Westens zu überschreiben. Der Titel ist dabei bewusst weit gefasst. Sowohl postcolonial studies wie auch Ansätze des Neokolonialismus und der Imperialismuskritik sollen einen Platz finden. Es fallen materielle wie auch diskursive Aspekte darunter, Produktion wie Reproduktion, die Ausbreitung westlicher Praxen über den Globus, Bilder über den Westen ebenso wie Bilder über »Andere« die der Westen produziert. Angesichts des breiten inhaltlichen Spektrums, das wir damit abzudecken versuchen und das eben auch das weite Feld der postkolonialen Kritik ausmacht, war die Auswahl der Themen nicht einfach. Und, wie immer bei einer Zeitung, zu einem guten Teil auch von Zufall bestimmt.

Der daraus resultierenden Lücken und Mängel in diesem Schwerpunkt sind wir uns bewusst und auch der Tatsache, dass viele unserer anfänglichen Fragen bestenfalls andiskutiert im Raum stehen bleiben. Dennoch hoffen wir, interessante und weitere Fragen aufwerfende Texte zusammengestellt zu haben, die einen Einblick in das weite Feld der postkolonialen Kritik geben. ◦

POSTKOLONIALE KRITIK
EINFÜHRUNG IN DEN POSTKOLONIALISMUS

AG POSTKOLONIALISMUS VON REFLECT! E.V.

Mit dem Begriff »Westen« werden im Alltagsgebrauch sozialer, technischer und wissenschaftlicher Fortschritt, Demokratie, Wohlstand, Bildung und Emanzipation assoziiert. Dabei handelt es sich bei diesem »Westen« jedoch um keinen geographisch klar umrissenen Ort – da neben Europa und Nordamerika zum Beispiel auch Japan in der Regel als »westliches« Land betrachtet wird –, sondern vielmehr um ein Konzept, das unter anderem die eben genannten Phänomene in sich vereint.

Meistens wird die »Entwicklung« des Westens als eigenständige, das heißt im und durch diesen Westen geschaffene begriffen. Postkoloniale TheoretikerInnen richten dagegen den Fokus auf die konstitutive Rolle, welche die europäische Expansion und die Kolonialismen dabei spielten. Sie untersuchen und benennen Erfahrungen von Unterdrückung, Widerstand, Geschlecht, Repräsentation, Diaspora und Migration in (post-)kolonialen Kontexten, und dies nicht nur im Hinblick auf die Kolonisierten. Frantz Fanon, einer der wichtigsten Vorläufer der *postcolonial studies*, stellte schon in den 1930ern fest, dass der Kolonialismus nicht nur die Kolonisierten »gemacht« hat, sondern auch die EuropäerInnen.[1]

Als Forschungsrichtung hat sich das Feld der *postcolonial studies* allerdings erst mit Edward Saids *Orientalism* (1978, vergleiche Glossar: Orientalismus) zu etablieren begonnen. Ausgehend von den Literatur- und Kulturwissenschaften, besonders in den USA haben sich die *postcolonial studies* inzwischen auch in anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen durchgesetzt; dabei besteht eine enge Verwandtschaft zu den *cultural studies* einerseits, zu poststrukturalistischen und psychoanalytischen Theorien andererseits. Feministische TheoretikerInnen (wie Bell Hooks, Chandra Mohanty, Gayatri Spivak et cetera) verarbeiten und entwickeln die Kritik an kolonialen und postkolonialen Machtverhältnissen in andere Richtungen weiter.

In Bezug auf die »Produktionen des Westens« gibt es drei zentrale Argumentationslinien postkolonialer Kritik: Erstens argumentieren postkoloniale TheoretikerInnen, dass die Geschichte des Westens keine isolierte Geschichte darstellt und vor allem nicht ohne die des Kolonialismus gedacht werden kann. Dieser stellt einerseits eine Erfahrung dar, auf deren Grundlage europäisches Wissen erst produziert wurde; anderseits wurden europäische Identitäten in Abgrenzung zu kolonialen »Subjekten« definiert.

Dies verweist bereits auf den zweiten zentralen Fokus postkolonialer Theorie, der sich auf den Mechanismus der westlichen/kolonialen Selbstdefinition in Abgrenzung zum nicht-westlichen »Anderen« richtet (paradigmatisch hierfür ist Saids *Orientalism*). Allgemein gesprochen heißt dies, dass nicht-westliche Kulturen und Zivilisationen als das exotische, wilde, irrationale »Andere« betrachtet werden, dem »das Westliche« als überlegen, rational, zivilisiert et cetera gegenüber gestellt wird. Das Ziel postkolonialer Theorie ist die Dekonstruktion von asymmetrischen Begriffspaaren wie Orient-Okzident, rational-exotisch, entwickelt-unterwickelt, Nord-Süd und so weiter, die internationale Machtbeziehungen widerspiegeln, reproduzieren und den Umgang des Westens mit den ehemaligen Kolonien, sowie das Selbstverständnis beider Seiten prägen.

Schließlich kritisieren DenkerInnen wie Spivak, Chakrabarty oder Hall sich als universal gültig gerierende Konzepte wie Fortschritt, Emanzipation, Nationalstaat oder Demokratie. Dem gegenüber postulieren sie, dass die westliche »Entwicklung« und die damit verbundenen Konzepte nicht allgemeingültig sind, sondern spezifische historische, ökonomische und gesellschaftspolitische Erfahrungen bezeichnen. Ihre Übertragung auf außereuropäische Kontexte steht daher einem Verständnis von komplexen sozialen Prozessen in postkolonialen Gesellschaften und der Bedeutung kolonialer Herrschaftsverhältnisse entgegen. Neben der Dekonstruktion dieser vermeintlich allgemeingültigen Konzepte, sollten aber auch die Rückwirkungen eines solchen Denkens nicht außer Acht gelassen werden – die »Idee« eines universalen Modells von Gesellschaftsentwicklung hat gravierende Auswirkungen auf den tatsächlichen Umgang mit den (ehemaligen) Kolonisierten.

IM NAMEN DER WISSENSCHAFT...

Postkoloniale Theorie umfasst also sowohl die Dekonstruktion von Diskursen über »den Westen und den Rest«[2] als auch die kritische Untersuchung der Wirkmächtigkeit solcher Konzepte in der kolonialen und postkolonialen Praxis. Wie diese Ebenen miteinander verbunden werden können, verdeutlicht eine Betrachtung der Geschichte der modernen Naturwissenschaften, die paradigmatisch für westliches Fortschrittsdenken ist. Ein zentrales Element dieser Geschichte war die Katalogisierung und Klassifizierung von Lebewesen, inklusive der Unterteilung der Menschheit in Rassen. Die europäische Expansion schuf und verstärkte nicht nur das Verlangen nach dieser Klassifikation, sondern lieferte den europäischen Wissenschaftlern auch das

dazu nötige »Anschauungsmaterial«. Sie eröffnete einer Vielzahl von HumanbiologInnen, MedizinerInnen und AnthropologInnen die Möglichkeit, ihre Untersuchungen an der kolonialen Bevölkerung vor Ort,[3] beziehungsweise an verschleppten, versklavten Menschen durchzuführen (vergleiche Glossar: Diaspora). So benutzte der US-amerikanische Gynäkologe J. Marion Sims für seine Experimente zur Entwicklung der bis heute grundlegenden gynäkologischen Instrumente in den 1850er Jahren schwarze Sklavinnen – ohne dies in seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen offen zu legen –, weil eine Studie an weißen Frauen wegen der mit den Untersuchungen verbundenen Schmerzen und Eingriffe in die Intimsphäre der Betroffenen undenkbar gewesen wäre. Westliche Wissenschaft beanspruchte in diesem Fall scheinbar Allgemeingültigkeit (da die Ergebnisse/Instrumente auf alle Frauen angewendet wurden), weshalb die Tatsache, dass die Versuchspersonen Schwarze waren, verschleiert werden musste, da die rassistischen Grundlagen der Naturwissenschaften grundlegende Unterschiede zwischen weißen und schwarzen Frauen in ihren biologischen Merkmalen, wie auch ihren Bedürfnissen, postulierten. Gleichzeitig ermöglichten diese konstruierten Unterschiede die Durchführung der Experimente. Sims' spätere (allgemein akzeptierte) Begründung für den Missbrauch lautete, diese seien generell schmerzunempfindlicher als Weiße. Untersuchungen an schwarzen Frauen – aus der Perspektive »weißer« Selbstdefinition grundlegend »Andere« – waren damit konstitutiv für die Produktion gynäkologischen Wissens.[4]

Über derartige Argumentationslinien und Experimente wurde eine Abgrenzung »weißer« von »schwarzen« Frauen vorgenommen, die über die Definition des Abnormalen auch eine Normalisierung des Weiß-Seins ermöglichte (vergleiche Glossar: Whiteness). Popularisiert wurden diese wissenschaftlichen Erkenntnisse und die mit ihnen verbundenen rassistischen (und sexistischen) Kategorien unter anderem durch eine permanente Zurschaustellung (hauptsächlich weiblicher) kolonialer Subjekte, zum Beispiel auf den im Europa des 19. Jahrhunderts äußerst erfolgreichen Völkerschauen. Die dem europäischen Publikum präsentierten »Wilden« dienten diesem als Gegenpart bei der Konstruktion und fortwährenden Selbstvergewisserung der eigenen »zivilisierten« Identität.

... UND DES FORTSCHRITTS

Der Glaube an die eigene Fortschrittlichkeit und die Universalität wissenschaftlicher Erkenntnisse ist kennzeichnend für die Geschichte der westlichen Naturwissenschaften. Postkoloniale Kritik kann – wie das Beispiel Sims zeigt – den Blick für die Spezifizität und Historizität (natur)wissenschaftlicher Erkenntnisse schärfen. Sie ermöglicht darüber hinaus aufzuzeigen, wie eng westliche Eingriffe in und die Machtausübung über (post-)koloniale Gesellschaften mit diesem Glauben an Fortschrittlichkeit und Universalität verbunden sind.

So führte das Vertrauen westlicher ExpertenInnen in die Wirksamkeit von Impfstoffen bei der Bekämpfung von Viruserkrankungen in den 1970er Jahren zu einer globalen Impfkampagne gegen Pocken, deren Ziel – die Vernichtung aller weltweit existenten Pockenviren (ausgenommen der in den westlichen Laboren) – letztlich durch Zwangsimpfungen und unter Anwendung von Gewalt durchgesetzt wurde. Nicht selten war und ist humanitärer Idealismus eng mit dem Einsatz von Gewalt verknüpft.[5] Brutaler und gravierender in ihren Auswirkungen waren die Kampagnen des 20. Jahrhunderts zur Geburtenkontrolle, bei denen in zahlreichen Ländern des globalen Südens Frauen über Jahrzehnte hinweg geburtenverhindernde Präparate ohne ihr Wissen oder Einverständnis verabreicht wurden. Das Konglomerat ideologischer, politischer, humanitärer und wirtschaftlicher Motivationen ist komplex; fest steht jedoch, dass auch diese Kampagnen, im Namen des westlichen Fortschritts legitimiert, die weitreichenden sozialen Konsequenzen der Eingriffe ignorieren oder bewusst in Kauf nehmen, um eine »Entwicklung« zu erreichen, deren Ziel bereits vordefiniert ist.

Mit Hilfe postkolonialer Kritik lassen sich diese Prozesse und somit die konkreten Auswirkungen des westlichen Fortschrittsglaubens aufzeigen; die Idee des (wissenschaftlichen) Fortschritts als ein historisches Konzept des modernen Westens zu entlarven und seine Universalität zu problematisieren, bedeutet jedoch nicht, jegliche Fortschrittsmöglichkeit in Frage zu stellen. Es geht darum aufzudecken, wer festlegt was Fortschritt ist und wie dieser aussieht, wer entscheidet ob es Fortschritt gibt und ob er erwünscht ist. Diese Entscheidungen werden allzu oft von westlichen ExpertInnen und nicht von den jeweiligen Betroffenen gefällt, vor allem nicht von denjenigen, die aufgrund ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Lage nicht einmal die Möglichkeit haben am Entscheidungsprozess zu partizipieren (vergleiche Glossar: Subalternität). ‹›

ANMERKUNGEN **1** Die Verdammten dieser Erde. Frantz Fanon, Frankfurt am Main, 1981 **2** Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht. Stuart Hall, In: Rassismus und kulturelle Identität. Stuart Hall, Hamburg 1994, Seiten 137 bis 179 **3** Race and the Education of Desire. Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things. Ann Laura Stoler, Durham 1995, Seiten 184 bis 187 **4** The Race of Hysteria. Overcivilization and the Savage Woman in Late Nineteenth-Century Obstetrics and Gynecology. Laura Briggs, In: American Quaterly 52 2000, Seiten 246 bis 273; Treatment of Vescigo-Vaginal Fistula. J. Marion Sims, In: American Journal of the Medical Sciences, 1852, Seiten 59 bis 82; The Story of my Life, J. Marion Sims, New York 1894 **5** Europa provinzialisieren. Dipesh Chakrabarty, In: Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Geschichten in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Sebastian Conrad und Shalini Randeria (Herausgeber), Frankfurt und New York 2002 Seiten 307 bis 308

GLOSSAR

ZEHN KLEINE NEGERLEIN... ÜBER DEN URSPRUNG DEUTSCHER AFRIKABILDER IN ALTEN ZEITEN

GERTRUD SELZER

... DIE FUHREN ÜBERN RHEIN; DAS EINE IST IN'S WASSER GEFALL'N, DA WAREN'S NUR NOCH NEUN.[1]

Den meisten dürfte das immerwährende Sterben der »zehn kleinen Negerlein« noch gut im Gedächtnis sein. Das Lied, dessen erster deutscher Text 1884 erschien, dem Jahr in dem in Berlin die Kongokonferenz über die Aufteilung Afrikas am grünen Tisch entschied, ist bis heute in unterschiedlichen Varianten im Buchhandel erhältlich. Vordergründig ist es ein Lied zum Lernen von Zahlen, welches ganz nebenbei die Botschaft vermittelt, dass Menschen aus Afrika zu Ordnung und Disziplin erzogen werden müssen. Die Illustrationen weisen so ziemlich jedes Klischee auf. Vom immer gleichen Aussehen, dem Kindchenschema, übertrieben wulstigen Lippen bis zum Baströckchen, wird mit diesem Lied das Stereotyp des »Negers« immer wieder reproduziert. Genau so stellen sich noch heute viele Kindergarten- und Grundschulkinder die BewohnerInnen Afrikas vor – über 80 Jahre nach dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika.

Die Fiktion der Überlegenheit der deutschen, weißen »Rasse« und Kultur zieht sich laut Gottfried Mergner durch die Geschichte des deutschen Kinder- und Jugendbuches.[2] Seit der deutschen Kolonialzeit bis weit in die fünfziger Jahre prägten vor allem die Schulbücher und hier besonders die Erdkundebücher nachhaltig das Bild Afrikas. Die Kolonialpropaganda wurde hier wie staatlich gewünscht umgesetzt.

REISEN IM AUFTRAG VON STAAT UND KIRCHE

Die ersten Berichte für Kinder waren im vorletzten Jahrhundert Reiseberichte, in denen die »Wilden« als schöne, wenn auch andersartige Menschen beschrieben wurden. Das Anderssein des »edlen Wilden« wurde zunächst einmal akzeptiert. Diese Bewertung änderte sich mit dem Beginn der deutschen Kolonialherrschaft 1883/84. Die Reiseberichte dienten zwar weiter als Vorlage, wurden aber eingebunden in eine rassistische Rechtfertigung der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonien. Höhepunkt war die Zurschaustellung afrikanischer Menschen in Menagerien und Zoos zusammen mit einheimischen Tieren. Zum Beispiel die Hagenbeckschen Völkerschauen oder auf der Expo in Brüssel von 1897. Dort wurden 40.000 Schwarze aus dem belgisch besetzten Kongo als Expo-Attraktion präsentiert. Dies spiegelte sich auch in der Kinderliteratur wieder. So taucht in einem Bilderbuch, sonst ohne thematischen Bezug zu Afrika, ein »Negerjunge im Türkenanzug« als Jahrmarktsattraktion auf.[3] Gegenstand der Bücher waren oft Jagd und Tiere. Weiter boomten Abenteuergeschichten, die häufig von deutschen Kolonialmilitärs geschrieben wurden. Das Leben in den Kolonien wird als einzige Kette von Abenteuern dargestellt, die allesamt deutsche Helden und Sieger kannten. Die wirtschaftlichen Interessen wurden klar benannt, so schrieb der Lehrer Richard Roth in seiner Einleitung zu Stanleys Reise: »... um unserem Erdteil neue Handelswege zu erschließen, woraus er großen Nutzen ziehen kann, um Gesittung und Bildung immer weiter zu tragen, um – und dies ist nicht nebensächlich – für das Christentum immer mehr Boden zu gewinnen.«[4] Das Buch berichtet von der Afrikadurchquerung von Henry Morton Stanley (1874 bis 1877) von Sansibar bis zur Kongomündung, die er im Auftrag Belgiens unternahm. Nach seiner Beschreibung führen die sogenannten

---

DIASPORA Der von dem griechischen Wort für Zerstreuung abstammende Begriff bezog sich lange primär auf die in der ganzen Welt verstreut lebenden jüdischen Gemeinschaften; in den *postcolonial studies* wurde er auf Migrationsgemeinschaften allgemein ausgeweitet. Die freiwillige oder erzwungene Wanderung von Millionen von EuropäerInnen, AfrikanerInnen und (Süd-)AsiatInnen war ein zentrales Faktum des Kolonialismus.

Diaspora erinnert an die konstitutive Rolle, die Massenmigrationsbewegungen für die Entstehung der modernen Welt und des »Westens« gespielt haben; der Mensch in der **Diaspora** wird vom marginalen Sonderfall zu einem zentralen Protagonisten der Moderne. Daher wird es abgelehnt, MigrantInnen als Abweichung zu begreifen und dem Normalfall einer »indigenen« Mehrheitsgesellschaft gegenüberzustellen.

Diaspora bezeichnet sowohl historische Wanderungserfahrungen als auch ein theoretisches Konzept, diese zu denken. Als solches stellt **Diaspora** essentialistische Vorstellungen von in sich abgeschlossenen Kollektividentitäten und Kulturen (wie zum Beispiel in den Ursprungsdiskursen des Nationalismus oder Rassismus) in Frage. Kollektive Identitäten sind weder natürlich gegeben, noch statisch oder homogen, sondern entstehen und verändern sich in einem nie endenden Prozess, in dem die Traditionen der Herkunftsregionen bewahrt und gleichzeitig verändert werden. Diese Kreolisierung geschieht in permanenter

Wilden völlig grundlos Kriege und überfallen die Karawane. Die, die sich nicht freiwillig unterwerfen, wurden als hässliche Diebe beschrieben, deren Heimtücke das Zerstören ihrer Dörfer rechtfertigt. Diejenigen, die gar Widerstand leisten, werden zu Kannibalen, zu schmutzigem gefräßigem Gesindel, welches man hassen muss. Obwohl die Abenteuergeschichten an unterschiedlichen Orten spielen, sind Aufbau der Handlung, Wahl der Hauptfiguren und Darstellung der »Eingeborenen« in allen Geschichten ähnlich: Das Stereotyp des weißen deutschen Helden.

Die damals erscheinende so genannte Traktateliteratur hingegen verband die Darstellung der missionarischen Arbeit mit der gleichzeitigen Erziehung der deutschen Jugend zur christlichen Mission. Zuerst kamen die Händler und Abenteurer, dann die christlichen Seelenretter und Helfer.

KINDERBÜCHER FÜR DIE EROBERER VON MORGEN

1893 war der Aufstand der »Hottentotten« (Nama) unter Hendrick Witbooi gegen die Herrschaft der Deutschen in Südwestafrika. Höhepunkt der Widerstandsbewegung ist der Herero-Krieg unter Samuel Maharero (Morenga) 1904 und der MajMaj-Krieg 1905. Mit dem Hererokrieg 1904/05 trat dann auch die Kinderliteratur in eine neue Phase ein. Der gezielte deutsche Vernichtungskrieg wurde zum Gegenstand einer großen Zahl von Abenteuerbüchern. Das Vokabular änderte sich und Schwarze wurden zu »Mordbuben« und »schwarzen Teufeln«, die anonymisiert und in Massen die weißen Siedler angriffen. Anders als in der Realität wurden aus Deutschen in den Büchern nun Opfer, die sich verteidigen mussten. Der bekannteste Titel, sicher auch eines der meist gelesenen Jugendbücher der Kaiserzeit war »Peter Moors Fahrt nach Südwest«.[5] Es erschien 1906 in einer für die damalige Zeit enormen ersten Auflage von 44.000 Exemplaren; bis Ende des Ersten Weltkriegs war es eine halbe Million. Diese Art Bücher hatten die Funktion den Genozid zu legitimieren und dem jugendlichen Leser den soldatischen Helden nahe zu bringen. Daneben wurde Afrika in den Siedlerromanen als das Land des großen Abenteuers und der Freiheit, vor allem auch für Frauen, dargestellt. Die »Kolonialliteratur für die weibliche Jugend« hatte das Ziel, Mädchen für die Kolonien zu werben.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg warben Kinderbücher für die Wiedereroberung der Kolonien. Die Verherrlichung des deutschen Terrors in Afrika war dabei eine vaterländische Ehrensache. General Paul von Lettow-Vorbeck, der sein nationales Gesellenstück als Adjutant von Trothas mit der Vernichtung der Herero ablieferte, machte im Ersten Weltkrieg sein militärisches Meisterstück mit einem brutalen und für die Zivilbevölkerung verlustreichen Hinhaltekrieg in Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania. Der General, der in seiner Heimatstadt Saarlouis, deren Ehrenbürger er ist, bis heute gerühmt wird, veröffentlichte 1920 unter dem Titel »Heia Safari« ein Jugendbuch.[6] In erster Linie ist es ein Kriegsbericht und eine Propagandaschrift gegen England. Es war in Deutschland weit verbreitet und erschien bis 1952 in neun Auflagen. Lettow-Vorbeck hat den »Verlust« der Kolonien nie akzeptiert und setzte sich für ihre Wiedererlangung ein. Ab 1933 schuf die kolonialrevisionistische Bewegung des Nationalsozialismus den Markt für die wieder und wieder aufgelegten immer gleichen Kolonialerzählungen.

KOLONIALBILDER NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah es in der Bundesrepublik nicht viel anders aus. Expeditionsberichte wurden immer neu aufgelegt. Das Buch »Der Schatz des Halim Pascha« von Friedrich Wilhelm Mader[7] erschien 1954 und ist eine gekürzte Fassung des erstmals 1911 erschienen Buches »Ophir«. Für die fünfziger Jahre ist vor allem Ilse Friedrich zu nennen, die in »Mädchen mit Tropenhelm«[8] noch 1953 von Deutsch-Ostafrika schrieb. »Am Südzipfel Afrikas haben Europäer ein Stück Land gefunden, in dem es kühl genug ist, dass sie dort angenehm leben und arbeiten können ...« heißt es in der »Lebendigen Geographie«[9] von 1962. Das Land wurde »gefunden« niemand erobert, niemand unterdrückt.

Bis weit in die sechziger Jahre hinein vermittelt die Jugendliteratur rassistische und eurozentristische Bilder, die trotz des erzwungenen Endes der deutschen Kolonialzeit 1918 bis heute ihre Wirkungskraft entfalten und auch innenpolitisch den Umgang mit »den Fremden« und das Alltagsbewusstsein entscheidend prägen. ‹›

ANMERKUNGEN **1** Die lustigen Neger von Kamerun. Sammlung Otto Glaser, zitiert nach: Der Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Gottfried Mergner und Ansgar Häfner (Herausgeber), Hamburg 1989, Seite 175 **2** Großdeutschland bewährt sich und bildet sich am Neger. Gottfried Mergner, In: Der Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Gottfried Mergner und Ansgar Häfner (Herausgeber), Hamburg 1989, Seite 18 **3** Anschauungs- und Darstellungsbuch: Auf dem Lande. Gertrud Caspari, Leipzig 1910 **4** Stanleys Reise durch den dunklen Weltteil. Für die reifere Jugend bearbeitet von Richard Roth, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1881, Seite 8 **5** Peter Moors Fahrt nach Südwest. Gustav Frenssen, Berlin 1906 **6** Paul: Heia Safari!, Paul von Lettow-Vorbeck, Leipzig 1920 **7** Der Schatz des Halim Pascha. Friedrich WilhelmMader, 1954 **8** Mädchen im Tropenhelm. Ilse Friedrich, Reutlingen 1953 **9** Lebendige Geographie Ravensburg 1962

Die Autorin Gertrud Selzer ist Vorstandsmitglied der *Aktion Dritte Welt Saar* und selbständige Buchhändlerin. Sie bietet zu diesem Thema eine ausführliche Vortragspräsentation an: »Neger, Mohren, Bimbos – Rassismus in der Kinderliteratur. Eine Spurensuche am Beispiel Afrikas«. **Weitere Informationen** Aktion Dritte Welt Saar, Weiskirchener Straße 24, 66679 Losheim am See, Telefon 0 68 72-99 30 56, Fax -7, Internet: www.a3wsaar.de

Auseinandersetzung und Verschmelzung mit, aber auch Abgrenzung von den neuen sozialen Kontexten, wie am Beispiel des Atlantikraumes eindrucksvoll von Paul Gilroy gezeigt. Das kollektive »Wir« diasporischer Gemeinschaften hängt sowohl von der Konstruktion der Differenz zwischen ihnen und anderen sozialen Gruppen ab als auch von ihrer internen Differenzierung, von einer Vielzahl von Diskursen über sie, von ökonomischen Verhältnissen der Ungleichheit sowie von institutionellen Formen der Ungleichbehandlung. Daher thematisiert **Diaspora** als Konzept multiple Achsen von Macht und Differenz, Einschluss und Ausschluss, entlang derer ein Kampf um kollektive Identitäten und symbolische und materielle Anerkennung stattfindet.

ORIENTALISMUS Obwohl der Begriff bereits früher die akademische Disziplin kennzeichnete, die sich mit dem *Orient* befasste (heute: Islamwissenschaft), erhielt er seine heutige Bedeutung erst durch das Buch **Orientalismus** des amerikanisch-palästinensischen Literaturprofessors Edward Said, das 1978 erschien und zu einem der Gründungswerke der *postcolonial studies* wurde. Said untersucht darin die Prozesse, durch die der *Orient* im europäischen (und US-amerikanischen) Denken diskursiv geschaffen wurde und wird.

Orientalismus bei Said ist nicht nur das, was an Universitäten an Wissen über den *Orient* produziert und gelehrt wird, sondern darüber hinaus eine im Alltagsverständnis verbreitete Denk-

MUSTERKOLONIE KIAUTSCHOU
EINIGE FRAGEN AN DIE DEUTSCHE KOLONIALGESCHICHTE

TIMM OTTE

»IHR SOLLT BEISPIELE ABGEBEN AN MANNESZUCHT UND DISZIPLIN, ABER AUCH DER ÜBERWINDUNG UND SELBSTBEHERRSCHUNG. IHR SOLLT FECHTEN, ABER IHR SOLLT AUCH RÄCHEN ... KOMMT IHR VOR DEN FEIND, SO WIRD ER GESCHLAGEN, PARDON WIRD NICHT GEGEBEN; GEFANGENE NICHT GEMACHT. WER EUCH IN DIE HÄNDE FÄLLT, SEI IN EURER HAND. ... SO MÖGE DER NAME DEUTSCHLAND IN CHINA IN EINER SOLCHEN WEISE BEKANNT WERDEN, DASS NIEMALS WIEDER EIN CHINESE ES WAGT, ETWA EINEN DEUTSCHEN AUCH NUR SCHEEL ANZUSEHEN.«

Ganz Wenige kennen das Zitat vielleicht aus dem Geschichtsunterricht als angestaubte Requisite aus dem Kuriositätenkabinett einer Zeit, in der »säbelrasselnde« Staatsmänner in albernen Kostümen Weltpolitik machten. Was sich in dieser Erinnerungspolitik unter die vielen Unsichtbarkeiten der deutschen Kolonialgeschichte reiht, ist das vielschichtige und verstreute Bedingungsgefüge, das 1900 in China deutsche Soldaten dazu brachte, auf die zitierte Rede Kaiser Wilhelms II. hin ZivilistInnen mordend und vergewaltigend den ersten Krieg des »Kaiserreichs« zum ersten deutschen Vernichtungskrieg zu machen.[2]

Im Folgenden soll versucht werden, die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse ins Blickfeld zu nehmen, die im System der deutschen Kolonialität die Grenzen von »Rassen« erst produzierten. Im Resultat zeigt der Alltag der deutschen Kolonien dabei insgesamt ein sehr anderes Bild als etwa der der französischen, niederländischen oder britischen Kolonien.

Der Artikel wird keine monokausale geschlossene Argumentationskette präsentieren, sondern eher beispielhaft einzelne Facetten, die eine vergleichende Perspektive auf die deutsche Kolonialgeschichte eröffnen sollen.

NEW RACISM

Die Historikerin Ann Laura Stoler macht für die Niederlande, Frankreich und Großbritannien um 1900 den Übergang zu einem »new racism«[3] aus. Dieser funktionierte nicht mehr primär über die Verwendung (vermeintlicher) physiologischer Merkmale in einem ideologischen Zeichensystem, sondern eher über kulturell definierte Verhaltensmuster. Damit einhergehend wurde etwa in Französisch Indochina das Staatsbürgerschaftsrecht an die Erfüllung bestimmter – kultureller – Fähigkeiten wie Sprache und Lebenswandel geknüpft. Stoler, die ihre Position innerhalb feministischer und marxistischer postkolonialer Diskurse verortet,[4] macht dafür die konkreten Gegensätzlichkeiten des kolonialen Alltags verantwortlich, die die segregationistischen kolonialpolitischen Visionen brachen. Vor allem das Entstehen einer »gemischten« Bevölkerungsgruppe durch sexuelle Beziehungen von »weißen« Männern mit »farbigen« Frauen stellte die Grenzen einer in erster Linie biologistisch definierten »race« in Frage.

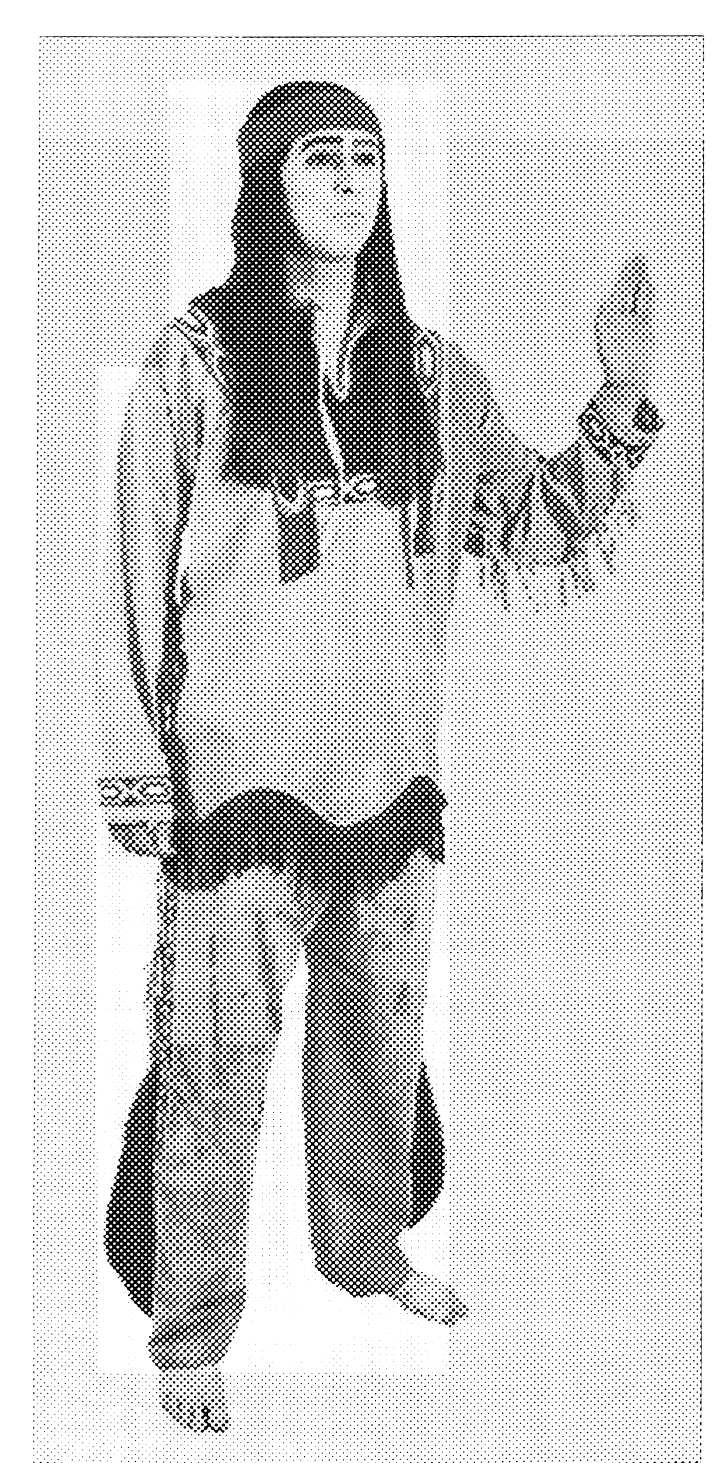
DEUTSCHE KOLONIALITÄT

Eine entscheidende Besonderheit der deutschen Kolonien stellte zunächst die Tatsache dar, dass die »gemischte« Bevölkerungsgruppe vergleichsweise gering war. Es handelte sich in den erst seit Ende des 19. Jahrhunderts existierenden deutschen Kolonien um mehrere tausend insgesamt, die aber nur in Samoa und Südwestafrika einen größeren Bevölkerungsanteil ausmachten.[5] Die niederländischen, britischen und französischen Kolonien hingegen bestanden seit Beginn des 17. Jahrhundert. Allein die »Mischbevölkerung« in den niederländischen Kolonien der indischen Inseln machte um 1900 eine Anzahl von mehreren 10.000 Menschen aus.[6] Während das Funktionieren solcher Kolonien auf spezielle Strategien der Einbindung dieser Bevölkerungs-

---

und Sprechweise, die auf einer grundlegenden Unterscheidung in das gegensätzlich konstruierte Begriffspaar »Orient« und »Okzident« (Westen) beruht. Diese Gegenüberstellung ist nicht gleichwertig, sondern von vorne herein asymmetrisch: der *Orient* definiert sich nicht selbst, sondern westliche Institutionen, Personen und Sprechweisen definieren den Orient als dem Westen entgegengesetztes »Anderes«: im Gegensatz zum überlegenen, rationalen und aktiven *Okzident* erscheint der *Orient* dabei als schwach, passiv, irrational und unzivilisiert. **Orientalismus** ist aber mehr als nur ein Konstrukt: Er wird gestützt durch wissenschaftliche, politische, literarische und anderen Institutionen, die ihn dauerhaft wirkmächtig machen. **Orientalismus** steht außerdem in enger Wechselwirkung mit postkolonialen Herrschaftsverhältnissen: Als Denkweise wurde er beflügelt durch die europäische Expansion und Kolonisation und beeinflusste gleichzeitig seinerseits die europäische Politik vor Ort.

Im **Orientalismus** geht es nicht darum, wie der Orient »wirklich« ist, sondern darum, wie das nicht-westliche »Andere« durch den Westen konstruiert wird. Wie zentral dieser Prozess für die westliche Selbstdefinition war und ist, zeigt sich auch an seinem hartnäckigen Fortbestehen: **Orientalismus** prägt weiterhin das westliche Bild von Regionen außerhalb Europas und Nordamerikas, besonders das der »arabisch-islamischen Welt«.



gruppe angewiesen war, konnten im deutschen Kolonialrecht die »Mischlinge« einfach der als Rechtssubjekt schon bestehenden Kategorie »Eingeborene« zugeschlagen werden.[7]
Dies ist allerdings keineswegs der einzige Unterschied. Die gesamte Mikrophysik des kolonialen Alltags musste durch einen aufwendigen Apparat von Vorrichtungen zum Teil sehr unterschiedlicher Ordnungen entlang der Grenzen der »Rassen« strukturiert werden. »Vermischungen« stellten für die koloniale Herrschaft eine grundlegende Gefahr dar.

KIAUTSCHOU

Die Installation der Segregationsregime und ihre Erhaltung wurde insgesamt in den deutschen Kolonien je recht unterschiedlich umgesetzt, es ist keine völlig geradlinige Entwicklung auszumachen. Um sich der »mikrophysikalischen« Ebene des kolonialen Alltags ein wenig zu nähern, soll hier die deutsche »Musterkolonie Kiautschou« in China als Beispiel dienen.
Jiaozhou (nach damaliger Transkription Kiautschou) ist die Region um die Hafenstadt Qingdao (Tsingtao). Nach der kriegerischen Besitzergreifung 1897 wurde der chinesischen Regierung ein Jahr später unter Androhung weiterer militärischer Maßnahmen ein »Pachtvertrag« für das Gebiet abgezwungen. Wie die anderen »deutschen Schutzgebiete« (so die euphemistische offizielle Benennung) würde dann auch Kiautschou zu Kriegsbeginn 1914 wieder verloren gehen. Die rigide Segregationspolitik hatte in anderen Kolonien in China keine Entsprechung und wurde in der internationalen, zum Teil auch der deutschen Presse, vor allem aber in China harsch kritisiert.[8]

SEX

Die Verschränkung von Geschlechterverhältnissen und der Definition von »Rasse« ist im Bezug auf die »Musterkolonie« so augenfällig wie in vermutlich keiner anderen deutschen Kolonie. Die Regulierungen des Sex liefen in Kiautschou über Sexarbeit, die durch ein ausdifferenziertes Verteilungsgefüge ihre gesamte Produktivität zugunsten der Segregation einsetzte.
Der Großteil der »weißen« Männer in Kiautschou hatte (dort) keine Familie. »Weiße« männliche Sexualität wurde in erster Linie über Sexarbeit geregelt. Beständigere Beziehungsformen hätten womöglich zu Konkurrenz unter »weißen« Männern um die weitaus geringere Anzahl Frauen führen können.[9]
Die Deutsche Administration behandelte Sexarbeit als Aufgabe der Bevölkerungshygiene, was eine strikte Überwachung der Sexarbeiterinnen bedeutete. Registrierung, wöchentliche Kontrolluntersuchungen und bei Diagnose einer Geschlechtskrankheit Zwangseinweisung waren die Konsequenz. Die Priorität

---

SUBALTERNITÄT Der Begriff »subaltern« (wörtlich: von niederem Rang) wurde Mitte der 1930er von dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci geprägt. Zu den subalternen Klassen zählen für ihn all jene gesellschaftlichen Gruppen (wie Bauern oder Arbeiter), denen jeglicher Zugang zu hegemonialer Macht verwehrt ist und die kaum eine Möglichkeit haben, sich politisch zu äußern, weshalb sie konstant den herrschenden Klassen unterworfen sind.
Subalternität wurde Anfang der 1980er von einer Gruppe von SüdasienhistorikerInnen, der *Subaltern Studies Group*, aufgegriffen, die den Begriff zur Beschreibung diverser Formen von Subordination aufgrund von Klasse, Kaste, Alter und/oder Geschlecht in die *South Asian* und *postcolonial studies* einführte. Sie wollten damit der Geschichte kolonialer und bürgerlich-nationalistischer Eliten in Südasien eine Geschichte entgegenzusetzen, die die Handlungsmöglichkeiten und den Widerstand subalterner Gruppen beleuchtet.
Die Literaturwissenschaftlerin G. Spivak kritisierte in ihrem umstrittenen Aufsatz »Can the Subaltern Speak?«, dass die *Subaltern Studies Group* damit ein subalternes Subjekt konstruierte, das unabhängig von den herrschenden Diskursen autonom zu existieren scheint und hauptsächlich über seine Differenz zu den Eliten definiert ist. Spivak argumentiert, dass Subjektivitäten immer diskursiv und sozial konstruiert werden und nicht

des Themas zeigt sich schon daran, dass das einzige Krankenhaus der deutschen Verwaltung, das ab 1909 auch Teilen der chinesischen Bevölkerung offen stand, das Marinelazarett für Sexarbeiterinnen war. Die Sexarbeit eröffnete immer noch ein großes Potential an »Vermischung«, weshalb die segregationistischen Investitionen erhöht werden mussten. Die deutsche Administration führte eine Trennung des Bordellpublikums ein. Europäische Männer sollten nicht mit denselben Frauen verkehren wie chinesische. Auf Zuwiderhandlung wurden hohe Strafen ausgesetzt. Auch die »weißen« Männer, etwa bei der Marine, mussten regelmäßige Kontrolluntersuchungen absolvieren.[10] Die konkreten Regulierungen der Sexarbeit definierten somit »Vermischung« als medizinisches Problem, das körperliche Reinigungen und ärztliche Kontrolluntersuchungen notwendig machte.

»ÄRZTEKOLONIE« KIAUTSCHOU [11]

Die Medizinisierung eröffnete ganz allgemein eine Biologisierung und damit eine Festschreibung der für die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft notwendigen Segregationspraktiken. Das gesamte Stadtbild Qingdaos war geprägt durch die Zweiteilung in ein Europäerviertel und die chinesische Stadt. In der durch den Gouverneur Jaeschke 1900 eingesetzten »Chinesenordnung« wurde dies unter der Überschrift »Allgemeine Vorschriften für die Erhaltung der öffentlichen Gesundheit« gefasst.[12] Die Symbolisierung des/der chinesischen »Anderen« als »Aussätziger« ermöglichte eine »Einpflanzung« des segregationistischen Imperativs in fast jede Alltagsituation.

DAS ENDE

Die deutsche Kolonialgeschichte ist keine Episode. Auch die deutschen Kolonien waren »Laboratorien der Moderne«,[13] hatten (und haben) ein produktives Verhältnis in Bezug auf deutsche Nationalitätskonzeptionen. Wie weit die Unterschiede der deutschen Kolonialität insgesamt reichen, ist aufgrund des Mangels an umfassenden vergleichenden Untersuchungen nicht geklärt. Stolers auf die internationale Kolonialpolitik bezogene Feststellung, dass die Kolonien keine panoptischen Staaten waren,[14] wäre aber mindestens im Bezug auf die segregationistische Disziplinarapparatur und das biopolitische Bevölkerungsregime in Jiauzhou durchaus zur Disposition zu stellen.
Die kurze Dauer und das vergleichsweise geringe quantitative Ausmaß deutscher Kolonialität haben in ihrer konkreten Anordnung verhindert, dass der Alltag in den deutschen Kolonien eine Widersprüchlichkeit entfalten konnte, die andere Kolonialnationen nachhaltig geprägt hat. Stattdessen standen koloniale Diskurse auf Deutsch in reger Wechselwirkung mit antisemitischen, antiziganistischen und anderen rassistischen Konzeptionen.[15]
Dass das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht im Gegensatz etwa zum französischen, britischen, US-amerikanischen, nach wie vor in erster Linie durch Elemente des ius sanguinis geprägt ist,[16] hängt auch damit zusammen, dass es in der BRD bis heute keine breite Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte gibt. Es gibt hier schlicht keine Bevölkerungsgruppe, die als Hinterlassenschaft von Diaspora und kolonialer Ausbeutung deutsche Identitätskonzeptionen in Frage stellen könnte. Ein solches in-Frage-stellen wird darum um so mehr davon abhängen, in wie weit es einer Linken gelingt, die Auseinandersetzung mit der deutschen (Post-)-Kolonialität über akademische Kreise hinaus zu tragen. ‹›

ANMERKUNGEN **1** Rede Kaiser Wilhelms II. an das Expeditionskorps für China (27. Juli 1900). Zitiert nach: »Musterkolonie Kiautschou«. Die Expansion des Deutschen Reiches in China, Eine Quellensammlung. Mechthild Leutner (Heruasgerin) Berlin 1997. Seiten 500f **2** Zur Definition des Vernichtungskrieges siehe: Deutsche Soldaten während des Boxeraufstandes in China. Elemente und Ursprünge des Vernichtungskrieges. Susanne Kuß. In: Das Deutsche Reich und der Boxeraufstand. Susanne Kuß und Bernd Martin (Herausgeber). München 2002. Seiten 165f **3** Im Bezug auf bestimmte Begriffe werde ich der allgemein üblichen Praxis der »Übersetzung« nicht folgen, da sie offensichtlich in verschiedenen Sprachen zum Teil sehr unterschiedliche Bedeutungen haben. Dies gilt insbesondere für die im deutschen Sprachraum stark essentialisierten Begriffsanordnungen um Worte wie »Rasse«; Carnal Knowlegde and Imperial Power. Ann Laura Stoler. Berkeley 2002. Seiten 83 und 97 **4** Ebenda Seiten 82. 91 **5** Deutsches Kolonial-Lexikon. Heinrich Schnee (Herausgeber). Leipzig 1920. zitiert nach http://www.stub.bildarchiv-dkg.uni-frankfurt.de/dfg-projekt/Lexikon-Texte/M/Mischlinge.html (15.04.05); vergleiche Mamozai. Seite 128 **6** vergleiche Stoler. Seite 79 **7** »Für die Entscheidung. ob der einzelne als Farbiger anzusehen ist, fehlt es an Normen. Die Praxis hat daher hier zu bestimmen und zwar dabei von dem Grundsatze auszugehen. daß jede Beimischung vom Blute einer farbigen Rasse zum Farbigen macht… « (Edler Hoffmann 1911. ziiert nach Wolter. Seite 217); vergleiche Mamozai. Seite 131; Schnee. zitiert nach http://www.stub.bildarchiv-dkg.uni-frankfurt.de/dfg-projekt/Lexikon-Texte/M/Misch-linge.html **8** vergleiche Herrschaft und Widerstand in der »Musterkolonie« Kiautschou. Klaus Mühlhahn. Oldenburg 2000. Seiten 230f; Leutner. Seite 45; Die »Musterkolonie« war sehr stark durch staatliche Politik im Rahmen einer eher exekutiven Legitimationsform geprägt, wodurch die konzeptionellen »Fehler« früherer Kolonien ausgeräumt werden sollten. Nicht das dem Außenministerium angegliederte »Reichskolonialamt« sondern das dem Militär zugehörige »Reichsmarineamt« regierte »Kiautschou«. Hierin liegt auch einer der Gründe für die Rigorosität der Segregation. Ein größerer Einfluss privater Unternehmen. wie er bei anderen Kolonialnationen prägend war. wäre insgesamt durchlässiger. widersprüchlicher gewesen. Weiterführendes zur Kolonialpolitik privater Unternehmen bei Stoler. Seiten 29 und 31; zum Begriff der exekutiven Legitimationsform: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Nicos Poulantzas. Frankfurt am Main 1975 (1968). Seiten 315 **9** Mühlhahn. Seite 259; vergleiche Stoler. Seiten 51f **10** Mühlhahn. Seiten 257ff **11** Die Medizin stellte den größten Teil der Wissenschaft. weshalb »Kiautschou« auch als »Ärztekolonie« bezeichnet wurde. Mühlhahn. 255f **12** Verordnung des Gouverneurs von Kiautschou. betreffend Chinesenordnung für das Stadtgebiet. zitiert nach Leutner. Seiten 213 bis 216 **13** Stoler. 83 **14** Ebenda. Seite 10 **15** Ein Beispiel wäre die antisemitisch aufgeladene Debatte um die Bodenreform in »Kiautschou«. welche in den bodenpolitischen Maßnahmen des »Reichsmarineamts« die Beendigung einer bisherigen kolonialen »Spekulantenpolitik« zugunsten des »internationale[n] Großkapital[s]« und den Übergang zu einer »Volkspolitik« verortete. Kamerun oder Kiautschou?. Adolf Damaschke. Berlin 1900. Seiten 25 und 32 **16** Staatsangehörigkeit und Citizenship. Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht im europäischen Vergleich. Jochen Baumann. In: Blut oder Boden. Doppelpaß. Staatsbürgerrecht und Nationsverständnis. Berlin 1999. Seiten 50; Steyerl. Seite 47

---

natürlich gegeben sind. Subalterne Gruppen werden somit von WissenschaftlerInnen erst geschaffen und können sich nicht politisch authentisch äußern, da ihre (gemeinsame) kollektive Identität konstruiert ist. Das macht das Postulat der Gruppe, »den Subalternen« eine Stimme zu verleihen, so problematisch: ihr eigenes Zutun im Prozess der Repräsentation wird dadurch verschleiert. Dies bedeutet nicht, unterdrückten oder marginalisierten Gruppen jegliche Widerstandsmöglichkeit abzusprechen. Der Widerstand unterdrückter Gruppen (oder in ihrem Namen) kann sich jedoch nie jenseits der Sprache und Kategorien des herrschenden Diskurses vollziehen.

WHITENESS Mit dem Begriff »Whiteness« aus den US-amerikanischen *Critical Whiteness Studies* wird ein Phänomen bezeichnet, das in Rassismustheorien häufig vernachlässigt wird. Die Universalität des »Weiß-Seins« soll in Frage gestellt werden, um ihre normative »Unsichtbarkeit« nachzuweisen und zu verhindern, dass sie sich weiter fortschreibt.
Die Begriffe »Schwarz« und »Weiß«, die zur Einteilung der Menschen nach physischen Merkmalen dienen, werden als soziale Konstruktionen verstanden, innerhalb derer, im Gegensatz zum »Schwarz-Sein«, das »Weiß-Sein« für »Weiße« jedoch nicht identitätsbestimmend ist. Das eigene »Weiß-Sein« wird negiert beziehungsweise gar nicht erst erkannt und dementsprechend

HOLOCAUST UND KOLONIALER RASSENSTAAT

LEHRMEINUNGEN UND AUSFLUCHTSTRATEGIEN IN DER DEUTSCHEN HOLOCAUST-REZEPTION

WOLFGANG WIPPERMANN

In Deutschland gibt es über den Holocaust drei Lehrmeinungen: Er soll erstens völlig singulär gewesen sein, zweitens nur oder zumindest vornehmlich die Juden betroffen haben, weshalb er drittens durch den Antisemitismus motiviert worden sei. Doch alle drei Lehrmeinungen, beziehungsweise Dogmen wurden und werden bestritten und in Frage gestellt: Die These von der Singularität des Holocaust durch den Vergleich mit anderen Genoziden.[1] Die Behauptung, dass der Holocaust im Wesentlichen ein Judenmord war, mit dem Hinweis auf die sogenannten anderen Opfer des nationalsozialistischen »Rassenstaates«,[2] allen voran die Sinti und Roma.[3] Die Konzentration auf den Antisemitismus mit dem Hinweis auf den Rassismus, der im Zentrum der faschistischen Ideologie gestanden und zum »Rassenmord« geführt habe.[4] Einige Forscher behaupten darüber hinaus, dass dieser Rassismus zwar in Deutschland und Europa erfunden, aber zuerst in den europäischen und deutschen Kolonien angewandt worden sei. Liegen die ideologischen Wurzeln des Holocaust im kolonialen Rassismus und wurde der nationalsozialistische »Rassenstaat« vom »kolonialen Rassenstaat«[5] vorgeprägt?

ALLES SPÄTERE VORGEZEICHNET

Diese Fragen sind lange Zeit sowohl von der Faschismus- wie der Kolonialismusforschung vernachlässigt worden. Die Faschismusforschung konzentrierte sich wie selbstverständlich auf Europa. Und die Kolonialismusforschung ging ebenfalls von einer europäischen Perspektive aus. Entweder indem sie die europäische Kolonialherrschaft verklärte oder mit Hilfe von Imperialismustheorien kritisierte und als vornehmlich ökonomisch motiviert deutete.[6]

Dabei hatte schon Hannah Arendt neben Antisemitismus und Imperialismus auch den (kolonialen) Rassismus zu den »Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft« gerechnet, sich aber mehr auf Südafrika konzentriert, wo es bereits eine »Mobmentalität« gegeben habe, die den »Rassenwahn« begünstigt habe, in dem »alles Spätere vorgezeichnet« worden sei.[7] Diesem sonst wenig beachteten Hinweis Arendts ist dann 1975 Peter Schmitt-Egner in seiner Studie über »Faschismus und Kolonialismus« nachgegangen, wobei er sich auf das »deutsche Beispiel«, das heißt die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika kon-

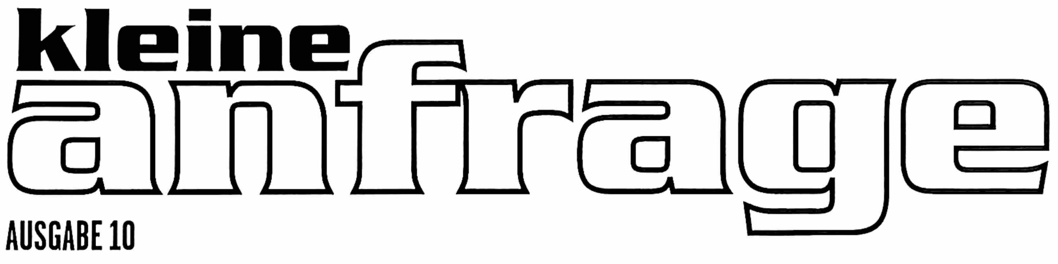
---

auch nicht öffentlich verhandelt. Dadurch wird dem »Weiß-Sein« auch die Geschichtlichkeit entzogen und auf diese Weise wiederum Machtverhältnisse zwischen »Weißen« und »Schwarzen« in der Gesellschaft verdeckt. Einer der bedeutendsten Mechanismen, der durch die *Critical Whiteness Studies* angesprochen wird, ist der der *color blindness:* Wenn »Weiße« behaupten, gegen eine Einordnung von Menschen zu sein, so wird nicht nur die eigene machtvolle Position des »Weiß-Seins« negiert, sondern auch der schwarzen Position eine Bedeutungslosigkeit zugeschrieben, die mit den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt: alltägliche Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen werden damit ignoriert.

Das Konzept »Whiteness« wurde von FeministInnen mit Migrationshintergrund geprägt und weitergeführt, um post-koloniale Macht- und Herrschaftsverhältnisse untersuchen und dekonstruieren zu können.

Innerhalb der *Critical Whiteness Studies* ist eine Beteiligung am postkolonialen Diskurs durch weiße westliche Intellektuelle problematisch, wenn anstelle einer Reflexion der eigenen Position als »Weiße« nur der/die Andere problematisiert wird. Zum Beispiel sollte in diesem Kontext die Kategorie »westlich« dem »Weiß-Sein« hinzufügen. Fraglich ist, ob die Reflexion dieser unsichtbaren Machtposition durch von Mehrheitsangehörige selber ausreichend für deren Überwindung ist.

GEMEINSCHAFTSAUSGABE:

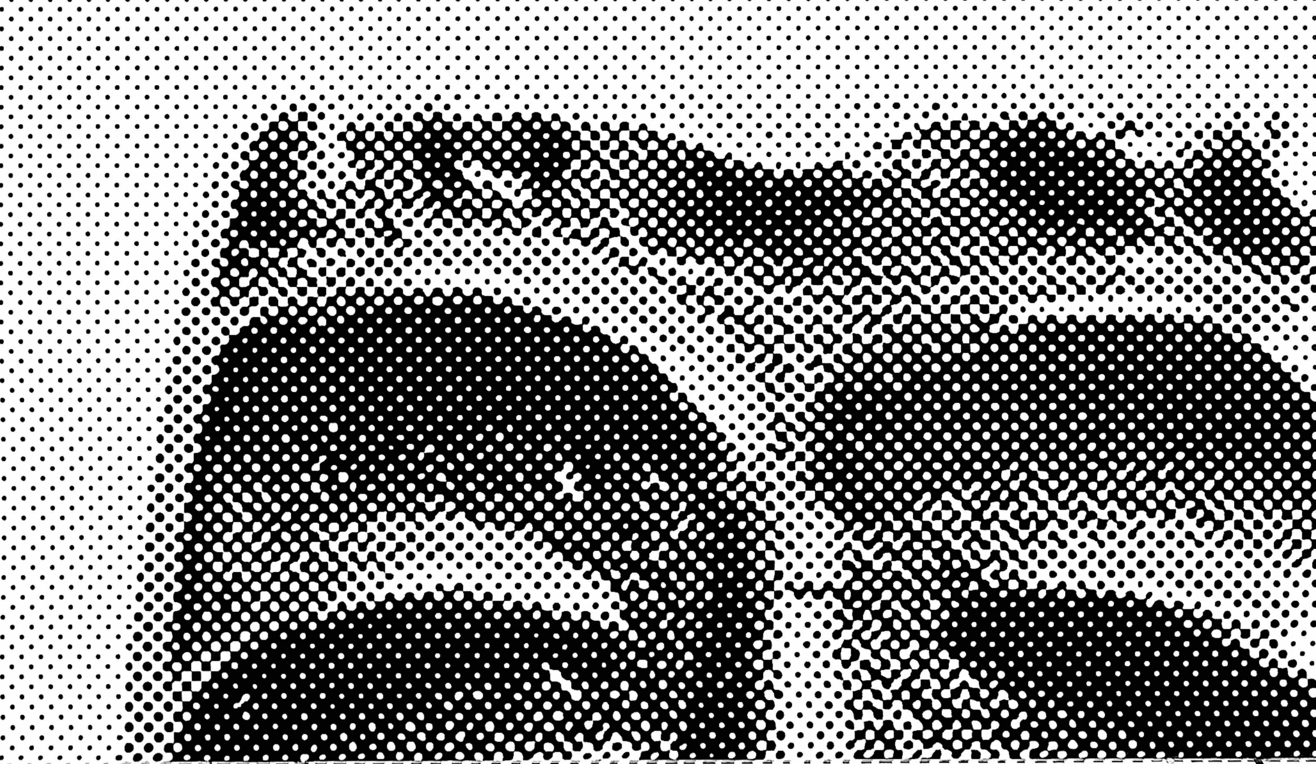


AUSGABE 10



ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT NUMMER 47 HERBST 2005 EURO 3,50

PRODUKTIONEN DES WESTENS



GEMEINSCHAFTSAUSGABE:

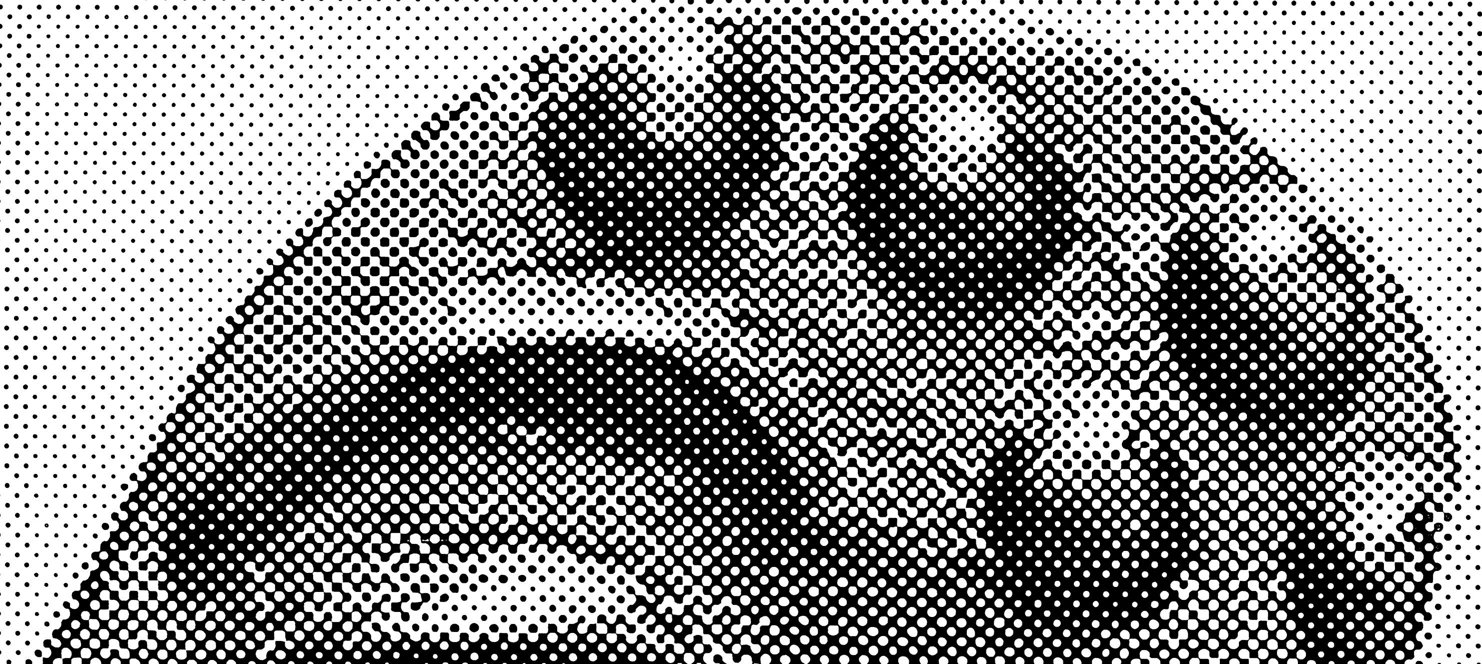


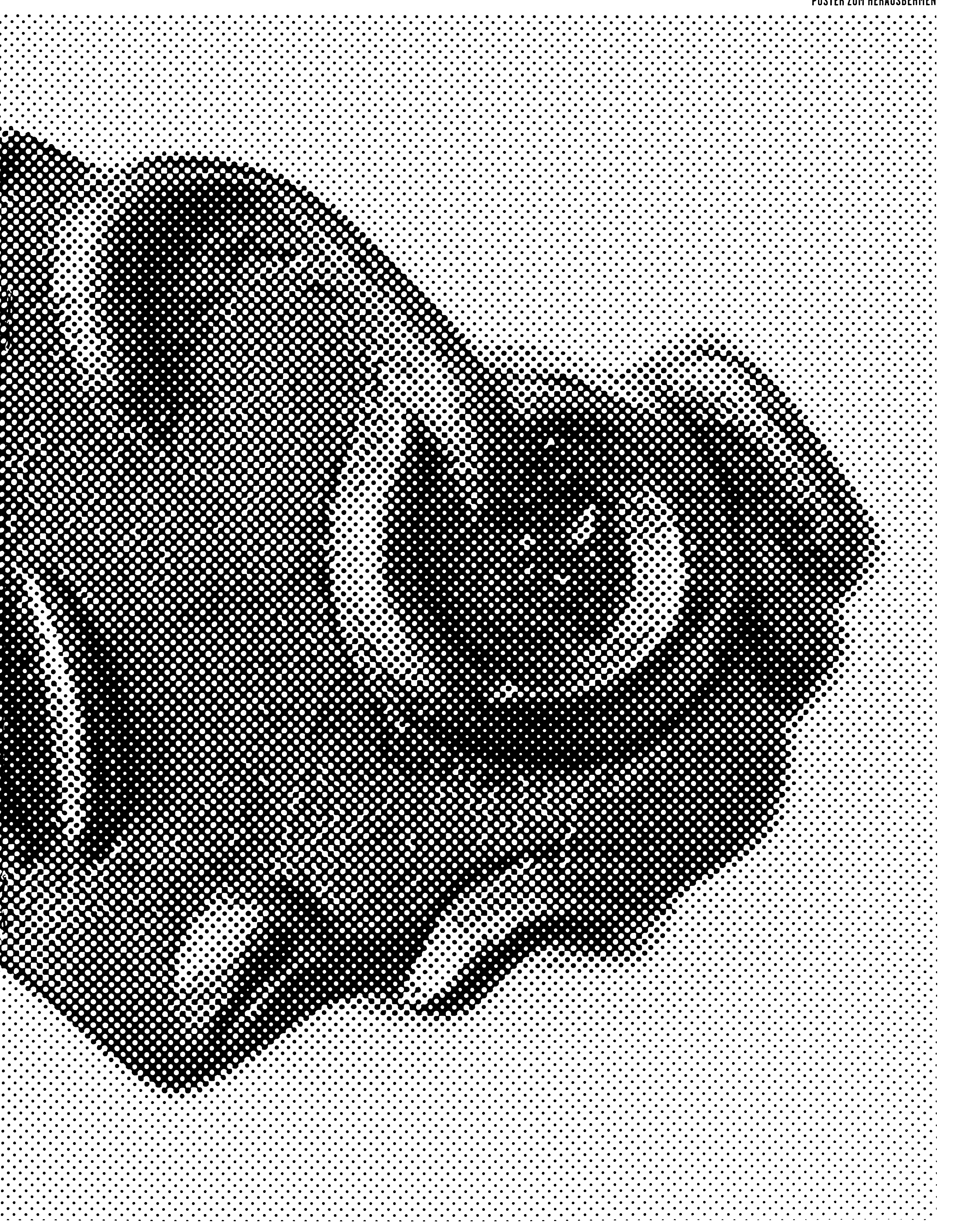
AUSGABE 10

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT NUMMER 47 HERBST 2005 EURO 3,50

PRODUKTIONEN DES WESTENS







zentrierte.[8] Allerdings geschah dies auf einer schwachen empirischen Basis. In der damals noch boomenden theoretischen Faschismusdiskussion wurden Schmitt-Egners Hinweise auf die Beziehungen zwischen dem rassistischen Kolonialismus und dem ebenfalls rassistischen Faschismus jedoch kaum wahrgenommen und noch weniger rezipiert.

Die relativ spät, nämlich eigentlich erst in den 80er Jahren einsetzende, sich dann aber explosionsartig ausdehnende und zugleich immer weiter spezialisierende Holocaustforschung hat dagegen die weiteren Arbeiten über die rassistische Herrschaft in den deutschen Kolonien kaum wahrgenommen, obwohl sich die Parallelen mit dem späteren Rassenmord der Nationalsozialisten geradezu aufdrängen. Dies gilt in erster Linie für den, teilweise immer noch bestrittenen und daher häufig in Anführungszeichen gesetzten »Völkermord« an den Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika und heutigen Namibia.[9] Doch auch die sonstige auf »Rassen«-Diskriminierung und, wie das Beispiel der Duala[10] in Kamerun zeigt, auch auf »Rassen«-Trennung durch Enteignung und Vertreibung abzielende Politik in den übrigen afrikanischen Kolonien Deutschlands wirkt wie ein Vorgriff auf die Rassenpolitik des »Dritten Reiches«.[11]

Dies zeigen nicht nur die Dokumente der Kolonisatoren, auch die Kolonisierten[12] empfanden ihre Behandlung als ungerecht und rassistisch motiviert, weshalb sich einige auch darüber beschwerten. Letzteres traf insbesondere auf die Chinesen in Kiautschou zu, die zudem ein umfangreiches Schrifttum hinterließen, das jedoch erst seit kurzem von einigen Sinologen herangezogen worden ist.[13]

BESCHWERDEN OHNE ERFOLG

Insgesamt besteht kein Zweifel, dass die deutsche (aber sicherlich auch die übrige europäische) Kolonialherrschaft rassistisch geprägt war. Doch folgte sie einem in der Berliner Zentrale festgelegten rassistischen Plan, der nach seiner intendierten Umsetzung in den Kolonien auf Deutschland rückübertragen wurde? Kurz, hat es den von Pascal Grosse so bezeichneten »kolonialen Rassenstaat« so gegeben und war er gewissermaßen die Blaupause für den späteren nationalsozialistischen »Rassenstaat«? Hier sind Zweifel angebracht.

Sie betreffen einmal die Umsetzung in den Kolonien. Die, um es noch einmal zu sagen, ohne Zweifel rassistisch geprägte Politik gegenüber den, wie man mit unverkennbarem rassistischem Unterton sagte, »Eingeborenen« scheint mehr von den deutschen Behörden vor Ort, das heißt in den Kolonien selber angewandt, als immer und konsequent von der Zentrale in Berlin angeordnet worden zu sein.[14] Hier, in Berlin, wurde die afrikanische Rassenpolitik auch kritisiert, und zwar nicht nur von der sozialdemokratischen, sondern auch von Teilen der bürgerlichen Presse und Öffentlichkeit. Allerdings mit geringem Erfolg. Die Eingaben und Beschwerden der Afrikaner wurden, selbst wenn sie in Berlin für zumindest teilweise berechtigt gehalten wurden, in den Kolonien abgeschmettert und nicht beachtet. Auch die im Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913 noch vorgesehene Verleihung einer »unmittelbaren Reichsangehörigkeit« auch an »Eingeborene« wurde in den Kolonien nicht, beziehungsweise nicht mehr verwirklicht.[15]

MENTALE KONTINUITÄTEN

Doch wie ist es mit den Rückwirkungen der kolonialen rassistischen Erfahrungen auf Deutschland? Sie sind ohne Zweifel vorhanden. Dies gilt einmal in ideologischer Hinsicht. Eugen Fischer, der neben Erwin Baur, Fritz Lenz und Ernst Rüdin führende Rassenhygieniker Deutschlands war nicht nur mit seinem rassistischen Buch über den, so der schon alles sagende Titel, »Rehobother Bastard« bekannt geworden, er übertrug seine bei der »Mischlingsbevölkerung« Namibias gewonnen (übrigens gefälschten) Erkenntnisse auf die »Mischlingsfrage« in Deutschland.[16] In dem von Fischer geleiteten Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik sind dann 1937 die offiziell so genannten, beziehungsweise diskriminierten »Rheinlandbastarde« nach eindeutig rassistischen Kriterien untersucht und für die nachfolgende Zwangssterilisation selektiert worden. Das Schicksal dieser kleinen, nur einige hundert Menschen umfassenden afrodeutschen Minderheit im Dritten Reich ist Beweis und Beispiel für die Verbindung zwischen dem kolonialen und dem nationalsozialistischen Rassismus.[17]

Ein weiteres Beispiel ist die rassistische Diskriminierung der deutschen Sinti und Roma, die schon im Kaiserreich anzutreffen war und hier nicht selten mit dem Vergleich mit den ebenfalls als »unzivilisiert« und »wild« angesehenen »Kolonialvölkern« legitimiert wurde.[18] Dies ging so weit, dass bereits 1911 auf einer Konferenz der Innenminister der deutschen Länder ernsthaft über die Deportation der Sinti und Roma, die alle deutsche Staatsbürger waren, in die afrikanischen Kolonien debattiert wurde. Dazu ist es dann ebenso wenig gekommen, wie zu der von den Nationalsozialisten temporär erwogenen Deportation der deutschen Juden nach Madagaskar.

Dies hatte keineswegs nur praktische und politische Gründe, weil diese Form der Deportation als zu teuer und nach der verlorenen Luftschlacht um England als nicht mehr durchführbar angesehen wurde. Hinzu kamen ideologische Bedenken. Das keineswegs nur von Hitler konzipierte »Rassenimperium« sollte nicht in Afrika, sondern in Osteuropa errichtet werden, und

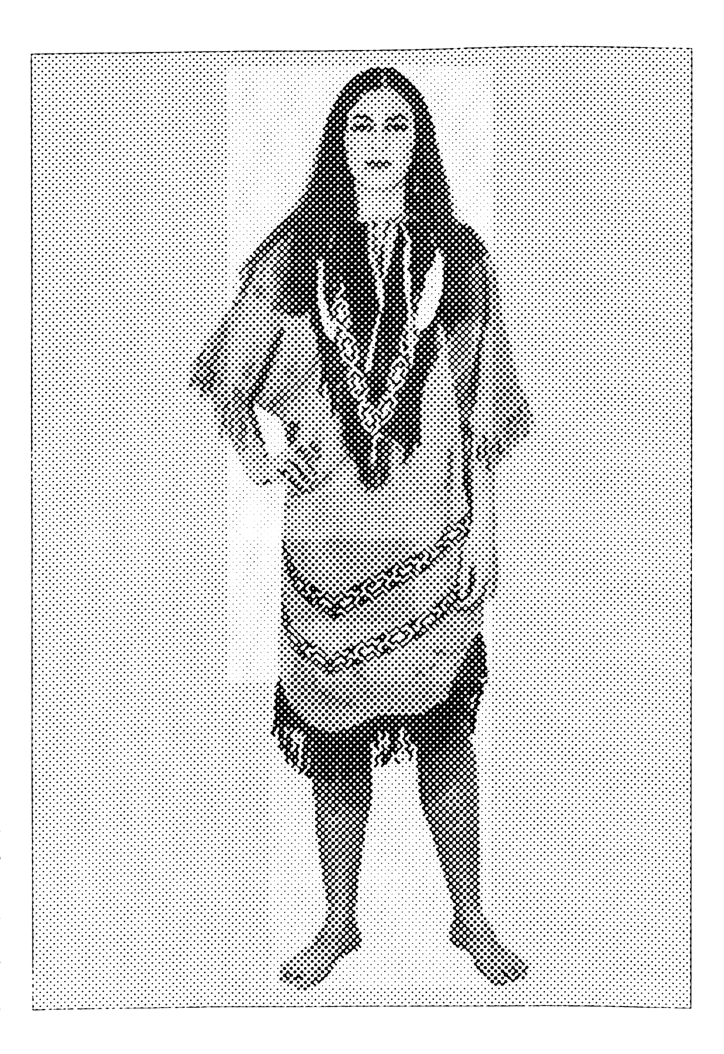
KOLONIALISMUS

EIN ZEITGESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

1364 Französische HändlerInnen lassen sich an der Küste Guineas uns an der Mündung des Senegal nieder **1402** Spanien beginnt mit der Besetzung der Kanarischen Inseln **AB 1431 PORTUGAL** Überseeische Expansion der Portugisen macht aus dem kleinen Land die erste Kolonialmacht Europas **1454** Papst-Dekret erklärt afrikanische Westküste für portugisisch **1458/1471 PORTUGAL** Eroberung verschiedener Gebiete Nordwestafrikas mit Expansionsheeren **1492 SPANIEN UND PORTUGAL** Im Vertrag von Tordesillas werden die überseeischen Interessensphären zwischen Spanien und Portugal durch eine Nord-Süd-Linie 370 Meilen westlich der Kapverdischen Inseln abgegrenzt **1493 SPANIEN** Columbus nimmt mit 1.500 Männern seine »Entdeckungen« in Besitz

zwar vornehmlich »auf Kosten Russlands«, denn dort läge, so wiederum Hitler, »unser Indien«. Hier, das heißt im »Osten«[19] sollte und wurde auch der nationalsozialistische Rassenmord durchgeführt, der die koloniale Rassenpolitik des Kaiserreiches, so schrecklich und verbrecherisch sie auch gewesen ist, weit in den Schatten stellte. Der nationalsozialistische Rassenmord war entgegen anders lautenden nachträglichen Behauptungen vielen bekannt, wurde aber nur von wenigen kritisiert. Möglicherweise auch deshalb, weil man bereits die koloniale Rassenpolitik gekannt und letztlich gebilligt hat. Zwischen dem »kolonialen« und dem nationalsozialistischen »Rassenstaat« scheint es also keineswegs nur ideologie- sondern auch mentalitätsgeschichtliche Kontinuitätslinien zu geben.[20] Doch von einem direkten und politischen Vorbildcharakter wird man kaum sprechen können. ‹›

ANMERKUNGEN **1** Genozid und Moderne. Band 1: Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert. Mihran Dabag und Kristin Platt (Herausgeber), Opladen 1998 **2** The Racial State. Germany 1933 bis 1945. Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann, Cambridge 1991, 10. Auflage 2003 **3** »Wie die Zigeuner«. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich. Wolfgang Wippermann, Berlin 1997; »Auserwählte Opfer«? Shoah und Porrajmos im Vergleich. Eine Kontroverse. Wolfgang Wippermann, Berlin 200 **4** Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus. Wolfgang Wippermann, Berlin 1998, besonders Seiten 204 ff **5** Der Begriff stammt von: Pascal Grosse aus: Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850 bis 1918. Frankfurt am Main 2000, Seiten 10 ff. Siehe Buchrezension in diesem Heft **6** Togo 1884 bis 1914. Eine Geschichte der deutschen »Musterkolonie« auf der Grundlage amtlicher Quellen. Peter Sebald, Berlin 1988; Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft. Helmuth Stoecker (Herausgeber), Band 1 bis 2, Berlin 1960 bis 1968; Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1970. Karin Hausen, Freiburg 1970; Deutsch-Ostafrika 1900 bis 1914. Eine Studie über Verwaltung, Interessengruppen und wirtschaftliche Erschließung. Detlef Bald, München 1970; Koloniale Entwicklung und Ausbeutung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas 1885 bis 1914. Rainer Tetzlaff, Berlin 1970 **7** Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Hannah Arendt, Berlin 1975, Band 2, Seiten 114 und 119 **8** Faschismus und Kolonialismus. Eine Studie zur historischen und begrifflichen Genesis faschistischer Bewußtseinsformen am deutschen Beispiel. Peter Schmitt-Egner, Gießen 1975 **9** Überblick über die Literatur bei: Der »Völkermord« an den Herero. Untersuchungen zu einer neuen Kontinuitätsthese. Gunter Sprul In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 39, 1988, Seiten 713 bis 739; Kontinuität totaler Herrschaft. Völkermord und Apartheid in »Deutsch-Südwestafrika«. Henning Melber In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1, 1992, Seiten 91 bis 116; Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia. Gesine Krüger und Jürgen Zimmerer, Münster 2001 **10** Die Duala und die Kolonialmächte. Eine Untersuchung zu Widerstand, Protest und Protonationalismus in Kamerun vor dem zweiten Weltkrieg. Andreas Eckert, Münster 1991 **11** Dazu unter anderem: Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894 bis 1914. Helmuth Bley, Hamburg 1968; The Imperialist Imagination. German Colonisation and its Legacy. Sara Friedrichsmeyer, Sara Lennox und Susanne Zantop (Herausgeber), Ann Arbor 1998; Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia. Gesine Krüger und Jürgen Zimmerer, Münster 2001 **12** Ihre Erfahrungen und Perspektiven stehen im Mittelpunkt der sogenannten postkolonialen Forschungen. Vergleiche unter anderem: Postcolonial Theory. A critical introduction. Leela Gandhi, Edinburg 1998; Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Sebastian Conrad und Shalini Randeria (Herausgeber), Frankfurt/M. 2002 **13** Herrschaft und Widerstand in der »Musterkolonie« Kiautschou. Interaktion zwischen China und Deutschland 1897 bis 1914. Klaus Mühlhans, München 2000 **14** Vergleiche dazu die ungedruckte Magisterarbeit von: Deutsche Kolonialherrschaft in Kamerun und Togo im Spiegel von Petitionen der afrikanischen Bevölkerung. Christoph Schaadt, FU Berlin 2004 **15** Vergleiche dazu: Blut oder Boden. Doppelpaß, Staatsbürgerrecht und Nationsverständnis. Jochen Baumann, Andreas Dietl und Wolfgang Wippermann, Berlin 1999, besonders Seiten 132 ff; und die ungedruckte Magisterarbeit von: »Nationalität: Neger« Staatsangehörigkeit und Kolonialherrschaft, untersucht am Beispiel der deutschen »Schutzgebiete« 1886 und 1914, Dominik Nagl, FU-Berlin 2003 **16** Rasse als Konstrukt. Leben und Werk Eugen Fischers. Niels C. Lösch, Frankfurt am Main 1997 **17** Die Sterilisierung der Rheinlandbastarde: Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918 bis 1937. Reiner Pommerin, Düsseldorf 1979; Schwarze Deutsche. Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890 bis 1933, Fatima El-Tayeb, Frankfurt am Main 2001; Hitler's Black Victims. The Historical Experience of Afro-Germans. European Blacks, Afrincans and African Americans in the Nazi Era. Clarence Lusane, New York 2002; Other Germans. Black Germans and the Politics of Race, Gender and Memory in the Third Reich. Tina Campt, Ann Arbor 2003 **18** Rassenwahn und Teufelsglaube. Wolfgang Wippermann, Berlin 2005 **19** Bei diesem »Osten« handelt es sich um ein Geostereotyp, das eng mit den Ideologien des Antislavismus, Antisemitismus und Antibolschewismus verbunden war. All dies war im »kolonialen Rassenstaat« nicht vorhanden, weshalb sein Vorbildcharakter begrenzt ist. **20** Dazu neben Grosse, Kolonialismus; Phantasiereich. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Birthe Kundrus (Herausgeber), Frankfurt am Main 2003; Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien. Birthe Kundrus Köln 2003



(La Isabella, Haiti) **1493** Pabst Alexander VI. setzt die Grenze zwischen portugisischen und spanischen Kolonien fest **1498 ENGLAND** Entdeckung des Seeweges nach Indien und Landung Vasco de Gamas in Calicut; Caboto nimmt seine »Entdeckungen« an der nordamerikanischen Ostküste im Namen der englischen Krone in Besitz **1500 BIS 1519 BRASILIEN** Die Portugiesen gründen Stützpunkte und beginnen den Sklavenhandel **1502 BIS 1517 PORTUGAL** bemächtigt sich des indischen Gewürzhandels **1511** Der Dominikaner Antonio de Montesinos hält auf der Hispanola die erste überlieferte Predigt gegen die Misshandlung der indigenen Völker **1512** Montesinos wird abberufen. Die Gesetze von Burgos sollen eine bessere Behandlung der indigenen Völker bewirken, bleiben aber tote Buchstaben. Sie verpflichten jedoch die indigenen Völker 9 Monate im Jahr für Spanien zu arbeiten **1522 MEXIKO** Grausame Eroberung durch Hernán Cortés **1532 PERU** Francisco Pizarro beginnt mit der Eroberung Perus **1542/1543 KALIFORNIEN** Cabrillo und Ferrelo segeln an der Küste Kaliforniens entlang und nehmen es für die Krone Spaniens in Besitz **1550 BIS 1590 LATEINAMERIKA** Einige Jahre nach dem Verbot der Versklavung der indigenen Völker in Lateinamerika (1542), erfolgt die schrittweise Einführung eines staatlich kontrollierten Systems der Zwangsarbeit für indigene Völker **1600/1602/1616** Gründung der britischen, der niederländischen und der dänischen Ostindien-Kompanien

IMPERIALE REPRÄSENTATIONEN VOM KOLONIALEN ZUM ENTWICKLUNGSDISKURS

ARAM ZIAI

KOLONIALE DISKURSE ÜBER »UNZIVILISIERTE VÖLKER« UND DIE LEGITIME VORHERRSCHAFT DES »WEISSEN MANNES« ERSCHEINEN AUS HEUTIGER SICHT ALS VOLLKOMMEN ANACHRONISTISCH. DOCH DER IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS HEGEMONIAL GEWORDENE ENTWICKLUNGSDISKURS WEIST MEHR KONTINUITÄTEN ZUM KOLONIALEN DENKEN AUF, ALS AUF DEN ERSTEN BLICK SICHTBAR IST.

Ob der französische Außenminister G. Hanotaux in »barbarischen Landstrichen« die »Zivilisation« verbreiten oder Kaiser Wilhelm II. andere Weltteile für die »christliche Gesinnung« gewinnen will, ob der US-amerikanische Politiker A. J. Beveridge von Gottes Vorsehung, der Alldeutsche Verband vom »Recht eines Herrenvolkes« oder der belgische König Leopold II. von einem »Kreuzzug gegen die Finsternis« redet: die Rechtfertigungen imperialer Eroberungspolitik Ende des 19. Jahrhunderts sind weitgehend austauschbar. Die Grundstruktur des kolonialen Diskurses ist zunächst die Zweiteilung der Welt in »zivilisierte« »Völker« oder »Nationen« und »unzivilisierte Stämme« oder »Menschenmassen« – wobei letztere nicht zu einer funktionierenden Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten in der Lage sind und erstere ihnen dabei zu Hilfe kommen, da sie von Gott oder der Natur zur Herrschaft vorbestimmt und fähig sin, ja sogar um der Menschheit willen dazu verpflichtet.
Gleichzeitig mit dieser legitimatorischen Funktion kolonialer Wissensproduktion werden in diesem Repräsentationssystem Identitäten konstruiert. Dabei kann sich die eigene europäische, westliche oder abendländische Identität als fortschrittlich, freiheitlich und zivilisiert sowie als ideale Norm menschlicher Existenz selbstverständlich nur in der Abgrenzung zu einem rückständigen, barbarischen »Anderen« herausbilden, das als defizitäre Abweichung von dieser Norm definiert wird.

KOLONIALE MIMIKRY

Die Anwendung brutaler Praktiken wird darüber hinaus als rational gekennzeichnet. Der Kolonialdiskurs konstruiert hier wie auch an zahllosen anderen Stellen ein Ensemble von Differenzen: rational–emotional, vernunftgeleitet–instinktgeleitet, fähig–unfähig zur Herrschaft, souverän–abhängig, kolonisierend–kolonisiert, höherwerig–minderwertig und so weiter. Die einzelnen Zuschreibungen sind hierbei durch Äquivalenzketten verknüpft: höherwertig sein bedeutet zivilisiert sein, zivilisiert sein bedeutet rational handeln, rational handeln bedeutet zur Herrschaft fähig sein, und so fort. Der implizite Fixpunkt, um den die Differenzen gruppiert sind, ist die Rassenzugehörigkeit, genauer: die Rassen- und Geschlechterzugehörigkeit. Die positiven Begriffe finden ihre Verkörperung im »weißen Mann«. Dieser bildet auf der kollektiven Ebene die Grundlage für das »Herrenvolk«. Der »weiße Mann« konstituiert somit das, was Politikwissenschaftler Ernesto Laclau den Nodalpunkt oder »dominanten Signifikanten« eines Diskurses nennt: das Zentrum, das als Referenzpunkt für jene Differenzen dient, anhand derer die jeweiligen Identitäten konstruiert werden. Er ist der Maßstab aller Dinge.
Dementsprechend werden »die Eingeborenen«, die im Kolonialdiskurs das »Andere« des weißen Mannes darstellen, anhand dieses Maßstabs im besten Fall als naturverbundene Kinder,

---

(erstere gewinnt im Laufe des 18. Jahrhunderts deutlich die Oberhand) **1620 NORDAMERIKA** Landung der Puritaner mit der »Mayflower« und weitere Kolonialgründungen in Neuengland **1626** Holländer gründen Neu-Amsterdam, später von den Engländern in New York umbenannt **1653 BRASILIEN** Zusammenbruch des holländischen Reiches **1662 INDIEN** Gründung der französischen Ostindien-Kolonie **1663 KANADA** wird französische Kolonie **1655 JAMAIKA** Die spanische Kolonie wird von den Engländern erobert **1668 INDIEN** Die Engländer gründen Bombay **1670 ENGLAND** gründet die Hudson-Bay-Company, um Kanada dem britischen Handel zu erschließen **1673 FRANKREICH** gründet die Compagnie du Senegal zum Zwecke des Sklavenhandels **1676 BIS 1677 AFRIKA** Preußische Expidition an die Guinea-Küste **1683 AFRIKA** Preußen errichtet Fort Groß-Friedrichsburg in Guinea **1685 CHINA** Häfen werden durch deutschen kaiserlichen Erlaß für den Handel mit Europa geöffnet **1701 AMERIKA** Compagnie de L'Asiento zur Sklaven-Belieferung Spanisch-Amerikas gegründet **1703 BRASILIEN** wird mit dem Vertrag von Methuen dem britischen Sklavenhandel geöffnet **AB 1721 BIS 1808 AMERIKA** Rebellionen und Unruhen in vielen Regionen Hispanoamerikas, meist lokal oder regional begrenzt (zum Beispiel Tupac-Ameru-Aufstand in Peru) **1725 PREUSSEN** verkauft seine afrikanischen Interessensgebiete an Holland **1757 INDIEN** Britische Herrschaft über Indien **1773 ENGLAND** beginnt mit

im schlechtesten als tierhafte Wilde dargestellt. Die Differenz des »Anderen« zum weißen Mann wird dabei gleichzeitig universalistisch geleugnet und essentialistisch verfestigt: Geleugnet wird sie, da in der ethnozentrischen Bewertung der Eingeborene nur als minderwertiges und unvollkommenes Abbild der eigenen Norm menschlicher Existenz erscheint, das im Hinblick auf diese Norm zu erziehen und assimilieren ist. Das Unbekannte, Fremde erscheint so als defizitäre Version des Bekannten und Eigenen. Der postkoloniale Theoretiker Homi Bhabha spricht deshalb von »kolonialer Mimikry«. Verfestigt wird die Differenz, da trotz aller Erziehung und »Hebung« der Kolonisierten diese innerhalb der Diskursordnung immer wesensmäßig minderwertig bleiben und nie ganz das Zivilisationsniveau des weißen Mannes erreichen.

Allerdings ist bereits hier das Element der »Entwicklung« im Kolonialdiskurs anzutreffen. Während zwar selbst im frühen 20. Jahrhundert noch viele Liberale die Vorstellung zurückweisen, »die Neger seien nur noch nicht soweit entwickelt wie wir«, finden sich bereits im 19. Jahrhundert andere wie John Stuart Mill, welche die (unhinterfragte) Minderwertigkeit der Kolonisierten auf historische statt auf »rassische« Gegebenheiten zurückführen: die Europäer seien einfach »weiter fortgeschritten in der Geschichte der menschlichen Verbesserung«. Hier wird die im Gefolge der Aufklärung und im sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhundert populär gewordene eurozentrische Denkfigur formuliert, dass die Zustände in Afrika, Asien und Amerika vor der Besiedelung durch Weiße weiter zurückliegende Stufen der menschlichen Evolution darstellen sollen.

Bei der Anwendung dieser Denkfigur auf die Kolonien erfährt der Begriff der Entwicklung jedoch eine Verschiebung: er wird vom intransitiven zum transitiven Verb, das heißt »sich entwickeln« wird ersetzt durch »andere entwickeln«. Die Kolonialmächte übernehmen treuhänderisch die Aufgabe der »Entwicklung der rückständigen Gebiete«. »Entwicklung« bezieht sich jedoch zunächst auf die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen der Region und die »Zivilisierung« der Kolonisierten – nicht aber auf die Verbesserung von deren Lebensstandard.

Erst in einem langen und diskontinuierlichen Prozess während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzt sich die Vorstellung durch, dass die »Entwicklung« einer Kolonie mit materieller Verbesserung für die einheimische Bevölkerung verbunden sei.

Ein Zwischenschritt auf diesem Weg ist das Mandatssystem des Völkerbunds: die Rechtfertigung der Vormundschaft einiger Länder über andere wird an das Wohlergehen der beherrschten Bevölkerung geknüpft. Einige Länder (jene, die »von Völkern bewohnt wurden, welche den harten Bedingungen der modernen Welt noch nicht alleine standhalten konnten«, wie es beim Völkerbund heißt) bedürften zwar noch der »Anleitung« durch andere, aber nur unter Überwachung einer internationalen Organisation, der Permanent Mandates Commission. Hier weht bereits ein Hauch von Universalismus: von einer »natürlichen« Ungleichheit der Völker ist keine Rede mehr. Eine neue Diskursordnung formiert sich, die in der Nachkriegszeit und mit der Dekolonisierung zur bestimmenden Struktur in den Darstellungen der Nord-Süd- Beziehungen wird.

DISKURSIVE DISKONTINUITÄTEN

Der Entwicklungsdiskurs der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weist einige grundlegende Veränderungen gegenüber dem Kolonialdiskurs auf. Als wichtigste ist sicherlich zu nennen, dass die Menschen in den entsprechenden Ländern nicht mehr als unfähig dargestellt werden, sich selbst zu regieren. Der koloniale Rassismus ist insbesondere durch die nationalsozialistische Rassenpolitik weitgehend diskreditiert. Das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« und die allgemeinen Menschenrechte erfahren daher auf der diskursiven Ebene immer uneingeschränktere Zustimmung.

In der viel zitierten Antrittsrede von US-Präsident Harry S. Truman wird 1949 die neue Diskursordnung deutlich: «... wir müssen ein kühnes neues Programm auf den Weg bringen, um die Vorzüge unseres wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts der Verbesserung und dem Wachstum der unterentwickelten Gebiete verfügbar zu machen.... Mehr als die Hälfte der Menschen auf der Welt lebt unter nahezu elenden Bedingungen. ... Ihre Wirtschaft ist primitiv und stagnierend. Ihre Armut ist ein Hemmnis und eine Bedrohung, sowohl für sie als auch für die wohlhabenderen Gebiete.... Ich glaube, daß wir friedliebenden Völkern die Vorzüge unseres gesammelten technischen Wissens zur Verfügung stellen sollten, um ihnen das Streben nach einem besseren Leben zu erleichtern. Und wir sollten ... Kapitalinvestitionen in Gebiete, die Entwicklung brauchen, fördern.... In unseren Plänen ist kein Platz mehr für den alten Imperialismus, der Ausbeutung zugunsten von Profiten bedeutete. Was uns vorschwebt ist ein Programm der Entwicklung auf der Grundlage von demokratischem fairen Handel.«

Sichtbar wird bei Truman die Annahme von der eingeschränkten Gleichwertigkeit der Völker: alle sind gleich, nur einige sind auf der universellen Entwicklungsbahn der Menschheit nicht so weit fortgeschritten: sie sind »unterentwickelt«. Nach dem Wegfall des offen rassistischen Elements wird jedoch kaum noch von unterentwickelten Völkern oder Menschen gesprochen, sondern in der Regel von unterentwickelten Ländern oder Regionen. Der Gegenstandsbereich wird sozialgeographisch statt biologisch erfasst. Die Zweiteilung »zivilisiert–unzivilisiert«

Opiumexport nach China **1775 BIS 1783 USA** im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg lösen sich die Kolonien vom britischen Mutterland **1791 BIS 1793 SAN DOMINGO** Aufstand gegen die Franzosen. Die Schwarzen werden 1793 von den Franzosen für frei erklärt **1807 ENGLAND** Verbot des Sklavenhandels in den britischen Kolonien **1811 BIS 1825 SPANIEN** alle Kolonien – mit Ausnahme von Kuba, Puerto Rico und den Philippinen – gewinnen ihre Unabhängigkeit **1815 BRASILIEN** erlangt den Status eines Königsreiches und damit die Gleichstellung mit dem Mutterland **1833 GROSSBRITANNIEN** Sklavenbefreiung **1840 NEUSEELAND** wird britische Kronkolonie **1848 FRANKREICH** Sklavenbefreiung **1857 INDIEN** Aufstand gegen die Briten **1871 ALGERIEN** Aufstand gegen Frankreich **AB 1880** Beschleunigung des »Wettrennens« europäischer Mächte um »freie« Gebiete in Übersee – Übergang vom Kolonialismus zum Imperialismus **1881 TUNESIEN** wird von Franzosen besetzt **1882 ÄGYPTEN** Okkupation durch die Briten **1882 DEUTSCHLAND** Gründung des Deutschen Kolonialvereins. Der Verein agitiert für koloniale Ausbreitung und Flottenaufbau des Deutschen Reiches **1883 AFRIKA** Annam, Kongo und Somalialand von Frankreich besetzt **1884 AFRIKA** Südost- und Südwestafrika, Togo und Kamerun werden von Deutschland »erworben« **1884 UND 1885 DEUTSCHLAND** Berliner Kongo-Konferenz (Westafrika-Konferenz) **1885 AFRIKA** Südwestafrika, Togo, Kamerun werden deutsche »Schutzgebiete«

wird durch den Dualismus »entwickelt–unterentwickelt« ersetzt. Das daran anknüpfende Ensemble der Differenzen lässt sich wie folgt skizzieren: industrieller und wissenschaftlicher Fortschritt versus Stagnation, Technologie versus Handarbeit, Modernität versus Tradition, hohe versus niedrige Produktivität, materieller Wohlstand versus Armut, Freihandel und Demokratie versus alter Imperialismus, Entwicklungshilfegeber versus Entwicklungshilfenehmer und so weiter.
Wieder sind die einzelnen Elemente dieses Diskurses untrennbar miteinander verknüpft: ein besseres Leben ist ohne industriellen Fortschritt nicht denkbar, dieser bedarf der Produktivitätssteigerung und des Wirtschaftswachstums, Voraussetzungen dafür sind Freihandel und Weltmarktintegration et cetera. Der Referenzpunkt der neuen Differenzen ist die »entwickelte« Industriegesellschaft, primär die der USA. Auch wenn der Nodalpunkt des Entwicklungsdiskurses geschlechtsneutral scheint, so sind die mit ihm assoziierten Werte (Technologisierung, Modernität, Rationalität, Produktivität) unverkennbar maskulin konnotiert. Anhand dieser Norm werden die Länder des Südens und die zahllosen heterogenen Gesellschaftsformen der dort lebenden Menschen als defizitär klassifiziert: sie leiden an einem »Mangel an Entwicklung«. Aufgrund dieser Diagnose wird die entsprechende Medizin verordnet: »Entwicklung« in Form von Modernisierung, Technologietransfer und Kapitalinvestititionen.
Die »Entwicklung« der ehemaligen Kolonien wird in diesem Diskurs zu einer zentralen Aufgabe, die nach dem Wegfall des rassistischen Elements nicht mehr den »Eingeborenen« vorenthalten werden kann und somit den neuen Eliten der postkolonialen Staaten zufällt. Diese, wie auch weite Teile der Bevölkerung, nehmen den Entwicklungsdiskurs durchaus positiv auf. In ihm werden sie schließlich als gleichberechtigte Teilnehmer im »Entwicklungswettbewerb« konstruiert, die den Rückstand gegenüber den führenden Nationen in wenigen Jahrzehnten aufholen können.
Die im Entwicklungsdiskurs hervorgebrachte Identität der »Entwickelten« ist nicht nur verknüpft mit den Idealen von Freiheit und Demokratie, Freihandel und Fortschritt, sie ist in einem entscheidenden Punkt auch eine »Samariter-Identität«: den Not leidenden Völkern wird Entwicklungshilfe gewährt. Dass hierbei auch eigene Interessen im Spiel sind, wird schon von Truman offen zugegeben: die Armut des Südens wird als »Hemmnis« und als »Bedrohung« dargestellt. Ein Hemmnis ist sie für die Expansion der US-Wirtschaft, die in der Nachkriegszeit auf neue Absatzmärkte und alte Rohstofflager angewiesen war, eine Bedrohung ist sie vor dem Hintergrund der Gefahr des »Überlaufens« im Kalten Krieg. Die zentrale Bedeutung der Hegemonialisierung dieser Problemkonstruktion ergibt sich aus der veränderten globalen Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg und der anti-kolonialen Stoßrichtung des Entwicklungsdiskurses: im Gegensatz zum »alten Imperialismus« war das Ziel die Prägung von (afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen) Subjekten, die aus freien Stücken eine Weltordnung unterstützten, die den Interessen der Metropolen entsprach.

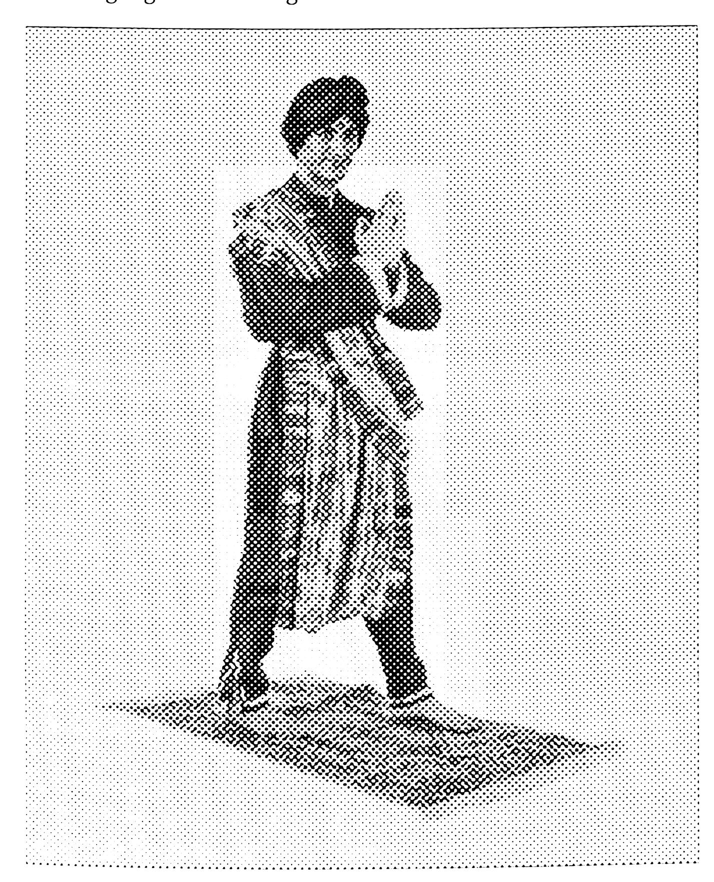
DIAGNOSEN UND THERAPIEN

Die Dependenztheorien setzten dieser modernisierungstheoretischen Konzeption in den sechziger und siebziger Jahren einen alternativen Entwurf entgegen. Er brach die Beschränkung des Entwicklungsdiskurses auf die nationalstaatliche Ebene auf und analysierte »Unterentwicklung« wie auch »Entwicklung« als zwei Seiten einer Medaille, nämlich des kapitalistischen Weltsystems. Dementsprechend lautete die Therapieempfehlung nicht Weltmarktintegration, sondern Abkopplung und »autozentrierte« Entwicklung. Hinsichtlich der Problemkonstruktion verblieben die Dependenztheoretiker jedoch im Entwicklungsdiskurs. So wird zum Beispiel bei Hernando Enrique Cardoso und Enzo Faletto die im Süden zu verwirklichende »echte« (im Gegensatz zu »assoziativ-abhängiger«) Entwicklung definiert als »eine Verringerung der Abhängigkeit und die Wandlung des Wirtschaftssystems von einer peripheren zu einer zentralen Ökonomie«. Mit anderen Worten: anzustreben ist der Übergang zur metropolitanen Industrienation. Das Differenzsystem des Entwicklungsdiskurses bleibt weitestgehend intakt.
Der von dependenztheoretischer Seite nur partiell unterminierte Dualismus »helfende versus hilfsbedürftige Länder« hatte noch weitere Implikationen. Nachdem die »barbarischen Massen« der Kolonialzeit nun als Menschen angesehen wurden, geriet das Problem der globalen Armut in den Blick. Mit der Entwicklungshilfe wurde jedoch die Armut nicht nur bekämpft, sie diente gleichzeitig auch ihrer Überwachung und ihrem Management – gerade auch im Hinblick auf ihre potenziell bedrohlichen Konsequenzen für die kapitalistische Weltordnung. Dazu notwendig waren Institutionen, die Wissen über die Dritte Welt und ihre Subjekte produzierten und diese sichtbar, messbar und zum Objekt einer Sozialtechnologie machten. Die Rolle der Entwicklungsländerforschung ist hierbei durchaus kritisch zu sehen. Die Scharen von EntwicklungshelferInnen und ExpertInnen, die von Nord nach Süd wandern, haben zur Verfestigung dieser Struktur beigetragen: die Menschen im Süden haben Probleme, und die Menschen aus dem Norden verfügen über Lösungen. Dass es im Norden Probleme gibt, für die im Süden problemlösendes Wissen vorhanden ist, ist eine Aussage, für die im Entwicklungsdiskurs kein Raum ist.

1885 TONGKING wird französisches »Protektorat«; Somaliland britisches **1885 DEUTSCHLAND** Deutsche »Protektorate« über einen Teil Neuguineas, Bismarck-Archipel, Teile der Salomon-Inseln, Marshall-Inseln **1885 AFRIKA** Erste Expeditionen von Carl Peters nach Ostafrika, Goldfunde in Transvaal **1885 MASSAU** wird von Italien besetzt; Beginn der Besetzung Eritreas **CHINA** Zweiter Vertrag von Tientsin: China erkennt die französischen »Protektorate« über Annam und Tongking an **1885 BURMA** die burmesische Unabhängigkeit wird von den Briten beendet; Betschuanaland wird britisches »Protektorat"; die Mahdisten erobern Kharrtum; Gordon Pascha fällt **»DEUTSCH«-OSTAFRIKA** Französisches »Protektorat« Madagaskar **INDIEN** Gründung des Nationalkongresses **KAMERUN** die Basler Mission (deutsch) etabliert sich. Berliner Konvention über Kongobecken und Niger **KONGO** der »Kongo-Freistaat« als Privatbesitz Leopolds II (Deutschland) wird anerkannt **1886 SUDAN** Islamisch-fundamentalistischer Aufstand der Madhi gegen die Briten **BURMA** wird eine Provinz »Britisch«-Indiens **ENGLAND-DEUTSCHLAND** Abkommen über die Interessensphären in Ostafrika **1887 DEUTSCHLAND** der Deutsche Kolonialverein und die Gesellschaft für deutsche Kolonisation vereinigen sich zur Deutschen Kolonialgesellschaft **FRANKREICH** verleibt sich ganz Annam, Cochinchina und Kambodscha ein und gründet »Französisch-Indochina« **ENGLAND** Annektiert Zuzuland **NIGERIA** Wird britisches »Protektorat« **1888 BRASILIEN**

EIN KONTINUIERLICHES DIFFERENZSYSTEM

Die trotz der vielen Veränderungen unübersehbaren Konstanten zwischen Kolonial- und Entwicklungsdiskurs beziehen sich zum einen auf die grundlegende Diskursstruktur, zum anderen auf die geschichtsphilosophischen und sozialtechnologischen Elemente sowie daraus resultierend auf den Eurozentrismus und das Gewaltpotenzial. Die grundlegende Struktur beider Diskurse ist die Zweiteilung der Welt in einen fortgeschrittenen, überlegenen Teil und einen zurückgebliebenen, minderwertigen Teil. Das Eigene dient als Norm, anhand derer die Minderwertigkeit des Fremden objektiv nachgewiesen wird. »Entwicklung« wird immer noch mit Fortschrittsindikatoren wie Bruttosozialprodukt, Lebenserwartung oder Schulbildung »gemessen«, während beispielsweise Gastfreundschaft, nicht monetäre soziale Netze oder ein nicht rein instrumenteller Umgang mit der Natur unberücksichtigt bleiben. Das Differenzsystem der Entwicklungsära schließt unmittelbar an das der Kolonialperiode an, seine Zweiteilungen erscheinen durch die umfangreiche Vorarbeit des Vorgängerdiskurses geradezu selbstverständlich.



Das geschichtsphilosophische Element besteht in der (vom sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhundert übernommenen) Vorstellung eines einheitlichen menschlichen Entwicklungswegs, auf dem die westlichen Industrienationen weiter fortgeschritten als die nicht-westlichen Länder seien. Die unzähligen Möglichkeiten menschlicher Gesellschaft werden auf den Nachvollzug des westeuropäischen Industriekapitalismus reduziert, dessen Herausbildung als notwendiges Stadium der Menschheitsgeschichte verklärt wird. Der Diskurs der »Entwicklung« ist somit durch und durch eurozentrisch. Das sozialtechnologische Element, die Länder des Südens (und die dort lebende Bevölkerung) nach rationalen Gesichtspunkten umzugestalten, ist ebenfalls erhalten geblieben. Allerdings sind es jetzt die von entwicklungspolitischen Organisationen unterstützten staatlichen Institutionen in den so genannten Entwicklungsländern selber, die »im Interesse der nationalen Entwicklung« entsprechende Maßnahmen auch autoritär umsetzen.

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre befindet sich diese Diskursordnung aus mehreren Gründen in der Krise. Zum einen wurde von neoliberaler Seite die Sinnhaftigkeit von Entwicklungshilfe in Frage gestellt. Zum anderen fiel mit dem Ende des Kalten Krieges die entscheidende strategische Notwendigkeit von Entwicklungshilfe weg. Drittens erwies sich die Integration von ursprünglich kritischen Konzepten (Ökologie in Form von Nachhaltigkeit, Empowerment in Form von Partizipation) in den herrschenden Entwicklungsdiskurs insofern als problematisch, als dass die duale Grundstruktur des Diskurses aufgebrochen wurde: unter ökologischen Gesichtspunkten konnten die Industrienationen nicht mehr als vorbildlich »entwickelt« gelten, der Empowerment-Gedanke unterminierte das Wissen und die Definitionsmacht der Entwicklungsexperten. Zwar änderte sich die (nichtdiskursive) Praxis der Entwicklungszusammenarbeit nur langsam, aber zur selben Zeit drängte der hegemonial gewordene neoliberale Diskurs gleichermaßen auf marktorientierte Umstrukturierungen in »Entwicklungs-« wie auch in »entwickelten« Ländern, so dass einige bereits von einem »Ende des Entwicklungsdiskurses« sprechen. Ob die gegenwärtige Transformation in eine neue hegemoniale Diskursordnung mündet, die zum Beispiel von Wettbewerbsimperativen und der Ökonomisierung des Sozialen, oder von »verantwortungsvoller Regierung der einen Welt«, oder doch von neokolonialen Protektoraten und Treuhandschaften gekennzeichnet ist, steht nicht fest. ‹›

ANMERKUNGEN ***The Idea of Third World Development.*** Emerging Perspectives in the United States and Britain. 1900—1950. Vergleiche Javier Gonzalo Alcalde. Lanham. New York. University Press of America 1987 ***Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika.*** Fernando H. Cardoso und Enzo Faletto. Frankfurt am Main. 1976 (1969). Seite 18

Aram Ziai ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft der RWTH Aachen und arbeitet an einem DFG-Forschungsprojekt über Globale Strukturpolitik und das Entwicklungsdispositiv.

Endgültige Sklavenbefreiung **SUDAN** Feldzüge Archinards gegen Ahmadou und Samori enden »siegreich« **1888 AFRIKA** Lavigeries Kampagnen gegen die Sklaverei **NORD-BORNEO UND SARAWAK** werden britische »Protektorate« **»DEUTSCH«-OSTAFRIKA** Aufstand der Araber. Cecil Rhodes erhält »Konzession« von Lobenguela im späteren »Südrhodesien« **EUROPA** Konvention der europäischen Mächte über freie Schifffahrt im Suezkanal **1889 ABESSINIEN** Italien behauptet, gegen den Protest des Negus, ein Vertrag mit dem Negus gebe Rom das »Protektorat« über Abessinien **RUDYARD KIPLINGS GEDICHT** »The White Man's Burden« erscheint in den Londoner Times **BRASILIEN** Ende des Kaiserreichs **1890 DEUTSCHLAND UND ENGLAND** Helgoland-Sansibar-Vertrag. Deutschland tauscht »Protektorat« über Sultanat von Sansibar und Ansprüche auf Uganda, Witu-Nyassaland gegen Helgoland und den »Caprivizipfel« ein **ERITREA** Italienische Kolonien am Roten Meer werden zu »Eritrea« zusammengefasst **PORTO NOVO** Französisches »Protektorat« über Porto Novo und Kotounou **1891 PORTUGAL** Erkennt das britische »Protektorat« Nyassaland an **1892 DAHOMEY** wird französisches »Protektorat« **1893 UGANDA** Britisches »Protektorat« **LAOS** Französisches »Protektorat« **1894 JAPAN UND USA** beteiligen sich an der Aufteilung der »freien« Gebiete **FRANKREICH-DEUTSCHLAND** Abkommen über die Grenzen Kameruns: französische Expedition nach Madagaskar **1895 ABESSINIEN** Italienische Militärexpedition **MADAGASKAR** »Protektorats-

ES GIBT DA NOCH EIN PROBLEM... EIN GESPRÄCH MIT DER GRUPPE ANTIKOLONIALE AFRIKA KONFERENZ

VOM 11. BIS 15. NOVEMBER 2004 FAND IN DER ALTEN »ALTEN FEUERWACHE« IN BELIN/KREUZBERG DIE ANTICOLONIAL AFRICA CONFERENCE (AAC) STATT. VIER TAGE LANG TRAFEN SICH TÄGLICH ETWA 250 MENSCHEN ZU VORTRÄGEN, DISKUSSIONEN, FILMEN UND WORKSHOPS.
DIE KONFERENZ WURDE ZWEI JAHRE LANG VON EINER GRUPPE GEPLANT UND VORBEREITET, DIE SICH ÜBERWIEGEND AUS AFRIKANISCHEN FLÜCHTLINGEN UND LEUTEN AUS DEUTSCHLAND ZUSAMMEN SETZT. UNTERSTÜTZT WURDEN DIESE VON DER ANTIRASSISTISCHEN INITIATIVE BERLIN (ARI), DER FORSCHUNGSSTELLE FLUCHT UND MIGRATION (FFM) UND DER FLÜCHTLINGSINITIATIVE BRANDENBURG (FIB).
ANKE SCHWARZER SPRACH MIT MARIA BAUMEISTER UND HYACIENTH NGUH TEBIE VON DER VORBEREITUNGSGRUPPE DER AAC.

Anke Schwarzer *Was waren die Ziele der Konferenz?*
Hyacienth Nguh Tebie Das Ziel der Konferenz war es, dem 120. Jahrestag der Berliner Afrika Konferenz und dem 100. Jahrestag des Genozids an den Herero und Nama in Namibia zu gedenken. Das waren die zentralen Punkte, denn niemand zuvor hat das gemacht. Wir konnten beide Punkte zusammenbringen und dafür Aufmerksamkeit bekommen. Die Konferenz sollte kein Endpunkt sein. Sie war nur als Anfang für eine Bewegung gedacht. Jetzt werden wir weitere Demonstrationen und Informationsveranstaltungen durchführen.

Anke *Wegen diesen beiden Jahrestagen gab es 2004 verschiedene Veranstaltungen, eine Berichterstattung in der Tagespresse und es erschienen Bücher zu diesem Thema. Gab es jenseits dieser Öffentlichkeit noch einen besonderen Fokus, den ihr auf der Konferenz einnehmen wolltet?*
Hyacienth Es war uns sehr wichtig, die Entschädigungsfrage zu thematisieren, denn immer wieder beschweren sich Herero-Leute, dass sich niemand für ihr Anliegen interessiere und die Entschädigungsforderungen stets abgeschmettert würden. Das ist ein Thema, mit dem sich das deutsche Parlament beschäftigen muss. Wir sind direkt vor das Reichtagsgebäude gegangen und haben unsere Forderungen vorgebracht. Und wir sind sicher, dass sie es verstanden haben.
Maria Wir adressieren unsere Forderungen aber nicht nur an die deutsche und die anderen europäischen Regierungen, sondern wenden uns vor allem an die Gesellschaft insgesamt. Um die kolonialen Mentalitäten aufzubrechen, müssen wir an die Köpfe und Herzen der Menschen heran. Das ist ein wichtiges Standbein unserer Politik. Neben der Forderung nach Entschuldigung und Entschädigung wollten wir vor allem die historischen Kontinuitäten benennen. Wir meinen damit nicht, dass es eine geradlinige Verlängerung von kolonialer Gewaltherrschaft zum Nationalsozialismus gegeben hat. Aber es gibt Wurzeln, die in dieser Geschichte liegen. Es ist ein Erfahrungswissen angeschafft worden, wie Genozid betrieben und Zwangsarbeit durchgesetzt wird. Zum Beispiel war die Erziehung zur Arbeit für den deutschen Kolonialismus ein zentraler Punkt. Im Vergleich zu Europa

---

Vertrag«, Bildung »Französisch-Westafrikas« **KUBA** Aufstand gegen Spanien **KONGO** In »Belgisch-Kongo« Revolte von Lulaburg, bis 1904 **1896 ABESSINIEN** Die Abessiner vernichten die italienische Armee bei Adua. Im Vertrag von Addis-Abeba erkennt Italien die Unabhängigkeit Abessiniens an **FRANKREICH** anulliert das Madagaskar-»Protektorat«; das Parlament billigt die Annexion der Insel **1896 JAPAN** tritt Port Arthur, das es 1895 China abgenommen hatte, an Russland ab **DEUTSCHLAND** »Erste deutsche Kolonialausstellung« im Treptower Park in Berlin **1897 CHINA** Deutsche Besetzung der Kiautschau-Bay mit Tsingtau. Deutsch-französische Konvention über die Grenzen Togos **NIGERIA** Anglo-französische Konvetion über die Grenzen Nigerias. Sieg Kitcheners über die Mahdisten bei Omdurman **1898 CHINA** Wettlauf der weißen Mächte um Konzessionen. Britisch-französische Treffen bei Faschoda: Kitchener zwingt Marchand zum Rückzug **SPANISCH-AMERIKANISCHER KRIEG** Die USA »erben« Kuba, Puerto Rico und die Phillipinen **DEUTSCHLAND-ENGLAND** Vertrag über die eventuelle Aufteilung »Portugiesisch«-Afrikas **RUSSLAND** bekommt Port Arthur auf 25 Jahre als Pacht **1899 ENGLAND-RUSSLAND** Vertrag über Abgrenzung von Bahnkonzessionen in China **SPANIEN** Tritt Karolinen-, Palau- und Marianeninseln an Deutschland ab **USA, ENGLAND UND DEUTSCHLAND** teilen Samoa-Inseln unter sich auf **SÜDAFRIKA** Burenkrieg gegen die Engländer **1900 ITALIEN-FRANKREICH** Geheimvertrag. Frankreich bekommt freie

wurde in vielen afrikanischen Kolonien in relativ kurzer Zeit und mit äußerst repressiven Maßnahmen versucht (so genannte Hüttensteuer, Auspeitschungen, Vertreibungen et cetera), durch zu setzen, dass Leute nicht für sich selbst arbeiten, sondern für jemanden, zu dem es überhaupt keine Beziehung gibt, der die Arbeitskraft von anderen ausbeutet und das zu seinen Konditionen. Das war für uns ein wichtiger Gesichtspunkt, den wir nicht nur in der Geschichte belassen, sondern aktuell aufzeigen wollten. Der ausgrenzende Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen heute ist unter anderem möglich, weil die Kolonialgeschichte nicht bekannt ist, beziehungsweise beschönigt wird. Dabei geht es weniger um bloßes Faktenwissen, sondern auch um eine kritische Auseinandersetzung. Das gilt auch für den Rassismus, da alle rassistischen Mentalitäten aus dieser Zeit kommen, wo Hautfarbe plötzlich zum Kriterium von Wertigkeit gemacht wurde. Die Wissenschaften haben hier eine wichtige Rolle gespielt.

Anke *Im Hinblick auf die deutsche Kolonialherrschaft spricht der Soziologe Reinhart Kößler von einer »öffentlichen Amnesie«. Habt ihr darüber diskutiert, warum so wenige Menschen in Deutschland wissen wollen, was die Urgoßeltern oder Großeltern in den ehemaligen Kolonien gemacht haben, was vor 100 oder 150 Jahren in Ländern wie Togo, Tansania oder Namibia passiert ist und wie diese Ereignisse die deutsche Gesellschaft bis heute beeinflussen? Wer hat Interesse an diesem Vergessen?*

Hyacienth Nicht das Vergessen ist das Problem, sondern das Desinteresse. Viele wollen nicht wahrhaben, was geschehen ist. Ich beobachte, dass der Mann auf der Straße niedergeschlagen ist, dass er keine Zeit hat und sich nicht sehr für Politik interessiert. Es geht hier nicht nur um Kolonialismus, sondern um den ganzen Komplex der deutschen Gesellschaft. Das gesellschaftliche Klima ist von Eingeschüchtertheit, Angst und Trägheit geprägt.

Maria Der Hintergrund ist sicher auch, dass die offizielle Seite bemüht ist, in der Bevölkerung eine Bereitschaft für weitere Interventionen zu schaffen. Die Regierung braucht ein Klima, das ihr den Rücken für eine militärisch-interventionistische Politik freihält. Forderungen nach Entschädigung sind da unglaublich lästig, gerade wenn Deutschland die Führungsposition in Europa und die Konkurrenz zu den USA ausbaut. Die Regierung braucht auch eine bestimmte Haltung diesen Konflikten und den Menschen gegenüber, die davon betroffen sind, um Kriege zu legitimieren. Dazu gehört auch, dass Begriffe wie »humanitäre Intervention« oder »Abwendung ökologischer Katastrophen« verwendet werden. Sie verschleiern jedoch, dass es um die Rohstoffsicherung und Ausbeutung geht. Das ist sicher einer der Gründe, warum es aktuell wenig Interesse gibt, sich politisch mit dem Kolonialismus auseinander zu setzen.

Anke *Mittlerweile wird mit zahlreichen Begriffen operiert, um die Weltlage zu beschreiben, etwa Imperialismus, Globalisierung, Neoliberalismus, Empire, Neo- oder Postkolonialismus. Warum habt ihr den Begriff Kolonialismus gewählt?*

Hyacienth Der Kolonialismus hat nie aufgehört, er dauert immer noch an und existiert weiter in verschiedenen Formen. Insofern trifft der Begriff Antikolonialismus genau den Punkt, weil die Kolonialisierung mit all ihren Formen der Gewalt, der Folter und der Ausbeutung immer noch besteht. Allein der Handel zwischen Afrika und Europa: Hier handelt es sich nicht um zwei Partner, die miteinander verhandeln. Afrika ist kein Partner. Wie soll man das sonst nennen? Sie nehmen die Rohstoffe aus Afrika zu den Preisen, die sie bestimmen. Sie diktieren Afrika die Preise. Die heutige Unabhängigkeit ist eine Formalität. In Wirklichkeit dauert die Kolonisierung immer noch an, da die kolonialen Mächte Einfluss auf die politischen Strukturen in den ehemaligen Kolonien haben, denn sie unterstützen die diktatorischen Regierungen, die in vielen Ländern an der Macht sind, um ihre ökonomischen Interessen zu verfolgen.

Anke *Ansätze wie Theorien des Postkolonialismus argumentieren, dass Kolonialismus/Antikolonialismus die sozialen Unterschiede zwischen mächtigen Eliten und armen Bevölkerungsteilen, zwischen Frauen und Männern und weiterer Differenzen, eher verwischt und die Welt mit einer Schwarz-Weiß-Sicht erklärt. Ist die Einteilung in Kolonisierte und Kolonisierende nicht zu oberflächlich?*

Maria Der französische und der englische Kolonialismus haben schon immer sehr eng mit den einheimischen afrikanischen Eliten zusammengearbeitet und sie teilweise in ihren Positionen belassen. Insofern ist das, was hier als Veränderung angeführt wird, gar nicht unbedingt neu. Ich finde, der Begriff lenkt ab. Mit Sicherheit weist die Situation heute andere Strukturen auf. In 100 Jahren ist ja viel passiert, es sind Prozesse abgelaufen, die berücksichtigt werden müssen. Uns ist aber die Verknüpfung mit dem Ursprung des Kolonialen wichtig. Der Begriff Kolonialismus macht die Geschichte präsent, die zur Aktualität gehört. Er knüpft an die historischen Ursachen von Hierarchisierung und Ausgrenzung an. Wir sehen eine Veränderung, aber nicht grundsätzlich etwas anderes, deswegen halten wir an dem Begriff fest. Die Begriffe Neoliberalismus oder Globalisierung sind mir zu wertfrei. Alles fließt. Waren werden global gehandelt, Grenzen überschritten, aufgelöst, aber es werden natürlich wieder Grenzen geschaffen, die in dem Begriff nicht wieder zu finden sind.

Anke *In welcher Tradition des historischen kolonialen Widerstands seht ihr euch? An welche Bewegungen oder Personen denkt ihr, wenn ihr euch in der Nachfolge antikolonialer Proteste seht?*

Hand in Marokko, Italien und Tripolitanien **CHINA** Boxer-Aufstand, der von einer internationalen Expedition niedergeworfen wird **NORD- UND SÜDNIGERIA** werden britische »Protektorate« **INDONESIEN** Gerät vollständig unter Hollands Herrschaft **INDOCHINA** Die Franzosen schaffen das allgemeine Schulsystem ab **1901 BIS 06 »DEUTSCH«-SÜDWESTAFRIKA** Herero-Aufstand **PERSIEN** William Knox d'Archy erhält die erste Erdölkonzession **1902 ENGLAND** England erkennt die italienischen Interessen in Tripolitanien an **SWAZILAND** wird britisches »Protektorat« **PANAMA** Gründung der Republik **»BELGISCH-KONGO«** Roger Casement berichtet dem Foreign Office über Greuel **1903 USA-KUBA** Vertrag mit dem »Platt-Amendment«, das den Amerikanern ein Investitionsrecht gibt **1904 ÖSTERREICH** Anatole France wendet sich in der Wiener Neuen Freien Presse gegen den »kolonialen Wahnsinn«, bezeichnet den Imperialismus als neue Barbarei. E. D. Morel gründet die Kongo Reform Association zur Kampagne gegen belgische Kongogreuel **FRANKREICH-ENGLAND** Abkommen. Freie Hand für England in Ägypten, für Frankreich in Marokko **RUSSLAND-JAPAN-KRIEG** Überraschender Sieg der Japaner, 1905 **CHINA** Sun Yat-Sen gründet die Kuomintang **AFRIKA** Infolge der Faschoda-Krise erkennen die Franzosen die britische Oberhoheit über Ägypten und den Sudan an **SÜDWESTAFRIKA** Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die in Südwestafrika beheimateten Hereros, die um ihre Freiheit kämpften **DEUTSCHLAND** Die

Hyacienth Zum Beispiel Patrice Lumumba. Die Rede, die er am Vorabend der Unabhängigkeit im Kongo hielt, kostete ihn das Leben. Das zeigt, dass die Unabhängigkeit nicht ernst gemeint war. Diese Idee, den Westen als Modell zu nehmen für alles, was in afrikanischen Staaten stattfindet, ist Kolonialismus. Von dieser Zeit an war klar, dass die Unabhängigkeit nur in bestimmten Bahnen verlaufen durfte. Mit Thomas Sankara ist es die gleiche Geschichte.

Anke *Einige der Antikolonialisten kamen nach der Unabhängigkeit an die Macht, etwa Samuel Nujoma in Namibia, der die Klage der Herero gegen deutsche Banken nicht unterstützte. Der antikoloniale Widerstand war sehr facettenreich und auch nicht immer unbedingt emanzipatorisch. Der Begriff steht also für sehr viele Bewegungen und Ergebnisse in verschiedenen Ländern. Habt ihr über die Unterschiede diskutiert?*
Hyacienth Während der Konferenz haben wir viele Filme gesehen, die diese Diskussion, wie Menschen gegen die Kolonisierung etwa in Togo und Kongo kämpfen, aufgebracht haben.
Maria Sehr ausführlich haben wir über diesen Punkt nicht diskutiert. Da wir aber nicht als Partei oder Befreiungsbewegung organisiert sind, begreifen wir uns auch nicht einfach in deren Kontinuität. Wir sind ein Zusammenschluss freier Individuen, die auch nicht NGO-gesteuert sind. Das war auch eine wichtige Entscheidung, die wir von Anfang an getroffen haben.

Anke *Inwieweit existieren Kontakte zu Organisationen und Initiativen in den ehemaligen Kolonien, die sich wehren oder sich auch als antikolonial begreifen, auch wenn ihr eure Aktivitäten in erster Linie in Deutschland und Europa seht?*
Maria Das war jedenfalls eine zentrale Idee von Anfang an. Wir wollten gerne, dass sich nicht nur Leute aus Deutschland an der Konferenz beteiligen, sondern auch aus anderen Ländern. Vor allem aber hätten wir gerne engere Verbindungen mit dem antikolonialen Widerstand in Afrika gehabt. Den Anspruch konnten wir nicht einlösen, da er unsere Kapazitäten überforderte. Die Perspektive bleibt jedoch weiterhin, dass wir die Diskussionen mit AktivistInnen auf dem afrikanischen Kontinent in nächster Zeit intensivieren wollen.

Anke *Gibt es schon Ideen, welche Gruppen oder Bewegungen die Ansprechpartner sein könnten?*
Hyacienth Zum Beispiel gibt es Kontakte zu einigen Herero- und Nama-Leuten in Namibia, die wir jederzeit nutzen könnten. Sie organisieren sich in Projekten zur Landreform und das ist eine gute Sache. Ansonsten ist es schwierig. Es gibt viele Bewegungen und unterschiedliche Formen von Widerstand, aber von einem echten Antikolonialismus sind die meisten weit entfernt.
Maria Insgesamt haben wir uns mit dieser Frage noch wenig beschäftigt, sondern eher mit der Situation hier. Eine Idee wäre jedoch, die Privatisierung von Wasser oder die Vertreibung aus Wohnungen, weil sie nicht mehr bezahlbar sind, zum Thema zu machen. Solche sozialen Bewegungen und Gruppen, die sich dagegen wehren, gibt es beispielsweise in Südafrika. Das ließe sich vielleicht auch mit der sich verschärfenden Lebenssituation hier verknüpfen. ‹›

ANMERKUNGEN Dieses Interview wurde hier gekürzt nach gedruckt. Die Langversion erschien in: Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag und Aktion. Interface (Herausgeber). Assoziation A, Berlin und Hamburg 2005. Siehe auch Buchrezension auf Seite 56 dieses Heftes. Wir bedanken uns für die Nachdruckgenehmigung.



»Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik« macht für die Ansiedlung Deutscher in den Kolonien Werbung **1905 »DEUTSCH«-OST-AFRIKA** »Maji Maji«-Aufstand auf den deutschen Baumwollplantagen, Ermordung von etwa 200.000 Menschen in den Aufstandsgebieten **MAROKKO** Kaiser Willhelm II in Tanger **RUSSLAND UND JAPAN** Präsident als Theodor Roosewelt Vermittler **1906 SPANIEN** Konferenz von Algeciras gibt Frankreich grünes Licht in Marokko **AFRIKA** Briten schließen Lagos Südnigeria an **1907 ENGLAND-RUSSLAND** Abkommen über Abgrenzung der Interessensgebiete in Persien **DEUTSCHLAND** Reichstagswahlen. Sieg der Befürworter der deutschen Kolonialpolitik, Errichtung eines eigenständigen Kolonialministeriums **1908 SÜDSOMALILAND** wird formell eine italienische Kolonie **1909 »KONGO-FREISTAAT«** geht aus dem Privatbesitz Leopolds II als Kolonie an Belgien über **1910 AFRIKA** Bildung »Französisch-Äquatorial-Afrikas« **JAPAN** Annektiert Korea **AFRIKA** Südafrikanische Union **1911 ITALIEN** beginnt die militärische Eroberung Tripolitaniens **MAROKKO** »Panthersprung« nach Agadir, um (vergeblich) ein deutsches Mitspracherecht in Marokko zu erreichen **ITALIEN** annektiert Tripolis **SÜDAFRIKA** Der »Mines and Works Act« schließt Nichtweiße von vielen Tätigkeiten aus, beschränkt sie generell auf ungelernte Arbeit **1912 MAROKKO** wird französisches »Protektorat«. Aufstand der marokkanischen Stämme, der erst 1934 vorübergehend unterdrückt werden kann **TÜRKEI** tritt gemäß

ZWISCHEN STRATEGIE UND RESSENTIMENT
DIE POSTKOLONIALEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN FRANKREICH UND ALGERIEN

BERNHARD SCHMID

Eine Gesetzesbestimmung, die vor ihrer Verabschiedung weitgehend unbemerkt geblieben war, wirbelte in den letzten Monaten ziemlich viel Staub auf beiden Seiten des Mittelmeers auf. Am 23. Februar 2005 hatte die französische Nationalversammlung ein Gesetz angenommen, dessen vordergründiger Gegenstand darin bestand, die Rechte und Interessen der früheren Überseefranzosen zu regeln.

ANERKENNUNG DER NATION

Die konservative Mehrheit im französischen Parlament, in deren Reihen es auch kolonialnostalgische Tendenzen gibt, verabschiedete diesen Entwurf zur »Anerkennung der Nation für die *rapatriés*« (ungefähr: Rücktransportierten). Mit diesem Begriff werden die früheren europäischen Bewohner der Siedlungskolonie Algerien bezeichnet: Dort lebten vor 1962 etwas über eine Million Europäer neben acht Millionen musulmans d'Algérie in einem konfessionellen Apartheidsystem. In diesem leitete sich die Rechtsstellung der Personen aus ihrer Religionszugehörigkeit ab, wobei die offiziell so bezeichneten Moslems mit Abstand die geringsten Rechte hatten. Die Christen (die meist aus Frankreich, Italien oder Spanien in die Siedlungskolonie eingewandert waren) besaßen mit Abstand die meisten Rechte und nach 1870 waren ihnen die Juden – gegen die aber einige Diskriminierungen bestehen blieben – in ihren staatsbürgerlichen Rechten im Prinzip gleichgestellt worden. Die gut 100.000 algerischen Juden waren keine Einwanderer aus Frankreich, sondern lebten zum Großteil im Land, seitdem 1492 Moslems und Juden gemeinsam aus Spanien vertrieben worden waren. Die französische Kolonialpolitik bewirkte jedoch eine Spaltung der »einheimischen« Bevölkerung und löste die algerischen Juden aus der ansässigen Bevölkerung heraus. Nach Erreichen der Unabhängigkeit Algeriens 1962 verließ ein Großteil der Christen, aber auch der Juden das Land und siedelte nach Frankreich über, da sie nach den Gräueln des französischen Kolonial- und Folterkrieges befürchteten, die moslemische Bevölkerungsmehrheit könne Rache an ihnen nehmen. Allerdings blieben auch rund 200.000 christliche und jüdische Bürger im unabhängigen Algerien, aus deren Reihen während der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit auch Minister kamen. Neben den früheren europäischen Bürgern der Siedlungskolonie Algerien sind aber auch die *harkis* und ihre Nachkommen von dem neuen Gesetz betroffen, denn allein sechs

dem Vertrag von Lausanne Cyrenaika und Tripolitanien an Italien ab **1913 SÜDAFRIKA** Der »Natives Land Act« legt fest, dass kein Afrikaner außerhalb der Reservate Landbesitz erwerben darf **SÜDAFRIKA** Gandhi beginnt seine Kampagne der Gewaltlosigkeit, um den dortigen Indern Selbstverwaltung zu verschaffen **»DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA«** Einmarsch südafrikanischer Truppen **1914 TOGO** Angloafrikanisches Abkommen über die Aufteilung Togos **NIGERIA** Engländer fügen Nord- und Südnigeria zur Kolonie Nigeria zusammen und proklamieren das »Protektorat« über Ägypten **INDIEN** Gandhi in Indien **PANAMA** Panamakanal wird eröffnet **1914 BEGINN DES ERSTEN WELTKRIEGS 1915 »DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA«** Kapitulation der deutschen »Schutztruppe« in den Kolonien **GEHEIMABKOMMEN VON LONDON** England und Frankreich versprechen Italien Kolonien-Zuwachs in Afrika, falls sie selbst von Deutschland Kolonien »erben«. Aufstände in Libyen werfen die Italiener bis an die Küste zurück **1916 SYRIEN UND IRAK** Sykes-Picot-Abkommen **1917 PALÄSTINA** Balfour-Deklaration über Palästina. Engländer besetzen Jerusalem **1918 USA** Wilsons 14-Punkte-Plan **UDSSR** Rote Armee unterwirft asiatische Republiken, die sich nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs gebildet hatten **CHINA** In Peking wird die »Gesellschaft zum Studium des Marxismus« gegründet **1919 FRANKREICH** Versailler Friedensvertrag. Das Deutsche Reich verliert alle Kolonien **INDIEN** Massaker von Amritsar **1920** Vertrag von Sèvres über

Artikel des Gesetzeswerks betreffen »Die Rechte der *Harkis*«. *Harkis* heißen jene Bewohner Algeriens, die im französischen Kolonialkrieg der Jahre 1954 bis 62, der um die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft über Algerien geführt wurde, auf Seiten Frankreichs kämpften. Nach der Unabhängigkeit des nordafrikanischen Landes hatten sich Zehntausende von ihnen in Frankreich niedergelassen, sei es aus Angst vor Rache, sei es aus profranzösischen Gefühlen oder um ihre Jobs bei der Armee zu behalten. Doch in der französischen Gesellschaft blieben viele dieser *Harkis* oder ihre Nachfahren Außenseiter, da sie nunmehr vielfach als »Maghrebiner wie die anderen« betrachtet wurden, während die Bezeichnung *Harki* in Algerien nach wie vor ein Schimpfwort bildet. In den neunziger Jahren führten *Harkikinder* in Frankreich Hungerstreiks und andere Aktionen durch, um zumindest eine symbolische Anerkennung zu erhalten; denn sie sahen sich gesellschaftlich »zwischen allen Stühlen sitzen«. Mitunter wurde die nicht grundlose Wut der Harkikinder aber auch durch rechte politische Kräfte instrumentalisiert, die in ihnen ein für französisch-nationalistische Zwecke mobilisierbares Fußvolk erblickten. Und tatsächlich hat bei einzelnen *Harkikindern* eine Art Assimiliationskomplex – der unbedingte Wunsch, den eigenen pro-französischen Charakter beweisen zu wollen, um sich nicht mehr zurückgesetzt zu fühlen – sogar zu einem Engagement beim Front National (FN) geführt. Die rechtsextreme Partei kam auf diese Weise zu einer Handvoll algerischstämmiger Kommunal- und Regionalparlamentarier, auf die sie gerne verweist, um ein Alibi gegen Rassismusvorwürfe zu haben. Neben dem FN hat auch der rechtsliberale Politiker Alain Madelin in den neunziger Jahren die Harkikinder politisch zu instrumentalisieren versucht.

POSITIVER BEITRAG

Die besondere Brisanz des Gesetzes vom Februar 2005 liegt aber in den ideologischen Bestimmungen, die in ihm gewissermaßen »versteckt« worden sind. Denn während das Publikum zunächst annahm, es gehe um die mehr oder minder symbolische »Anerkennung der Nation« für die 1962 aus Nordafrika übersiedelten Franzosen und pro-französischen Algerier (weshalb es dem Entwurf anfänglich keine große Brisanz beimaßen), enthält der Text vielmehr auch aktuelle Vorschriften. Insbesondere in seinem Artikel 4, der künftig Lehrer und Forscher darauf verpflichten soll, den »positiven Beitrag der französischen Präsenz in Nordafrika« in ihrem Unterricht und in ihren Arbeiten hervorzuheben. Diese Bestimmung – die durch einen großen Teil der Öffentlichkeit erst nach der Verabschiedung des Textes entdeckt wurde – löste in den ersten Wochen heftige Proteste bei den Lehrerverbänden und unter progressiven Wissenschaftlern aus, die etwa in der linksliberalen Tageszeitung *Libération* deutlich zum Ausdruck kamen. Dass sich die Geschichtsforschung durch eine solche autoritäre geschichtspolitische Vorgabe wirklich an die Kandare nehmen lässt, ist kaum anzunehmen. Die Brutalität der französischen Herrschaft über Algerien und ihr kaum mit rechtsstaatlichen Idealen zu vereinbarender Charakter stehen unter ernsthaften Beobachtern heute kaum in Frage. Von 1881 bis 1944 galt in Algerien etwa das »Eingeborengesetzbuch«, *Code de l'indigénat*, derzufolge jeder *musulman* unabhängig von jeder persönlichen Schuld für das »Verbrechen« bestraft werden konnte, das von irgendeinem Mitglied seiner Bevölkerungsgruppe verübt worden war. Selbstverständlich gibt es dennoch ein Potenzial für pro-kolonialistische und rassistische Thesen in der französischen Wahrnehmung Algeriens. Dieses Potenzial kam in den 80er und 90er Jahren vor allem durch die Wahlerfolge des FN klar zum Ausdruck. Dessen Sympathisantenpotenzial in der französischen Gesellschaft – vor allem in seinen südfranzösischen Hochburgen – war in den Anfangsjahren seiner Wahlerfolge größtenteils mit den geschlossenen Communities ehemaliger Algerienfranzosen deckungsgleich. Die aus Nordafrika ausgesiedelten Kolonialfranzosen, »Pieds noirs« genannt, hatten sich ab 1962 vor allem entlang der Mittelmeerküste, von Perpignan über Toulon bis Nizza, niedergelassen. Dort finden sich nicht nur bis heute Straßennamen, die von französischen Militärs in Algerien stammen, sondern dort waren in den 80er und teilweise noch in den 90er Jahren die Wahlergebnisse des FN oftmals doppelt so hoch wie im landesweiten Durchschnitt. Ein 1999 von dem auf Algerien spezialisierten französischen Historiker Benjamin Stora publiziertes Buch unter dem Titel *Le transfert d'une mémoire. De l'Algérie française au racisme anti-arabe* (Der Transfer einer Erinnerung. Vom französischen Algerien zum antiarabischen Rassismus) hat diese Kontinuitätslinie gut heraus gearbeitet und mit dem Südstaaten-Rassismus in den USA verglichen. Sie liefert einen Teil der Erklärung dafür, warum in der französischen Mehrheitsgesellschaft der anti-algerische Rassismus lange Jahre der virulenteste, massenwirksamste und gewalttätigste Rassismus war.

ZWISCHEN PARIS UND WASHINGTON

Heute brechen die geschlossenen Milieus der ehemaligen Algerienfranzosen allerdings vielfach auf. Neben dem allmählich eintretenden Generationenwechsel hängt das auch damit zusammen, dass es seit nunmehr zwei bis drei Jahren einen starken Aufschwung der Reiseaktivität ehemaliger »Pieds noirs« nach Algerien gibt. Viele von ihnen berichten, dass sie bei ihren Besuchen im heutigen Algerien und in ihren früheren Häusern besser aufgenommen wurden als erwartet, und einige zeigen

die Aufteilung des türkischen Reiches **1920 KAMERUN** wird als »Mandat« zwischen England und Frankreich aufgeteilt **1920 SÜDWESTAFRIKA** wird »Mandat« Südafrikas **1920 INDIEN** Gandhi wird Chef der indischen Nationalbewegung, erste Kampagne der Non-Kooperation **ENGLAND-FRANKREICH** Abkommen über Ölinteressen im mittleren Osten. Amerikanischer Protest, USA-Ölfirmen verschaffen sich Zugang zur Region **1921 ÄGYPTEN** England verkündet die stark eingeschränkte »Unabhängigkeit« Ägyptens **TANGANYIKA** wird britisches »Mandatsgebiet« **1922 ÄGYPTEN** Nach Unruhen erklärt Großbritannien einseitig die Unabhängigkeit Ägyptens, behält sich aber die Sicherung des Suezkanals, die Landesverteidigung und den Schutz der ausländischen Interessen vor **LIBYEN** Beginn der italienischen Wiedereroberung Libyens **1923 ENGLAND, FRANKREICH UND SPANIEN** einigen sich im Abkommen von Paris über das Statut der Freizone von Tanger **SÜDAFRIKA** Der »Urban Areas Act« schränkt die Bewegungsfreiheit der AfrikanerInnen stark ein und ermöglicht den Stadtverwaltungen, AfrikanernInnen und »anderen Farbigen« (vor allem indischen MigrantenInnen) separate Wohnviertel zuzuweisen **1924 DEUTSCHLAND** Wiedereinrichtung einer Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt **NORDRHODESIEN** wird britisches »Protektorat« **SPANIEN** wird fast ganz aus »seiner« marokkanischen Zone vertrieben: die Rif-Kabylen unter Abd el Krim rufen einen unabhängigen Staat aus **1925 CHINA** Ho Chi

sogar offenes Bedauern gegenüber dem stark rassistischen Charakter der Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen im kolonialen Algerien. Die Pariser Abendzeitung *Le Monde* widmete der Zunahme dieses Phänomens am 15. September 2004 einen längeren Artikel. Es handelt sich zwar immer noch um Minderheiten innerhalb der »Pieds noirs"-Bevölkerung. Aber andererseits dürfte der Einfluss des Front National auf dieses Milieu im Rückgang befindlich sein. Einerseits befindet sich die Partei unter anderem aufgrund des vorrückenden Alters ihres Chefs Jean-Marie Le Pen und der ungelösten Frage seiner Nachfolge in einer strukturellen Krise. Außerdem wurde ihre traditionelle Wählerschaft in den neunziger Jahren teils durch neue Schichten ersetzt. Die zwischenstaatliche Entspannung zwischen Frankreich und Algerien trägt dazu sicherlich bei: Seit dem Besuch von Präsident Jacques Chirac in Algier Anfang März 2003 ist die Rede davon, man strebe einen umfassenden »Freundschaftsvertrag« zwischen beiden Ländern einschließlich einer Verteidigungskooperation an. Die Hintergründe dafür sind freilich weniger ideeller denn strategischer Natur. Da das algerische Regime sich – nach dem Bürgerkrieg der neunziger Jahre – stabilisieren konnte und da der Rohölpreis auf den Weltmärkten in den letzten fünf Jahren stark angestiegen ist, kommt den politischen Beziehungen zur Regierung in Algier heute eine wachsende Bedeutung zu. Im übrigen kann Frankreich sich seines neokolonialen Einflusses auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt und seines Zugangs zu den algerischen Rohstoffen nicht mehr so sicher sein wie in der Vergangenheit, da die USA ihrerseits ihre Einflusssphäre in Nordafrika (und Afrika generell) zu erweitern suchen. Nach dem 11. September 2001 kam es auch zu einer neuen strategischen Kooperation zwischen der US-Administration (deren Vorgänger in den 90er Jahren noch tendenziell eher die algerischen Islamisten unterstützt hatten) und dem Regime in Algier. Dieser Wettlauf zwischen Paris und Washington um die Erweiterung der Einflusssphären bildet einen wichtigen Imperativ der gegenwärtigen französischen Politik.



DOSIERTE KRITIK

Die neue strategische Bedeutung der Beziehungen hat auch dazu beigetragen, dass die Regierenden in Algier ihre Kritik an dem französischen Gesetz vom Februar 2005 in ziemlich dosierter Form vortrugen. Rund um den 08. Mai 2005, dem sechzigsten Jahrestag der französischen Massaker in Sétif und anderen Städten Nordostalgeriens – die französische Armee hatte damals Massendemonstrationen zum Kriegsende am 8. Mai 1945 zusammengeschossen –, hatte Präsident Abdelaziz Bouteflika allerdings seinen Ton schlagartig verschärft. In diesem Kontext sprach er von einem »geschichtsrevisionistischen« Gesetz und verglich das französische Vorgehen in Algerien gar in einem Satz mit den NS-Verbrechen. In den folgenden Wochen strebten beide Seiten jedoch nach einer Deeskalation in den offiziellen Beziehungen, und der französische Botschafter in Algier erklärte erstmals sein Bedauern über das Vorgehen des von ihm repräsentierten Staates am 08. Mai 1945. Eher störend sind da auf offizieller Ebene heute Initiativen wie jene des rechtsextremen Bürgermeisters von Marignane (einer Trabantenstadt von Marseille), Daniel Simonpieri. Der Mann hatte 25 Jahre lang dem Front National und später einer Abspaltung der Partei angehört, er sitzt jedoch seit 2004 als parteiloser Abgeordneter in der bürgerlich-konservativen Fraktion im Bezirksparlament von Marseille. Am 06. Juli 2005 ließ er auf dem Friedhof seiner Stadt ein Denkmal für die früheren Rechtsterroristen der OAS (Organisation Armée Secrète, Bewaffnete Geheimorganisation) einweihen, die in den Jahren 1962/63 durch die französische Justiz hingerichtet worden waren. Die OAS hatte in den letzten Monaten vor der Unabhängigkeit Algeriens versucht, den französischen Rückzug aus Nordafrika durch Bombenanschläge, Morde an »Verrätern« und durch Massaker auf arabischen Wochenmärkten zu vereiteln. Die Regierung in Paris desavouierte jedoch die Denkmalsinitiative. Sie konnte die Einweihung der Stele für die OAS in Marignane nicht verhindern, ließ jedoch die öffentliche Feier verbieten, zu der mehrere hundert Rechtsextreme angereist waren, die vor den Friedhofstoren bleiben mussten. ‹›

Minh gründet die »Jeunesse Révolutionnaire« in Kanton **AB 1925 DEUTSCHLAND** Kolonialausstellungen in Berlin und anderen Städten, bis 1928 **DEUTSCHLAND** Erscheinen des Kolonial-Romans »Volk ohne Raum« des Publizisten Hans Grimm **MAROKKO** Abd el Krim kapituliert vor den Franzosen **1927 BELGIEN** »Kongreß gegen Koloniale Unterdrückung und Imperialismus« in Brüssel **SÜDAFRIKA** Der »Immorality Act« macht Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Schwarzen strafbar, außerdem verschafft sich die Regierung die gesetzliche Grundlage für die Verbannung von Oppositionellen **1928 MAROKKO** Revision des Tanger-Status: Italien nun auch vertreten **1929 CHINA UND RUSSLAND** Russische Truppen stoßen über den Amur vor **1930 ENGLAND-IRAK** Vertrag über Ende des Mandats. Unabhängigkeit **1931 JAPAN** erobert die Mandschurei **1932 LIBYEN** Abschluss der italienischen Wiedereroberung **1934 LIBYEN** Einrichtung des Kolonialpolitischen Amtes Italien fasst Tripolitanien und die Cyrenaika formell zu Libyen zusammen **1935 DEUTSCHLAND** Kolonialausstellungen in Chemnitz, Köln, Wiesbaden, Nürnberg, Freiburg, Eisenach, Königsberg, Meersburg **1935 ITALIEN** fällt in Abessinien ein **1936 DEUTSCHLAND** Reichskolonialbund: »Gleichschaltung« der Kolonialverbände **ITALIEN** annektiert Abessinien **1938 CHINA UND RUSSLAND** Militärischer Vorstoß der UdSSR über die chinesische Grenze nahe Wladiwostok und Vernichtung einer japanischen Streitmacht **1939 BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGS**

BIOPIRATERIE
AKTUELLE KONFLIKTE UM DIE ANEIGNUNG GENETISCHER RESSOURCEN UND DES TRADITIONELLEN WISSENS

CHRISTIAN SCHRÖDER

Was haben deutsche LandwirtInnen und brasilianische KleinbäuerInnen gemeinsam? Beide sind ins Visier von Biopiraten geraten. Biopiraterie bezeichnet die Aneignung, Patentierung und Privatisierung genetischer Ressourcen oder traditionellen Wissens lokaler Bevölkerungsgruppen durch private, meist transnationale Konzerne, einzelne Personen, Wissenschaftseinrichtungen oder staatliche Institutionen. Dies hat Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse vor allem der ärmsten Menschen in den »Entwicklungsländern«, aber auch LandwirtInnen in den OECD-Ländern sind betroffen. Die genetischen Ressourcen sind ein Teil der biologischen Vielfalt (Biodiversität). Sie sind insbesondere für die Züchtung von neuen Pflanzen- und Tiersorten in der Landwirtschaft, aber auch für die Pharmaforschung zur Entwicklung neuer Wirkstoffe von Bedeutung.

Drei Faktoren bilden die Voraussetzungen zur Biopiraterie: erstens die Biopatentierung und andere Formen »geistigen Eigentums« über Lebewesen, speziell das Monopolsystem auf Patente als Werkzeug der legalisierten herrschaftsförmigen Aneignung; zweitens die Entwicklung neuer Bio- und Gentechnologien, deren Produktionsbasis die genetischen Ressourcen beziehungsweise die in ihnen enthaltenen Informationen ist; und drittens die wirtschaftlichen Machtkonzentrationen in der *Life-Sciences*-Branche: führend sind Agro-Chemie-Unternehmen wie Monsanto oder Pharmakonzerne wie Pfizer. Das Auffinden von medizinisch verwertbaren Wirkstoffen gleicht der Suche nach einer Nadel im Heuhaufen. Am effektivsten ist diese, wenn *Life-Sciences*-Multis auf das Wissen der Menschen vor Ort zurückgreifen können, die ihre Kenntnisse über Wirkstoffe seit Generationen nutzen. Die genetischen Ressourcen bergen ein riesiges Gewinnpotential. Allein die Gewinne der Pharmaindustrie durch Medikamente, die bereits vor der Vermarktung traditionell angewendet wurden, bewegen sich nach Schätzungen der *BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie* (www.biopiraterie.de) im zweistelligen US-Dollar-Milliardenbereich. Im Konflikt um die genetischen Ressourcen geht es um Verfügungsgewalt und langfristige territoriale Kontroll, denn 80 % der weltweiten Biodiversität befinden sich in Ländern des Südens. Der NGO-Aktivist Mohamed Idris vom *Third World Network* spricht deshalb von einer »neuen Art genetischen Kolonialismus«.

DAS KONZEPT DER GEISTIGEN EIGENTUMSRECHTE

Mit der zunehmenden sog. Wissensbasierung ökonomischer Aktivitäten hat die Produktion und Aneignung von »Wissen« für die Kapitalverwertung an Bedeutung gewonnen. Das Interesse wissensbasierter Industrien wie der *Life-Sciences*-Branche

---

Die Rote Armee überschreitet die Grenze zur Mongoliei und besiegt Japan **1940 DEUTSCHLAND** Denkschriften und Memoranden zur Errichtung eines deutschen Kolonialreiches im Süden der Sahara, »Mittelafrikanisches Kolonialreich«; Ausfertigung eines »Reichskolonialgesetzes« durch das Kolonialpolitische Amt **1941 INDONESIEN** Königin Wilhelmina von Holland lehnt es ab, Indonesien die Autonomie zu gewähren **1943 BENGALEN** Hungerkatastrophe bis Mitte 1944 mit 1,5 Millionen Toten **1944 UDSSR** Stalin deportiert die Krim-Tartaren nach Mittelasien **1945 ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS** Die Potsdamer Konferenz beschließt die Aufteilung Indochinas in britische und chinesische Operationszonen; Ende des französischen Mandats über Syrien und den Libanon; Charta von San Francisco: United Nations **SÜDAFRIKA** Der »Natives (Urban Areas Consolidation) Act« stellt für (schwarze) AfrikanerInnen den Aufenthalt in Stadtgebieten ohne behördliche Erlaubnis unter Strafe **ALGERIEN** Französische Repression **1946 PHILIPPINEN** Unabhängigkeit **INDOCHINA** Mit dem französischen Bombardement Haiphongs beginnt der französische Indochina-Krieg **1947 ITALIEN** verzichtet auf alle Kolonien **INDIEN UND PAKISTAN** Werden unabhängige Dominien im britischen Commonwealth **MADAGASKAR** Aufstand gegen die Franzosen **1948 CEYLON** Wird Dominien **BURMA** wird unabhängig und verlässt das Commonwealth **INDIEN** Gandhi wird ermordet **1949 CHINA** Kommunisten übernehmen Regierung



an einem verbesserten Schutz »geistiger Eigentumsrechte« nimmt deshalb zu. Das Konzept des »geistigen Eigentums« basiert auf der westlichen Gesetzes- und Wirtschaftsphilosophie sowie dem westlichen Eigentumsrecht. Das Verständnis indigener und lokaler Gemeinschaften von Eigentum, Wissen und biologischer Vielfalt ist oft ein völlig anderes. Es kommt zu einer zunehmenden Dominanz und Internationalisierung dieses westlichen Modells liberaler Eigentumsrechte im Rahmen eines globalen Systems von *Intellectual Property Rights* (IPR).

PATENTSCHUTZ UND GEISTIGE EIGENTUMSRECHTE

Patente sind die stärkste Form des geistigen Eigentumsschutzes. Sie sichern InhaberInnen von Patenten das alleinige Nutzungsrecht inklusive der Möglichkeit zur Lizenzvergabe für einen festgelegten Zeitraum (etwa 20 Jahre) zu. Es wird geschätzt, dass der Anteil der über geistige Eigentumsrechte geschützten Produkte von früher etwa 10 % auf bis zu 80 % steigen wird. Den Großteil an weltweiten Patenten halten schon heute Unternehmen aus den OECD-Staaten. Die Patentierung genetischer Ressourcen im engeren Sinne ist seit den 1980er Jahren möglich, hat aber erst in den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen. Ein starker Patentschutz erhöht die Preise für Medikamente und Saatgut und hat negative Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung (Stichwort: AIDS-Generika) und die Ernährungssouveränität (Stichworte: Wiederaussaatverbot, Saatgutlizenzen) in »Entwicklungsländern«.
Patente können allerdings erst zu einem Herrschaftsinstrument werden, wenn sie international anerkannt sind. Viele Länder, vor allem des Südens, hatten lange überhaupt keine Patentsysteme. Zur Absicherung von Ansprüchen auf »geistiges Eigentum« mussten deswegen internationale Verträge geschaffen werden, die die Rechts- und Planungssicherheit für transnationale Konzerne gewähren sollten, um die Kommodifizierung von genetischen Ressourcen international zu regulieren. Dies hat zum Aufbau verschiedener internationaler Regelungssysteme in Form von Abkommen und Institutionen geführt.

INTERNATIONALE ABKOMMEN UND REGIME

Das TRIPs-Abkommen der WTO[1] regelt die handelsbezogenen Aspekte der »geistigen Eigentumsrechte«. Es soll zur Vereinheitlichung der Patentsysteme und zu einheitlichen Regeln für alle Mitgliedstaaten führen. Alle Mitgliedsstaaten sind verpflichtet für Mikroorganismen Patentsysteme anzunehmen. Außerdem müssen sie für pflanzliche Arten Patentschutz oder ein sogenanntes »effektives« Sui Generis-Systemen bereitstellen, das heißt im nationalen Rahmen rechtliche und institutionelle

1949 INDONESIEN wird unabhängig **1949 SÜDAFRIKA** »Prohibition of Mixed Marriages Act«: Ehen zwischen Weißen und Schwarzen werden illegal, wer »farbig« ist, wird vom Standesbeamten bestimmt **1950 SÜDAFRIKA** »Population Registration Act«: Jeder muss seine »Rassenzugehörigkeit« registrieren lassen. Der »Group Areas Act« sieht besondere Wohngebiete für jede »Rasse« und entsprechende Umsiedlungen vor **1951 LIBYEN** wird unabhängig **1951 CHINA** Schickt Truppen in den Koreakrieg **1952 AFRIKA** Föderation Eritreas mit Libyen **1952 SÜDAFRIKA** Neufassung und Verschärfung der Bestimmungen über die Prügelstrafe **GUATEMALA** Präsident Arbenz ordnet eine Landreform an, was zur Intervention der USA und seinem Sturz führt **1953 KOREA** Ende des Koreakrieges **1953 SUDAN** Anglo-ägyptischer Vertrag über die Unabhängigkeit **SÜDAFRIKA** Den Schwarzen werden Streiks und alle Formen des Protests verboten. Der »Bantu Education Act« überträgt das Erziehungswesen der AfrikanerInnen dem »Ministerium für Eingeborenen-Angelegenheiten« **1954 VIETNAM** Schlacht von Dien Bien Phu. Das Genfer Abkommen beendet den Indochinakrieg und teilt Vietnam **ALGERIEN** Beginn des Unabhängigkeitskriegs gegen Frankreich **1955 MAROKKO** wird unabhängig **BANDUNG-KONFERENZ** der blockfreien Staaten **SÜDAFRIKA** Der Innenminister bekommt Vollmacht, Pässe zu verweigern oder einzuziehen **1956 SUDAN** wird unabhängig **ÄGYPTEN** Suez-Krieg Englands, Frankreichs und Israels

Schutzmechanismen zur Überwachung und Einhaltung der Standards implementieren. Das TRIPs-Abkommen muss innerhalb bestimmter Fristen in nationales Recht umgesetzt werden. Die Konvention über die Biologische Vielfalt (Convention on biological diversity, CBD) wurde 1992 in Rio de Janeiro auf dem »Umwelt«-Gipfel der Vereinten Nationen unterzeichnet. Heute sind 187 Staaten Vertragsparteien dieser völkerrechtlich bindenden Konvention. Sie soll den Verlust von biologischer Vielfalt stoppen. Die drei Hauptziele der CBD sind es, den Erhalt der biologischen Vielfalt zu verbinden mit deren »nachhaltiger Nutzung« sowie einer »ausgewogenen und gerechten Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile« (Zugang und Vorteilsausgleich, Access and Benefit Sharing). Die Konvention ist kein reines Umweltschutzabkommen, sondern auch an Marktmechanismen orientiert. Sie soll die wirtschaftliche Nutzung von und den Zugang zu genetischen Ressourcen regeln. Die Idee der Konvention ist die Schaffung von Anreizen für eine In-Wert-Setzung der biologischen Ressourcen in Hinblick auf ihre gestiegene Bedeutung durch die rasanten Fortschritte in der Bio- und Gentechnologie. Sie wird auf den jährlich stattfindenden »Konferenzen der Vertragsstaaten« (COP) weiterentwickelt.

WIDERSPRÜCHE DER VERREGELUNG

Die unterschiedlichen Bestimmungen in diesen wesentlichen Regelungswerken stehen teilweise in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander. Dies führt immer wieder zu Spannungen bei der Weiterentwicklung und nationalen Umsetzung der Abkommen. In der Konkurrenz der politischen Regulierungssysteme sind die Versuche dominanter Akteure (Industrieländer und TNCs) unübersehbar, das TRIPS-Abkommen im WTO-System zur bestimmenden und verbindlichen Institution zu machen. Denn mit dem Streitbeilegungsverfahren (Dispute Settlement Understanding) verfügt die WTO als einzige weltweite internationale Organisation über eines der mächtigsten Instrumente zur Durchsetzung von internationalem Recht. Dies ist vor allem in Verbindung mit der TRIPs-Öffnungsklausel von Bedeutung.[2]

Während das TRIPs-Abkommen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit zustande gekommen ist, ist die CBD durch eine breitere Diskussion entstanden. Hier sind die Interessen der südlichen Regierungen stärker eingeflossen, als dies bei den TRIPs- beziehungsweise den WTO-Verhandlungen insgesamt der Fall gewesen ist. Im Gegensatz zum TRIPs-Abkommen, welches von den meisten »Entwicklungsländern« und NGOs abgelehnt oder zumindest stark kritisiert wird, beziehen sich viele positiv auf die CBD.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Die zuletzt offensivere Artikulation der Interessen von NGOs, indigenen Organisationen und Regierungen der Megadiversitätsländer (wie in der »Gruppe der Megadiversen«[3]) hat zu einer Infragestellung des hegemonialen Konsenses und einer Verschiebung der Problemwahrnehmung im Konflikt um genetische Ressourcen geführt und die Bandbreite der politisch verhandelbaren Fragen erweitert. Neben der Rechtssicherheit von transnationalen *Life-Science*-Unternehmen werden nun Themen wie Herkunftsbestimmungssysteme,[4] traditionelles Wissen und Vorteilsausgleich stärker politisiert und artikuliert. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Umsetzung des TRIPs-Abkommens: Den dominanten Akteuren gelingt es nicht, diesen auf Implementationsfragen zu beschränken. Gleichzeitig wird auf andere institutionelle Terrains ausgewichen: Die Interessen der »Megadiversen« finden sich stärker in der *Doha Deklaration der WTO zu TRIPs und öffentlicher Gesundheit,* womit sich eine etwas »entwicklungsländerfreundlichere« Interpretation des TRIPs-Abkommens durchgesetzt hat. Unter bestimmten Bedingungen dürfen die einzelnen Länder Zwangslizenzen für Medikamente verhängen. Oder auch im Einbezug der *Farmers' Rights*[5] als ein (schwaches) Gegengewicht zu geistigen Eigentumsrechten in den Saatgutvertrag der FAO,[6] der 2001 nach siebenjähriger Verhandlungszeit verabschiedet wurde. Andererseits wird von den OECD-Ländern versucht, über bilaterale und (regio-) bilaterale Verträge wie etwa dem EU-Mercosur- oder dem FTAA-Abkommen[7 und 8] so genannte TRIPS-Plus-Standards, das heißt noch stärkere geistige Eigentumsrechte als im TRIPs-Abkommen vereinbart, durchzusetzen.

WIDERSTAND, KLEINE ERFOLGE & PARADIGMENWECHSEL

Der Widerstand gegen Biopiraterie und Biopatentierung ist vielfältig, und auch die Interessenlagen sind sehr heterogen. Die Konfliktlinien verlaufen etwa zwischen den Regierungen der Multidiversitätsländer, NGOs, (Klein-)BäuerInnenorganisationen und Netzwerken indigener Gemeinschaften – aber auch quer dazu: Während ein Teil der Akteure für eine »angemessenen« Entschädigung für ihre Zuchtleistungen oder traditionellen Kenntnisse über Heilwirkungen von Pflanzen kämpfen, wehren sich andere gegen die kapitalistische In-Wert-Setzung und Privatisierung der Natur und verweigern sich der Kommodifizierung ihres traditionellen Wissen. Auch die Widerstandsformen sind vielseitig: Mit Kampagnen und Klagen gegen bestimmte Biopatente wurde die Rücknahme einiger Patente erreicht. Solche Erfolge waren etwa im Vorgehen zivilgesellschaftlicher Akteure gegen den Neembaum oder die Cupuaçu-Frucht zu verzeichnen. ‹›

1957 GHANA wird unabhängig **MALAYA** wird unabhängig **SÜDAFRIKA** Der »Immorality Act« setzt die Höchststrafe für Geschlechtsverkehr zwischen Angehörigen verschiedener »Rassen« auf sieben Jahre Gefängnis fest; Der » Native Laws Amendment Act« ermöglicht dem »Ministerium für Eingeborenen-Angelegenheiten« »gemischte« Gottesdienste zu verbieten **TUNESIEN** wird Republik **1958 SINGAPUR** wird unabhängig **GUINEA** De Gaulles Referendum über die Union Francais: Unabhängigkeit **KUBA** Revolution geführt von Fidel Castro **1959 SÜDAFRIKA** Getrennte Universitäten für die Schwarze, Weiße und Inder **1960 AFRIKA** Die meisten Kolonien in Afrika werden unabhängig, vorher unter der Herrschaft Großbritanniens, Frankreich oder Belgiens: Kongo, Togo, Madagaskar, Somalia, Zentralaftikanische Republik, Tschad, Gabun, Dahomey, Niger, Obervolta, Elfenbeinküste, Senegal, Mali, Nigeria, Mauretanien, Kamerun **SÜDAFRIKA** verlässt den Commonwelth **1961 TANGANJIKA** wird unabhängig **SIERRA LEONE** wird unabhängig **1962 AFRIKA** Algerien, West-Samoa, Ruanda, Burundi, Jamaika, Trinidad-Tobago, Uganda werden unabhängig **1963 SAUDI-ARABIEN** schafft die Sklaverei ab **MALAYSIA** Gründung Malaysias mit Nordboneo, Brunei, und Sarawak **KENIA UND SANSIBAR** werden unabhängig **SÜDAFRIKA** Der »Bantu Laws Amendment Act« beseitigt alle Wohnrechte der Afrikaner in den »weißen« Gebieten. Rund sieben Millionen Afrikaner werden durch den Verlust ihres

Anmerkungen **1** Dem TRIPs-Abkommen (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) wurde 1994 als WTO-Komplett-Paket zugestimmt. Den armen Ländern wurde ein Zeitraum von 4-10 Jahren zur Umsetzung gewährt, für die »am wenigsten entwickelten Länder« (Least Developed Countries, LDC) gilt eine Umsetzungsfrist bis 2016. **2** Die Öffnungsklausel des TRIPs-Abkommens besteht in der Verbindung mit bilateralen Abkommen, in denen weitergehende Regelungen getroffen werden, die nach dem Meistbegünstigungsprinzip dann auch allen anderen Vertragspartner gewährt werden müssen. Dies führt zu einem »Hochschrauben« der Regelungen im multilateralen Regelungswerk. **3** Im Februar 2002 hat sich die *Gruppe der megadiversen Länder* gebildet, die zusammen über 70% der globalen Biodiversität beherbergen. Ihr gehören heute Bolivien, Brasilien, China, Costa Rica, Ecuador, Indien, Indonesien, Kenia, Kolumbien, Malaysia, Mexiko, Peru, die Philippinen, Südafrika und Venezuela an. Ihnen gelang es auf dem UN-Erdgipfel in Johannesburg 2002 Verhandlungen für ein internationales Regime zum Vorteilsausgleich anzustoßen. **4** Herkunftsbestimmungssysteme (Prior Informed Consent, PIC) umfassen Bestimmungen zur Offenlegung der Herkunft genetischer Ressourcen **5** Die *Farmers' Rights* sind eine von BäuerInnennngemeinschaften aufgestellte Deklaration ohne völkerrechtlichen Status. Sie sollen ein Gegengewicht zu den geistigen Eigentumsrechten und dem Sortenschutz darstellen. Durch die *Farmers' Rights* soll den BäuerInnen das Recht zugebilligt werden, gekauftes Saatgut aufzubewahren, nachzubauen, auszutauschen und weiterzüchten zu dürfen. **6** Beim Internationalen Saatgutvertrag der FAO (Food and Agriculture Organization – eine Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Rom, International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, IT) handelt sich um ein bisher völkerrechtlich unverbindliches Vertragswerk, dessen zugrunde liegende Idee die Sicherung der weltweit wichtigsten Kultursorten ist. Vorläufer ist das International Undertaking (IU) von 1983. Ein Multilaterales System soll eine Auswahl von zum »gemeinsamen Erbe der Menschheit« deklarierten Kultursorten, die für die Welternährung eine wichtige Rolle spielen (zur Zeit umfasst das MS 35 Nahrungs- und 29 Futtermittelpflanzenarten) vor Patenten schützen und frei zugänglich sein. **7** Seit 1995 besteht zwischen dem MERCOSUR (Mercado Común del Sur, Gemeinsamer Markt des Südens) und der EU ein Assoziationsabkommen. Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen scheiterten Ende 2004 an der Weigerung der Europäer, Zugeständnisse im Bereich Landwirtschaft zu machen und der Ablehnung der Mercosur-Länder weitere Marktliberalisierungen vorzunehmen. **8** Free Trade Area of the Americas (FTAA) soll als gesamtamerikanische Freihandelszone 34 Staaten Nord-, Süd- und Mittelamerikas sowie der Karibik (ohne Kuba) umfassen und einen »Gemeinsamen Markt von Alaska bis Feuerland« schaffen.

LITERATUR **Nichtregierungsorganisationen,** Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt. Ulrich Brand, Westfälisches Dampfboot, Münster 2000 **Das grüne Gold der Gene.** Globale Konflikte und Biopiraterie. Joscha Wullweber, Westfälisches Dampfboot, Münster 2004 **Patented New World?** Geistiges Eigentum versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL, Materialsammlung anlässlich der gleichnamigen FDCL-Konferenz im Mai 2005, Bestelladresse: archiv@fdcl.org

BIOPIRATERIE KONKRET: DER NEEMBAUM IN INDIEN

Aus dem Öl des Neembaumsamens in Indien wird schon seit Jahrhunderten ein Pilzschutzmittel gewonnen. Die US-Agro-Firma W. R. Grace und das US-Agrarministerium haben darauf 1994 ein Patent angemeldet. UmweltschützerInnen und VertreterInnen des biologischen Landbaus klagten dagegen beim Europäischen Patentamt. Sie konnten nachweisen, dass dieses Patent weder auf einer Erfindung noch auf einer Neuentdeckung basiert, sondern ein Plagiat des lokalen Wissens darstellt. Das Patent wurde im Mai 2000 revidiert. Die Firma hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, so dass das Patent weiterhin gültig ist.

www.biopiraterie.de/orgalinks/biopiraterief aelle/neem.php

BIOPIRATERIE KONKRET: NACHBAUGEBÜHREN FÜR SAATGUT

Nachbau – die Aussaat eines Teils der Ernte vom Vorjahr – hat Tradition in der Landwirtschaft. Jahrhunderte lang züchteten BäuerInnen auf diese Weise neue Getreide- oder Kartoffelsorten, die den jeweiligen Standortbedingungen angepasst waren. Heute wird fast die gesamte Züchtung von der Pflanzenzucht-Industrie übernommen. Die BäuerInnen müssen beim jährlichen Saatgutkauf Lizenzgebühren an die Industrie entrichten. Zugleich unterliegen immer mehr Pflanzen dem Patentschutz. Die BäuerInnen zahlen doppelt: Beim Kauf des Saatgutes und bei der Wiederaussaat der eigenen Ernte.

www.biopiraterie.de/orgalinks/nachbau/nachbau.php

DER HOODIA-KAKTUS IM SÜDLICHEN AFRIKA

Der Hoodia-Kaktus hat eine Hunger stillende Wirkung und wird schon seit Generation von den San, einer indigenen Gemeinschaft im südlichen Afrika genutzt. Eine englische Firma erwarb für den isolierten Wirkstoff die Weltlizenz und verkaufte die amerikanischen Rechte für 21 Millionen US-Dollar an den Pharma-Multi Pfizer, der daraus eine Schlankheitspille entwickeln wollte. Die San gingen leer aus und klagten auf Entschädigung. Nach Protesten wurde ein Übereinkommen getroffen, dass sie als TrägerInnen traditionellen Wissens anerkennt und den ForscherInnen das Recht zuspricht, ihre Forschungsergebnisse über »Geistige Eigentumsrechte« zu schützen.

www.biopiraterie.de/orgalinks/biopiraterief aelle/hoodia.php

STREIT UM DIE CUPUAÇU-FRUCHT

Aus dem Fruchtfleisch der Cupuaçu-Frucht machen brasilianische KleinbäuerInnen Süßigkeiten und Marmeladen. Die japanische Firma Asahi hatte 2000 den Namen der Pflanze in Europa als Marke eintragen lassen und ließ Strafen androhen: Cupuaçu-Marmelade durfte nicht als »Cupuaçu«-Marmelade vertrieben werden. Asahi hatte auf die Herstellung von Cupulate, einer Art »Schokolade« aus der Cupuaçu-Frucht, ein Patent beim Europäischen Patentamt beantragt. Eine Kampagne mit dem Slogan »Cupuaçu gehört uns allen« war erfolgreich: Das japanische Patentamt lehnte das Patent ab, und das Europäische Patentamt erklärte nach Fristabläufen den Patentantrag im Juni 2005 für ungültig. Auch die eingetragene Marke kippte nach einem Löschungsantrag aus Brasilien. Anfang 2005 wurde die Markeneintragung beim Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt der EU im Juni 2005 endgültig gelöscht: »Cupuaçu« ist wieder frei benutzbar.

www.biopiraterie.de/orgalinks/cupuacu/cupuacu_erfolgreich.php

Wohnsitzes zu »Wander-Arbeitern« **1964 NYASSALANDS** wird unabhängig als Malawi **NORD-RHODESIEN** wird unabhängig als Sambia **1965 DOMINIKANISCHE REPUBLIK** US-Intervention **1966 ERSTE SOLIDARITÄTSKONFERENZ** von Delegierten Nationaler Befreiungsbewegungen und Regierungen aus 82 Ländern **1974 ANGOLA, MOSAMBIK, GUINEA-BISSAU, KAP VERDEN** Nach schweren Kämpfen erlangten die Kolonien ihre Unabhängigkeit gegenüber Portugal, das sich gerade selber in der Revolution befindet **1991 UDSSR** Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklären sich Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan, Usbekistan, Armenien und Kasachstan unabhängig; die Unabhängigkeit Lettlands, Estlands und Litauens wird anerkannt

... FORTSETZUNG FOLGT

(POST-)KOLONIALE MONUMENTE
DENKMALINITIATIVEN ERINNERN AN DIE IMPERIALE ÜBERSEE-EXPANSION DEUTSCHLANDS

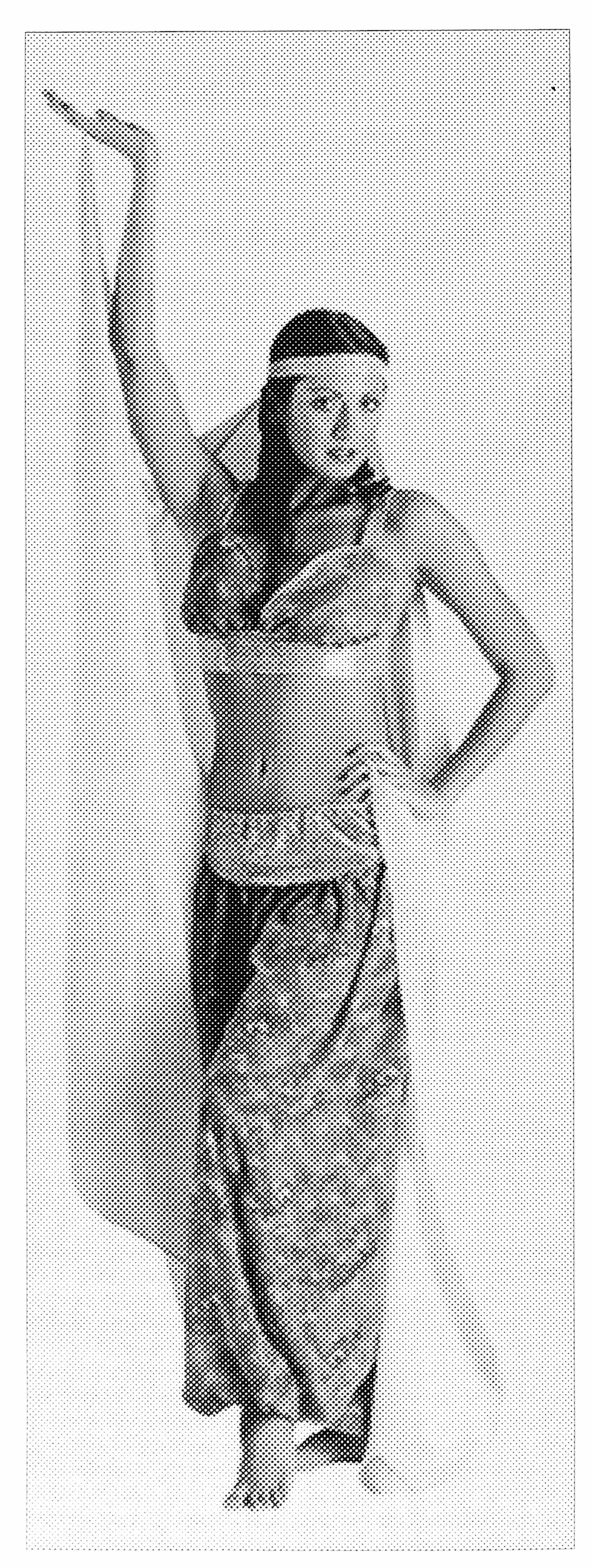
JOACHIM ZELLER

Ende September vergangenen Jahres staunten die Hamburger nicht schlecht, als auf der Überseebrücke am Hafen ein alter Bekannter wieder auftauchte, der seit mehr als dreieinhalb Jahrzehnten im Depot eingelagert war: Die bronzene Gestalt von Hermann von Wissmann (1853 bis 1905). In Herrenpose thront der Kolonialoffizier hoch oben auf seinem Sockel, als Assistenzfigur huldigt ihm ein »treuer Askari«. Die Künstlerin Jokinen hatte lange mit den Behörden Hamburgs ringen müssen, um die Herausgabe des kolonialen Denkmalensembles durchzusetzen, das nun für vierzehn Monate der Öffentlichkeit zugänglich sein wird. Das im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Vom Togokai zum Tanzaniapark – Hamburg postkolonial« (www.hamburg-postkolonial.de) angesiedelte Projekt zielt keineswegs darauf ab, Wissmann, den Afrikareisenden und einstmaligen Gouverneur von Deutsch-Ostafrika (heute Tanzania), wieder zu neuen Ehren kommen zu lassen. Vielmehr intendiert die Künstlerin einen »Nachdenkmal-Raum«, der medial verbunden ist mit dem Webforum »www.afrika-hamburg.de«. Das Portal lädt zu einer kritischen Debatte über die bis heute weitgehend marginalisierte deutsche Kolonialgeschichte und ihre Folgen ein. Dies beinhalteet die Aufforderung, Einfluss auf den Symbolgehalt des Denkmals zu nehmen, wie auch über dessen zukünftige Nutzung abgestimmt werden kann. Das Hamburger Beispiel ist gegenwärtig sicherlich das interessanteste Projekt, bei dem das Medium Denkmal zur Schaffung eines gleichsam postkolonialen Erinnerungsraumes zum Einsatz kommt.

HAMBURGER DENKMALSTURZ

Mit ihrem partizipativen Konzept geht Jokinen einen originellen Weg im Umgang mit solcherart überkommenen Symbolen. Neu ist zudem die Transformierung eines Denkmals zu seinem eigenen Gegendenkmal, ein Monument, das eine lange, ja geradezu skurril anmutende Geschichte hinter sich hat. 1909 in Daressalam/Deutsch-Ostafrika errichtet und im Ersten Weltkrieg von den Engländern demontiert, stand es seit 1922 vor der Universität in Hamburg, wo es bis zum Zweiten Weltkrieg als Kulisse für zahlreiche Gedenkfeiern der kolonialrevisionistischen Bewegung diente. 1968 schließlich rissen Studenten das Abbild Wissmanns bei einer »antiimperialistischen Aktion« vom Sockel. Noch immer zeugen rote Farbe und ein angesägter Fuß an der bronzenen Wissmann-Figur vom damaligen Denkmalsturz, der sogar Eingang in die Literaturgeschichte fand: »Hauruck. Wißmann wackelte. Beim zweiten Hauruck kippte er kopfüber vom Sockel. Sein Tropenhelm bohrte sich in den braunen Rasen. Alle klatschten, schrien und liefen durcheinander. Der Askari blickte in einen Himmel, der jetzt von Wißmann befreit war«, so die Schilderung der Ereignisse durch Uwe Timm in seinem 1974 erschienenen Roman »Heißer Sommer«.

Das Aufstellen von kommentierenden Gedenktafeln – das seit den 1980er Jahren übliche Verfahren im Umgang mit umstrittenen Monumenten – wählte man in anderen deutschen Städten. Von Dritte-Welt-Gruppen der Evangelischen Kirche im Rheinland initiiert, wurde in Düsseldorf Mitte Oktober 2004 das auf dem Frankenplatz stehende, aus dem Jahr 1909 stammende Kolonialkriegerdenkmal durch eine Texttafel ergänzt. Gewidmet ist sie einer bisher nicht gewürdigten Opfergruppe, den »Menschen Namibias, die während des Kolonialkrieges 1904 bis 1907 in »Deutsch-Südwestafrika« dem Völkermord durch deutsche Truppen zum Opfer gefallen sind«. Mit ihrer – über eine allgemein bleibende Opferrhetorik hinausgehende – Formulierung ist die Düsseldorfer Gedenktafel bundesweit die erste, auf der der Begriff »Völkermord« im Zusammenhang mit dem sich zum hundertsten Mal jährenden Kolonialkrieg auftaucht. Eine ähnliche Initiative in Münster war in den 1980er Jahren gescheitert. Dort hatte man seitens der Stadtverwaltung das – fragwürdige – Argument vorgebracht, der Völkermord-Begriff solle nicht inflationär gebraucht werden, außerdem könnten sich dem Betrachter unzulässige Analogien zur Vernichtungspraxis der Nationalsozialisten aufdrängen. Davon abgesehen, stolpert der



Leser der Düsseldorfer Inschriftentafel über folgende Passage: »Es ist uns Mahnung, für die Würde aller Menschen, Völker und Rassen einzutreten.« Dass der »Rasse«-Begriff schon seit langem obsolet ist, müsste sich herumgesprochen haben und weiß man auch im Kreis der Initiatoren. Nur fiel leider der Patzer zu spät auf. Wie zu hören ist, wird über eine entsprechende Änderung nachgedacht.

LÜCKE IM GEDÄCHTNISRAUM

Die provisorische Gedenktafel, die im August 2004 durch den Trägerkreis »Erinnern – Deutsche Kolonialgeschichte aufarbeiten« am so genannten Afrika-Stein auf dem Berliner Garnisonsfriedhof zur Aufstellung kam, überdauerte nur wenige Tage, bis Unbekannte sie entwendeten. Hier zeigt sich, welche handgreiflichen Formen die geschichtspolitischen Deutungskämpfe noch immer annehmen können. Die Tafel mit ihrer Inschrift »Zum Gedenken an die Opfer des deutschen Völkermordes in Namibia 1904 bis 1908« tradiert ein kritisches Geschichtsbild, das aber ganz offensichtlich nicht von allen geteilt wird.

Konsens gab es auch in Braunschweig nicht, wo das »Bündnis für den Frieden« am Volkstrauertag das in den 1920er Jahren errichtete Kolonialdenkmal im Prinzenpark zu einem »Anti-Kolonial-Denk-Mal« umwidmen wollte, um die Opfer der deutschen Kolonialherrschaft zu ehren (www.friedensbuendnis-bs.de). Die Informationstafel war nach kurzer Zeit wieder verschwunden; eine Unterstützung aus dem Braunschweiger Rathaus blieb dem Anliegen versagt.

Eine Lücke im öffentlichen Gedächtnisraum galt es wiederum in Berlin zu schließen. Angeregt von dem aus Togo stammenden Grünen-Politiker und Vorstandsvorsitzenden des Afrika-Forum, Victor Dzidzonou, wurde Mitte November 2004 eine rund drei Meter hohe Gedenkstele enthüllt, die an die Westafrika-Konferenz von 1884/85 erinnert (am 26. Februar 2005 wurde die zunächst provisorische durch die endgültige Fassung der Stele ersetzt und der Öffentlichkeit übergeben). Sie steht in der Wilhelmstraße an der Stelle, wo sich einst das Reichskanzlerpalais befand. Vor 120 Jahren hatte Bismarck hier die erste Sitzung der »Kongo-Konferenz« eröffnet, auf der die Vertreter der Kolonialmächte die Aufteilung Afrikas verhandelten. Die Konferenz gilt heute als ein Menetekel für die Fremdbestimmung und Ausbeutung des afrikanischen Kontinents. Die längst überfällige Stele ist das erste koloniale Mahnmal in der historisch-politischen Topographie der deutschen Hauptstadt, wo 2004 mit der »Black Atlantic«-Reihe und der »Anticolonial Africa Conference« auch zwei wichtige Diskussionsveranstaltungen abgehalten wurden.

Die hier vorgestellten Denkmal(projekt)e wollen alles andere als Weihestätten sein. Durchaus konfliktorientiert angelegt, sind es im besten Fall »Steine des Anstoßes«, um die Öffentlichkeit und ihr von kolonialhistorischer Indifferenz geprägtes Bewusstsein aufzurütteln. Nicht zuletzt treten die Initiatoren der immer noch weitverbreiteten Vorstellung entgegen, Deutschland sei eine »unbelastete Kolonialmacht« und die kolonial-imperialistische Tradition eine quantité négligeable. Und wenn zutrifft, was der Historiker Charles Maier kürzlich anmerkte, dass im Kontext einer globalisierten Weltordnung die Geschichte des Kolonialismus sich als Meistererzählung durchsetzen und andere, in Konkurrenz dazu stehende Erzählungen der Moderne – etwa die des Fortschritts oder die des Holocaust – ablösen könnte, dann erscheinen die Denkmalinitiativen, und seien es auch nur Einzelaktionen mit lokaler Wirkung, in einem neuen Licht. ‹›

ANMERKUNGEN Der Artikel erschien in ähnlicher Form erstmals in den iz3w-Themenheften 275 und 276 zum deutschen Kolonialismus im Jahr 2004.

VERTEIDIGUNG DES MATERIALISMUS
ZUR KRITIK EINER AFROZENTRISCHEN ONTOLOGIE

CHRISTOPHER J. WILLIAMS

DER FOLGENDE TEXT STELLT EINE KURZE ZUSAMMENFASSUNG DES ARTIKELS »IN DEFENCE OF MATERIALISM: A CRITIQUE OF AFROCENTRIC ONTOLOGY« VON CHRISTOPHER J. WILLIAMS DAR, ERSCHIENEN IN RACE AND CLASS, JULI 2005 (HERAUSGEGEBEN VOM LONDONER INSTITUTE FOR RACE RELATIONS). DIE VOLLSTÄNDIGE FASSUNG DES TEXTES, INS DEUTSCHE ÜBERSETZT VON GEORG ROHDE, FINDET SICH AUF HTTP://WWW.ZAG-BERLIN.DE

In »Verteidigung des Materialismus: Zur Kritik einer afrozentrischen Ontologie«, diskutiert Christopher Williams, ob der Afrozentrismus mit all seinen inneren Widersprüchen neben einer kulturellen und intellektuellen Bewegung auch eine radikale Praxis darstellen kann. Er kommt zu dem Schluss, dass afrozentrische TheoretikerInnen aufgrund ihrer Ablehnung materialistischen Denkens und der Schwerpunktsetzung auf diskursive und kulturelle Kämpfe ihr Potential, zu einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung beizutragen, erheblich verringern.

WAS IST AFROZENTRISMUS?

»Afrozentrismus geht davon aus, dass die meist unbewusste Übernahme einer westlichen Sicht der Welt und des daraus folgenden Koordinatensystems unser Hauptproblem als afrikanische Menschen ist.« (Ama Mazama)

Afrozentrismus, seit Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts eine systematische wissenschaftliche Richtung, ist nicht als eine Art umgekehrter Eurozentrismus zu verstehen, sondern will den Eurozentrismus der herrschenden Wissenschaften aufdecken und ihm etwas entgegensetzen. Afrozentrische TheoretikerInnen stellen die Interessen von Menschen afrikanischer Abstammung ins Zentrum ihrer gesellschaftswissenschaftlichen Analyse. Daraus sind eine Vielzahl von Studien in den Literatur- und Geschichtswissenschaften, in Geographie und den Medienwissenschaften sowie der Psychologie entstanden. Diese Untersuchungen greifen die als unverrückbare Wahrheiten dargestellten (und oft genug rassistischen) Annahmen an, die dem wissenschaftlichen Mainstream zu Grunde liegen. Auch der Marxismus entgeht der afrozentrischen Kritik nicht. Er wird als eurozentristische, ökonomistische Theorie abgelehnt, die keine Erklärungskraft hat, wenn sie auf die Erfahrungen afrikanischer Menschen angewandt wird. Williams gesteht dieser Kritik zwar einen wahren Kern zu, allerdings verallgemeinert sie seiner Meinung nach zu sehr und abstrahiert von den unterschiedlichen marxistischen Strömungen. Er hält sie vor allem bei »Vulgärmarxismen« für zutreffend, geht aber davon aus, dass das materialistische Kind nicht mit dem marxistischen Bade ausgeschüttet werden darf. Gerade weil der Afrozentrismus mehr sein will als eine intellektuelle Bewegung, nämlich eine revolutionäre Praxis, die sich gegen alle Arten von Herrschaftsverhältnissen wendet, sei es Rassismus, das Klassenverhältnis oder das Patriarchat, ist die Ablehnung einer materialistischen Gesellschaftskritik ein Widerspruch, der gravierende Auswirkungen hat.

KRITIK AM RASSISMUS OHNE MATERIALISMUS?

Williams geht davon aus, dass die gänzliche Ablehnung materialistischer Denkweisen dazu führt, dass weder eine umfassende und differenzierte Betrachtung des Rassismus geleistet werden kann, noch das komplexe Zusammenspiel von ökonomischer Struktur, Kultur und Bewusstsein hinreichend erfasst wird. Durch die Überbetonung des individuellen Bewusstseins gegenüber gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnissen, wie sie Williams im Afrozentrismus sieht, geht seiner Meinung nach die Erklärungskraft ursprünglich materialistischer Konzepte verloren. Dies wird am Beispiel des Konzeptes der Lebenschancen erläutert. Der Begriff Lebenschancen, ursprünglich von Max

Weber eingeführt, beschreibt die durch die sozialen Lebensbedingungen bestimmten Möglichkeiten zur individuellen Entwicklung sowie zur Verwirklichung von Talenten, Wünschen und Hoffnungen. Polemisch schlussfolgert Williams: »Wenn die Lebenschancen der AfroamerikanerInnen in den nächsten zwei Jahrzehnten rapide absinken, dann liegt das an einem wahrscheinlich unerklärlichen Niedergang ihres Bewusstseins statt an, sagen wir mal, der Verschärfung struktureller Benachteiligung.« Oder »wenn das Sein tatsächlich vom Bewusstsein bestimmt wird, wie plausibel ist es dann noch, zu behaupten, dass die skandalös hohe afroamerikanische Säuglingssterblichkeit am institutionellen Rassismus liegt?«

Darüber hinaus führt Willliams zufolge die afrozentrische Tendenz, strukturanalytisches Denken abzuwerten und Rassismus als ein monolithisches und autonomes Phänomen darzustellen, dazu, dass ökonomische Systeme letztlich ununterscheidbar werden. Das heißt, wenn Rassismus zwar die ökonomischen Verhältnisse beeinflusst und strukturiert, jedoch selbst von ihnen nicht beeinflusst wird, wäre eine genaue Analyse und Kritik kapitalistischer Gesellschaften für eine Kritik des Rassismus wenig relevant. Gerade im Hinblick auf institutionellen Rassismus und seine unterschiedlichen Ausprägungen und Auswirkungen hält Williams diesen Versuch, »erstens Rassismus und Struktur voneinander zu trennen und zweitens Rassismus als den wichtigeren Faktor zu definieren« für problematisch. Er geht davon aus, dass sich der Grad des Rassismus nicht nur in den zwei Werten 0 (nicht-rassistische Gesellschaft) und 100 (hochgradig rassistische Gesellschaft) messen lässt, sondern es auch dazwischen Abstufungen gib, die mit den ökonomischen Bedingungen zusammenhängen und wiederum konkrete Folgen für die Lebenschancen von Menschen haben. Diese werden zudem durch den Faktor »Klasse« bestimmt, so (be)treffen beispielsweise ökonomische Veränderungen nicht alle AfroamerikanerInnen gleichermaßen. Ein bestimmtes ökonomisches System kann also zwar sicher nicht den Rassismus automatisch zum Verschwinden bringen, aber Ausprägung und Auswirkung von Rassismus kann sich je nach System gravierend unterscheiden und um das zu analysieren ist es notwendig, strukturelle Voraussetzungen in den Blick zu nehmen und zu kritisieren. »Durch ihre Diagnose, dass Kapitalismus auch nicht schlechter sei als alternative Systeme und daher keine spezielle Kritik verdiene, stehen sich afrozentrische KritikerInnen selbst im Weg, wenn es darum geht, die vielfältigen Dimensionen von Rassismus in den USA und anderen Teilen der Welt umfassend zu untersuchen.« (Williams)

KULTUR ALS DETERMINIERENDE STRUKTUR?

»Afrozentrisches Denken und afrozentrische Praxis zeichnen sich dadurch aus, dass sie das Primat der Kultur für die Lebensumstände der Menschen betonen; dass sie sich damit beschäftigen, ob sich Politik und Wirtschaft auf Kultur zurückführen lassen; dass sie rassistische Unterdrückung als kulturelle Dominanz interpretieren; dass sie Strategien für eine kulturelle Befreiung suchen. Es ist keine Übertreibung, dass Afrozentrismus ein kulturelles Pardigma ist, in dem Sinne, dass Kultur als determinierende Struktur angesehen wird, auf der andere Elemente einer Gesellschaftsstruktur aufbauen.« (Williams)

Kultur erscheint bei den afrozentrischen TheoretikerInnen als der Ursprung und das zentrale Instrument zur Aufrechterhaltung rassistischer Unterdrückungsstrukturen. Diese Annahme führt dazu, dass Rassismus in erster Linie als ideologisches, theoretisches und diskursives Phänomen und nur am Rande als materielle und strukturelle Realität betrachtet wird. Entsprechend dieser Analyse gestalten sich auch die Vorschläge für die politische Praxis. Priorität hat der Kampf um Interpretationsmacht und gegen »kulturelle Fremdbestimmung«. Er beinhaltet die Produktion positiver Bilder von AfroamerikanerInnen und spielt sich vor allem innerhalb der Wissenschaften, der Medien und des Bildungssystems ab. Wenn es um die Kritik der rassistischen Gesellschaft geht, dann steht weniger der institutionelle Rassismus im Vordergrund, als vielmehr die rassistische Persönlichkeit Einzelner. Dementsprechend gilt es, die Psyche von RassistInnen zu analysieren und (sprachliche) Strategien zu entwickeln um diese rassistischen Einstellungen anzugreifen und zu demontieren.

Die Betonung der »kulturellen Krise« und die Fixierung auf die kulturelle Orientierung der AfroamerikanerInnen passt Williams zufolge hervorragend zur neokonservativen Rhetorik. Hier wie dort scheinen sich soziale Probleme letztendlich als kulturelle Probleme zu entpuppen. Er geht so weit zu mutmaßen, dass prominente Rechte vielen Aussagen afrozentrischer TheoretikerInnen sofort zustimmen würden. »Der Afrozentrismus ist kompatibel mit neokonservativen Plattitüden über die kulturelle Pathologie von AfroamerikanerInnen« (Williams).

Für Williams stellt diese Betonung der Kultur einen Widerspruch dar zum materialistischen Glauben, dass Kultur nur unter Betrachtung ihrer materiellen Grundlagen und ihrer Funktionen verstanden werden kann. Rassistische Kultur ist aus dieser Perspektive eher das Produkt von Herrschaftsverhältnissen und ein Mittel zu deren Reproduktion als ihr Ursprung. Eine grundlegende kulturelle Revolution ohne die damit einhergehende Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen ist dieser Überlegung zufolge nicht möglich.

Auch wenn Williams konstatiert, dass das Verhältnis zwischen Struktur und Kultur nicht als einfaches Ursache-Wirkungs-Modell gesehen werden darf, geht er davon aus, dass es sowohl theoretische als auch praktische Vorteile hat, der Kultur einen relativ abhängigen Status zuzuweisen. Das Versprechen des Afrozentrismus eine radikale antirassistische Veränderung herbeizuführen, kann Williams zufolge nicht eingelöst werden, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse unter Einbeziehung materialistischer Kritik als Ganzes anzugreifen. »Kulturkämpfe werden kaum Wirkung zeigen, bis sie gemeinsam mit politischen, ökonomischen, und, wenn notwendig, bewaffneten Kämpfen geführt werden.« (Williams) ◊

ANMERKUNGEN Christopher J. Williams arbeitet am soziologischen Institut der York University, Toronto, Kanada, an seiner Promotion. Er forscht insbesondere zu »race« und Rassismus, kritischer Kriminologie und Polizeiarbeit.



WENN DIE BUNTEN EXOTEN ANDERS ANDERS SIND

ÜBER DEN HEGEMONIALEN CHARAKTER DES TOURISMUS

MARTINA BACKES

DIE SEHNSUCHT NACH DEM VERMEINTLICH AUTHENTISCHEN EINERSEITS UND DIE INSZENIERUNG DES PARADIESES DURCH DIE »FERIENMACHER« ANDERERSEITS WERDEN ALS ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE ERKANNT: DER TOURISMUS IST EINE INDUSTRIE, DIE BEGEHREN PRODUZIERT.

Die vielfältigen Motive des Verreisens wurden oft als Spiegel der Gesellschaft bezeichnet und das Verlangen nach Exotik als Flucht vor den eigenen gesellschaftlichen Miseren gedeutet. Als vorrangiges Reisemotiv bezeichnete Enzensberger Anfang der 60er Jahre die kritische Abkehr von der eigenen Gesellschaft und interpretierte das Reisen als eine Bewegung *weg von...* einer durchnormten Alltagskultur. Später fiel der Blick der Tourismuskritik auf die *hin zu...* Beweggründe. Das Unbehagen mit dem westlichen Rationalismus sei treibendes Moment der touristischen Suche nach Harmonie, Ursprünglichkeit und archaischem Leben. Auch über Grenzerfahrung und Abenteuer – meist als Vergnügen rundum versichert und wieder zurück – wurde in tourismuskritischen Essays Bemerkenswertes geschrieben.
Menschen anderer Länder werden zu Symbolträgern für die eigenen Reisemotive stilisiert. Vorindustrielle Tätigkeiten und folkloristische Settings, aber auch der hybride Style von Hip-Hop-Musikern oder Fahrrad fahrenden Maasai sind beliebte Elemente. Eine ethnisierende Sicht auf die Menschen und ästhetisierende Landschaftsblicke ergänzen sich gegenseitig. Tradierte Vorstellungen und institutionalisierte Formen des Wissens über die Anderen (und das Eigene) prägen das Raster der Wahrnehmung: Die Beschreibungen der Reiseländer sind häufig den Berichten des Entdeckungszeitalters entnommen oder stammen aus Romanen und ethnologischen Dokumentationen, Filmen und Bildbänden, die nach dem Raster »Menschen, Länder, Abenteuer« die Symbolik von fremden Orten und »Völkern« immer neu produzieren. Hito Steyerl sagt, »der Begriff der Rasse ist ohne denjenigen der Reise nicht denkbar«. Erst nachdem die »wahre Wildnis« und »unverdorbene Kultur« durch Forschungs- und Expeditionsreisen als Gegenpol zur Zivilisation und als Objekte der Begierde und Eroberung in einem kolonialen Diskurs konstruiert wurden, kam es zu ihrer touristischen Vermarktung – und damit zur kapitalistischen Verwertung gerade auch jener Landschaften und gesellschaftlichen Lebensweisen, die sich bisher im Rahmen der Modernisierung als unbrauchbar erwiesen. Das touristische Produkt wurde nach dem fordistischen Prinzip der Normung, Montage und Serienfertigung (Enzensberger) aus diskursiv erzeugten Sehenswürdigkeiten und konstruierten Andersartigkeiten hergestellt. Es avancierte mit dem gesetzlich verankerten Recht auf Urlaub und der Bahn als öffentliches Verkehrsmittel zur massenhaft käuflichen Ware.
Das Paradox: Als Gegenbewegung zur Kritik an der Kulturzerstörung durch einen ignoranten »Massentourismus« und auf der Suche nach Alternativen gilt ethnische Vielfalt heute mehr denn je als touristische Ressource, gerade für Alternativangebote. Die Branche verspricht sich von einer Inwertsetzung kultureller Differenzen Wettbewerbsvorteile. Dahinter steht die Idee, lokale Standortbesonderheiten in den globalen Wettbewerb einzubringen, um Marginalisierte am Tourismus teilhaben zu lassen, statt als vermarktbare Kulisse zum Profit der Global Players ausgebeutet zu werden.
Selten beachtet wird in solchen Ansätzen die Tatsache, dass über regionale Wettbewerbe jede lokale Leistung, soziale Netzwerke und natürliche Ressourcen als Produktions- und zugleich Konkurrenzfaktoren in globale Prozesse eingeflochten werden. Statt nach solidarisch ausgerichteten Prinzipien zu handeln, wird ausgewählt, was – gemessen an der globalen Vermarktbarkeit – brauchbar und was unbrauchbar erscheint. Die Förderung dessen, was euphemistisch von den Entwicklungsagenturen, die heute Tourismus als Instrument zur Bekämpfung der Armut

propagieren, als endogene Entwicklungspotenziale bezeichnet wird, ist dann nicht ohne Ausschlussmechanismen denkbar. Die »besonderen Eigenarten der Fremden« werden selektiv touristisch inszeniert, vermarktet oder gar neu erfunden.
Die indische Soziologin Nina Rao etwa beklagt, dass die Kulturzusammen mit der Tourismusindustrie jene »Traditionen« vermarktet und reproduziert, von denen sich viele InderInnen nach langen und bitteren Kämpfen mühevoll befreiten. Der westliche Blick romantisiere gerade dort vormoderne Kultur, wo es eigentlich um ein ganz und gar modernes Phänomen geht: Wenn etwa Frauen grazil Tonkrüge auf dem Kopf tragen oder der Haus- und Feldarbeit nachgehen, so ist dies ein Zeichen von Armut und damit das Ergebnis von Strukturanpassung sowie einer hierarchischen Weltordnung – und eben nicht der Ausdruck von »gewachsenen Traditionen«. Der touristische Blick preist kulturelle Andersartigkeit, wo soziale und ökonomische Verhältnisse Differenzen schaffen.
Offensichtlich bewirkt die ökonomisch motivierte Suche nach Nischenprodukten die Integration randständiger Regionen in die touristische Wertschöpfungskette. Der (post)koloniale Charakter dieser Strategie äußert sich in einem pick-and-mix Verhalten der Veranstalter, aber auch der Reisenden (Reisen à la carte). Schließlich leben Fernreisen von dem Versprechen, Globalisierung erfahrbar zu machen oder die eigene Biographie mit einem kulturellen Mehrwert zu versehen. Dabei existiert die Faszination einer multikulturellen Patchwork-Identität neben dem ständigen Rückbezug auf die westlich aufgeklärte Gesellschaft als kulturellem Referenzsystem. Der Tourismus erscheint als Motor einer globalen Klassengesellschaft von mobilen sich gerne kosmopolitisch verstehenden Reisenden einerseits und verorteten, traditionellen Kulturen andererseits – bewirkt also vermeintlich genau das, was schon der koloniale Blick auf die edlen Wilden und archaischen Barbaren diskursiv erzeugt hat.
Doch verkennt eine solche als self-fulfilling prophecy bezeichnete Interpretation des touristischen Geschehens die Realitäten der touristischen DienstleitsterInnen. Das Leben im Transit, das »Wandern zwischen den Kulturen« und die Welt der Kreolisierung ist nicht einzig die Angelegenheit für sozial Privilegierte, für Globetrotter und aufgeklärte Intellektuelle. Viele der Hotelangestellten, Souvenirverkäufer, Strand- und StraßenhändlerInnen, SexarbeiterInnen und Restaurantbesitzer, Guides und Taxifahrer sind MigrantInnen von transnationaler Herkunft oder leben in kulturellen Mehrfachbezügen.
Hier ist nicht von einem Sonderfall die Rede, als der die senegalesischen Souvenirverkäufer an der italienischen Adriaküste gelten mögen. Auf Kreta arbeiten viele AlbanerInnen, in Tirol über 2.000 MigrantInnen aus Osteuropa, in den Pizzerien in der Schweiz sind Männer und Frauen aus Sri Lanka beschäftigt – meist im (für die TouristInnen unsichtbaren) Backstage-Bereich als WäscherInnen oder Zimmermädchen. Die SexarbeiterInnen in Südthailand kommen in der Mehrzahl aus dem Norden und der angrenzenden Region, viele aus Burma. Offiziell gibt es 80.000 bis 120.000 SexarbeiterInnen in Thailand, nach Schätzungen der ILO sind es allein 80.000 Kinder und zwischen 300.000 und 1,5 Millionen Frauen. Die im Tourismus arbeitenden Nordthailänderinnen transferieren jährlich 300 Millionen Dollar in die ländlichen Herkunftsregionen. Diese Summe übersteigt die jährlichen Aufwendungen der Regierung für ländliche Entwicklungsprogramme, während die flexibilisierte Ökonomie von der migrantischen Arbeitskraft profitiert.
Wenn man über die prekären Arbeitsbedingungen und die fatale Praxis der Illegalisierung einmal hinausdenkt und den Opferblick auf die MigrantInnen verlässt, so wird erkennbar, dass die Taktiken der Migration soziale Räume schaffen, die wiederum neue Erfahrungsfelder eröffnen. Nicht nur das vorgefundene Wirrwarr der Grenzen, sondern auch die selbstgeknüpften Netze der Beziehungen, die neuen Routen und das Auffinden ökonomischer Nischen sind Bestandteil der Migrationsregime. Wege, Praktiken und Strategien formieren sich ständig neu. Sie treten als akteursbestimmte Parameter gegen die kontrollierenden Maßnahmen entlang der Grenzregime auf, gegen Illegalisierung und Überwachung der migrantischen Arbeitskraft – und gegen die diskursive Figur des verorteten, authentischen Ureinwohners. Der Tourismus ist in besonderem Maße ein Feld, das gerade auch durch den Eigensinn der Subjekte und die relative Autonomie und Kreativität der DienstleisterInnen um- oder mitgestaltet wird. MigrantInnen sind nicht nur die Manövriermasse der flexibilisierten Dienstleistungsökonomie.
Doch damit soll die Krisenhaftigkeit der transnationalen Identität und Lebenswelt der meisten migrantischen Arbeitskräfte im Tourismus nicht geleugnet werden. Viele AlbanerInnen müssen ihre Identität leugnen, um nicht nur als Spülkräfte in der Küche am unteren Ende der Hierarchie dauerhaft ausgenutzt zu werden, sondern als ServiererInnen in direktem Kontakt mit den Reisenden ihren Lohn durch ein Taschengeld aufbessern zu können. Andere stellen selbst ihr Privatleben in den Dienst des Tourismus, wenn die vermehrte Nachfrage nach einer interkulturellen Begegnung keine Rückzugsmöglichkeit mehr offen lässt.
Einige junge Männer, in Indonesien als Gigolo, in Gambia als Bumster oder Beach Boy und in Tunesien und Marokko als Faux Guides oer Bezness bezeichnet, verdienen sich bei europäischen Touristinnen ihr Geld als Liebhaber auf Zeit. Hinter dem touristischen Geschäft, das sie scheinbar ohne Skrupel ausüben, verbergen sie ihre Zerrissenheit. Die Doppelmoral zeigt sich erst im Verhältnis zur Familie: mit einer rigiden und repressiven Moral verbieten sie ihren Töchtern und Verlobten, was sie für sich selbst an Freizügigkeit beanspruchen. Viele sind zwischen den Werten der westlichen Konsumgesellschaft und einer islamisch-arabischen Herkunft hin und her gerissen. Aufgrund ihrer vielfältigen und intensiven Beziehungsnetze in den Westen ist ein transnationaler Lebensraum auch ohne territoriale Mobilität ihre dauerhafte soziale Wirklichkeit. Das Leben ist gekennzeichnet von einer ständigen Verweigerung gegenüber dem Prozess des »Sich-passend-Machens«, indem zwischen verschiedenen Identitäten gewechselt wird. Trotz großer Abhängigkeit von der geographischen Heimat haben die Faux Guides viele widersprüchliche Erlebnisse von »Heimat« und Zugehörigkeit. Einige nutzen die touristischen Bekanntschaften, um nach Europa zu kommen.
Trotz der Vielschichtigkeit und Ambivalenz in der Begegnung von so genannten Einheimischen und Reisenden wird die Warenförmigkeit dieser Beziehung vielfach geleugnet und ist das Machtverhältnis zwischen ihnen keineswegs gebrochen. Der hegemoniale Charakter des Tourismus trat deutlich hervor, als die (meist burmesischen) SexarbeiterInnen in Thailand, das mit dem Slogan vom Land des Lächelns wirbt, nach dem Tsunami von Hilfeleistungen ausgeschlossen und abgeschoben wurden. Die zum touristischen Blick passenden Fischergemeinden erhielten indessen in medial inszenierten Übergabeaktionen Boote und Spendengelder, während sie anderenorts vertrieben und das Land an touristische Investoren vergeben wurde. Die »Reise als Spende für den Wiederaufbau«, für die sich die Welttourismusorganisation stark macht, steht anbetracht des Vertuschens dieser Realitäten symptomatisch für das diskursive und materielle Machtverhältnis im Ferntourismus. ‹›



REZENSIONEN ZUM SCHWERPUNKT

ZWEITER WELTKRIEG UND »DRITTE WELT«

Wo fing der Zweite Weltkrieg an und wann war er zu Ende? Die Eindeutigkeit dieser scheinbar einfachen Frage wird von den AutorInnen des Buches »Unsere Opfer zählen nicht. Die »Dritte Welt« im Zweiten Weltkrieg.« neu zur Verhandlung gestellt. Ihre provokante These: Der Zweite Weltkrieg begann am 02. Oktober 1935 mit dem Einmarsch italienischer Truppen in Äthiopien und endete 1949 mit dem Sieg der revolutionären Volksarmee Mao Tse-Tungs über die Truppen Chiang Kai-Checks.

Dem muss man sich nicht anschließen – bezeichnend ist aber, dass die Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg fast immer eine westliche ist – Japan, als Industrienation und G8-Staat ist da natürlich eingeschlossen.

Die Kriegsparteien bezogen aus ihren Kolonien Rohstoffe, Soldaten, ZwangsarbeiterInnen, (Zwangs-)Prostituierte und verlegten ihre Kriegsschauplätze dorthin. Die Opfer tauchen in Statistiken nicht auf. Dokumentar- und Spielfilme, die sich den Kämpfen in Ozeanien widmen, sprechen noch viel zu häufig von unbevölkerten Landstrichen und eine Anerkennung – symbolischer und monetärer Art – der Leistungen bei der Niederschlagung des Faschismus ist heute umkämpftes Terrain. Eine Wahrnehmung davon, dass ein bedeutender Teil des Zweiten Weltkriegs in der »Dritten Welt« und unter massiver Einbeziehung ihrer Bevölkerung stattgefunden hat, gibt es kaum. Die AutorInnen liefern nun, zum 60. Jahrestag der deutschen und

japanischen Kapitulation und nach zirka zehnjähriger Recherchearbeit, ein Werk ab, das eine alternative Perspektive auf Geschichte einnehmen will. Aus vier Kontinenten – Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien – erzählen Veteranen, Überlebende und Nachkommen von ihren Erlebnissen mit dem Krieg: als Soldaten und ZwangsarbeiterInnen im eigenen Land oder tausende Kilometer entfernt in Europa oder anderen Kontinenten. Von ihren Erfahrungen mit dem Rassismus innerhalb der Armee und ihren enttäuschten Hoffnungen auf Unabhängigkeit und Anerkennung als Gegenleistung für die Dienste. Anzurechnen ist den AutorInnen, dass sie auch die Widersprüche nicht auslassen: indische Truppen, die sich bei der SS verdingen, weil sie sich davon Vorteile gegen die Briten versprechen; die *tirailleurs senegalaise,* die beteiligt waren bei der weiteren Kolonisierung Westafrikas und Niederschlagung von Aufständen. Berichtet wird aber auch vom Widerstand der ostafrikanischen Askari, die gegen die Verschiffung nach Burma und für Heimaturlaub kämpfen.

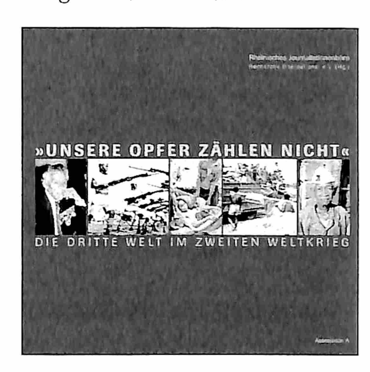
Um mit der schieren Menge des Materials umzugehen, werden einige Länder exemplarisch herausgehoben, und dort wo es notwendig ist fangen die Geschichten schon mit dem Ersten Weltkrieg oder den napoleonischen Kriegen an und beleuchten teilweise noch die Militärpolitik nach 1945 – wie zum Beispiel die Atompolitik in Ozeanien. Extrakapitel sind den Kolonialplänen der Nazis, den Kämpferinnen und Kämpfern im Spanischen Bürgerkrieg und den Schwarzen in der US-Armee gewidmet.

Bei dem Anspruch, die gesamte »Dritte Welt« in einem Buch abbilden zu wollen, ist eine tiefergehende Analyse nicht möglich und auch gar nicht die Absicht der AutorInnen, denen es um eine Geschichtsschreibung »von unten« geht. Eher ist das Buch ein breit gefächerter Überblick und ein Einstieg. Für Interessierte gibt es in den Fußnoten Tipps für die weitere Lektüre.

Was fehlt, ist eine sichtbare Auseinandersetzung mit dem Begriff »Dritte Welt«. Eine kleine Fußnote reicht hier nicht aus, um zu erklären, warum man auf einen Begriff zurückgreift, der eingeschrieben ist in rassistische und post-kolonialistische Diskurse. Ebenso fehlt auch ein Nachwort, das abschließend die Ergebnisse der Untersuchungen zusammenfasst und vor allem eine Einschätzung über deren Bedeutung für die heutige Lage der ehemaligen Kolonien gibt. Zwar kommt die Forderung nach Entschädigung für Kolonisierung, Zwangsarbeit und Kriegsdienst immer wieder auf, eine Kritik der immer weitere Abhängigkeiten produzierenden internationalen Ökonomie sucht man aber vergebens.

Schön ist, dass das Wechseln zwischen wissenschaftlicher Arbeit und mündlicher Erzählung das Lesen für Unbewanderte leicht zugänglich macht und für Bewanderte trotzdem noch Informatives – und vor allem einen unerschöpflichen Schatz an unterschiedlichsten Erfahrungen – bereithält.

Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Rheinisches JournalistInnenbüro und Recherche International e.V. (Herausgeber), Assoziation A, Berlin und Hamburg 2005, EUR 28,50

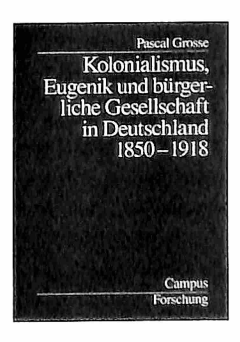


KOLONIALISMUS UND EUGENIK

In seinem Buch »Kolonialismus, Eugenik und Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850 bis 1918« untersucht der Historiker und Mediziner Pascal Grosse »die eugenische Prägung der kolonialen Rassenpolitik im Kaiserreich.« Im Zentrum steht die Frage, in welchem Verhältnis die ordnungspolitischen Vorstellungen des bürgerlichen deutschen Nationalstaates mit »der Entwicklung einer auf rassischen Kriterien beruhenden gesellschaftlichen Ordnung« standen. Ausgangspunkt ist für Grosse im Gegensatz zur kanonisierten Geschichtsschreibung, die Annahme, dass im »kolonialen Rassestaat die Konzepte von ›Nation‹ und ›Rasse‹ nicht zur Deckung kamen«, sondern in einem besonderen Spannungsfeld standen, »in dem sich die europäische koloniale Rassenpolitik seit den 80er Jahren bewegte.«

Die bei diesem Thema häufig vermuteten strukturellen Kontinuitäten zwischen der kurzen deutschen Kolonialzeit und dem Nationalsozialismus sind nicht Thema des Buches. Ihnen steht der Autor skeptisch gegenüber, zumindest wenn sie linear gedacht werden. Für ihn »stellen die Wandlungen der kolonialen Rassenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg [...] die Matrix für die Genese einer globalen ›Rassenfrage‹« nach diesem Krieg dar.

Kolonialismus, Eugenik und Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850 bis 1918, Campus, Frankfurt am Main, EUR 29,90



DEUTSCHLAND UND OSTAFRIKA

1905 kam es in Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania zu einem der größten Kolonialkriege in der Geschichte des afrikanischen Kontinents. Die einheimische Bevölkerung erhob sich gegen die deutschen Besatzer. In den zwei Jahren, die der Krieg währte, starben auf afrikanischer Seite wahrscheinlich weit mehr als 100.000 Menschen, die meisten davon an Hunger, da mit einer Strategie der verbrannten Erde die Nahrungsgrundlage der ganzen Bevölkerung systematisch zerstört wurde. Dagegen fanden nur 15 Europäer durch Kampfhandlungen den Tod.
Eine aus Wasser bestehende Kriegsmedizin, in Swahili »Maji«, sollte die Krieger unverwundbar gegenüber den Kugeln der Besatzungsarmee machen. Der Glaube an die Wirkung des Maji vereinte die unterschiedlichsten Gruppen im Kampf und führte angesichts der deutschen Maschinengewehre und dem grausamen und rücksichtslosen Vorgehen der »Schutztruppen« zur Vernichtung eines Großteils der Maji-Maji-Krieger.
Zum hundertsten Jahrestag des Krieges will das mit viel Karten- und Bildmaterial ausgestattete Buch einen umfassenden Überblick über dieses beinahe vergessene Kapitel deutscher Kolonialgeschichte bieten. Dafür wurde ein internationales Autorenteam versammelt, das nicht nur den Verlauf des Krieges ausführlich darstellt, sondern auch die Vorgeschichte beleuchtet. Neben der vorkolonialen Zeit in Tansania wird auch die brutale Behandlung der einheimischen Bevölkerung durch die deutschen Siedler und die Zerstörung der bis dahin bestehenden landwirtschaftlichen und merkantilen Strukturen geschildert, die schließlich zu dem »Aufstand« führten. Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit den Folgen des Krieges, bis hin zu einem leider vergleichsweise kurz gehaltenen Artikel zum aktuellen Verhältnis zwischen Deutschland und Tansania. Angesichts der abwertenden und herablassenden Konnotation des Wortes Aufstand, das bis heute verwendet wird, haben sich die AutorInnen des Buches durchgängig für den Begriff »Krieg« entschieden. Auch sonst wurde versucht, diffamierende, beschönigende oder herablassende koloniale Terminologie zu vermeiden. Des Weiteren lassen die AutorInnen wenigstens zu einem großen Teil auch tansanische Zeitzeugen und afrikanische AutorInnen zu Wort kommen, auch wenn das Verhältnis nicht ausgewogen ist. Durch speziellere Kapitel, wie zum Verhalten der Missionare während des Krieges oder zur Berichterstattung in der kolonialen Presse bietet das Buch auch den LeserInnen vielleicht noch etwas Neues, die sich bereits mit dem Thema beschäftigt haben.

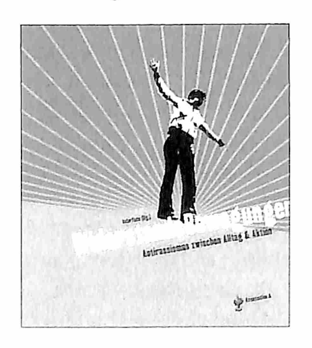
Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905 bis 1907, Felicitas Becker und Jigal Beez, Ch. Links Verlag, Berlin 2005, EUR 22,90



ALLTAG UND AKTION

Der Ausgangspunkt des Buches sind die verschiedenen Formen von Widerstand, die sich unter Antirassismus subsumieren lassen. Dabei sind die Formen von Widerstand mindestens so vielfältig wie ihre Ziele.
Für das Buchprojekt haben die HerausgeberInnen Einzel- und Gruppenmeinungen der AktivistInnen gesucht, die ihre eigene Widerstandsbewegung erklären, Widerstandsformen diskutieren, Kontroversen und Debatten aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten oder Konflikte noch einmal transparent machen. Im Mittelpunkt steht die Sicht aus den und in die Bewegungen. Dabei werden nicht nur gute Analysen und dichte Beschreibungen vorgenommen. Im Fokus stehen auch Widerstandserfahrungen, Bewertungen von Niederlagen und natürlich Erfolgen, sowie die Suche nach Perspektiven und Utopien. Entstanden ist ein Bewegungsbuch, das aus den antirassistischen Bewegungen kommt und für sie geschrieben wurde. Dies beinhaltet auch die Hoffnung, durch das Aufzeigen und Zusammenführen aktueller Debatten in und zwischen den Widerstandsbewegungen gemeinsame Perspektiven aufzuzeigen.

Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag und Aktion, Interface (Herausgeber), Assoziation A, Berlin und Hamburg 2005, EUR 19,50



KURZ VORGESTELLT

WIDERSTAND

In vielen Köpfen ist Geschichte nach wie vor zum einen scheinbar geschlechtsneutral, und darin häufig männlich, und zum anderen äußerst personalisiert. Das Geschichtsbild ist entsprechend verzerrt: in diesem lenken einzelne, zumeist Männer, das Schicksal namenloser Massen. Zu einem nicht geringen Teil liegt dies an der Geschichtsschreibung selbst, wie sie an Universitäten gelehrt und verfasst, und durch Multiplikatoren wie Schulen und Fernsehen verbreitet wird.

Frauen werden in diesen Betrachtungen gar nicht erst als mögliche ProtagonistInnen wahrgenommen. Dies liegt zu einem nicht geringen Teil an den Zeitgenossen, die häufig selbst männlich den Anteil, den Frauen am Geschehen hatten, nicht wahrnahmen, beziehungsweise wahrnehmen wollten. Wenn überhaupt wurde ihnen lediglich ein Platz als stille Lenkerinnen hinter den scheinbar Mächtigen dieser Welt zugestanden. Dass Geschichte nicht nur von Männern gemacht wird und faschistische Diktaturen alles andere als Ein-Mann-Betriebe sind, sondern auch Frauen aktive Akteurinnen sind, ist eine Tatsache, die sich mittlerweile selbst in akademischen Gefilden herumspricht.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Dokumentation über »Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance«. Der Widerstand von Deutschen, vielfach verwendet als Persilschein gegen eine angebliche »Kollektivschuld« der Deutschen, wird anhand von 83 Einzelbiographien über Frauen, die aktiven Widerstand in den von Deutschland besetzten Teilen Frankreichs leisteten, dargestellt. Zum Teil von den Aktivistinnen selbst verfasst, entsteht beim Lesen ein sehr greifbares Bild, was Widerstand im NS konkret für die beteiligten Frauen bedeutet hat. Umso mehr, da die Verfasserinnen einen nüchternen, berichtenden Stil pflegen und von jedem Pathos Abstand nehmen. So wird der Leser immer dicht am Thema gehalten. 27 der Einzelwege sind ausführlich dokumentiert. 56 weitere vervollständigen das Bild, der an der beteiligten Résistence Frauen, mitsamt dem, was bisher über sie bekannt ist.

Weitere Hinweise, Korrekturen und Ergänzungen werden von der Herausgeberin, darauf weist sie im Vorwort ausdrücklich hin, dankbar entgegengenommen.

Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance, Eine Dokumentation, Herausgegeben von Ulla Plener, edition bodoni, Berlin 2005, EUR 19,80



AUF DER SUCHE

Anfang der 60er Jahre finden sich bei der Zeitung *Quaderni Rossi* antistalinistische Linke zusammen, welche die Arbeiterklasse nicht mehr als abstraktes revolutionäres Subjekt begreifen, sondern versuchen ihre innere Zusammensetzung zu verstehen. In Ablehnung der Fortschrittsgläubigkeit traditioneller MarxistInnen wollen sie die Beziehungen zwischen den ArbeitInnen und Maschinen genauer und vor allem mit den ArbeiterInnen zusammen untersuchen. Durch die proletarische Aneignung soziologischer Forschungsmethoden sollen nicht nur die wirklichen Machtbeziehungen in der Fabrik erkannt, sondern gleichzeitig die Potentiale zu ihrer Abschaffung aufgezeigt werden. »Die Waffen der proletarischen Revolten sind immer den Arsenalen der Bosse entwendet worden«.
Mit der »Arbeiteruntersuchung« gelingt es den operaistischen Gruppen sich in einigen großen Fabriken zu verankern (Sergio Bologna bezeichnete diese Untersuchungen im Nachhinein als einen Dietrich, mit dem sich beliebig viele Türen öffnen ließen). Dabei stoßen sie nun auf eine neue Schicht von ArbeiterInnen, die ungelernt aus dem größtenteils armen und bäuerlich geprägten Süden emigriert sind. Diese sind weder an die kommunistische Partei (PCI), noch an die kooperatistischen Gewerkschaften oder die Fabrikdisziplin gebunden und stellen durch ihre radikale Ablehnung der Arbeit letztlich den Kapitalismus grundlegend in Frage. Auf diese Figur des »Massenarbeiters« stützen sich die meisten Analysen und Hoffnungen der OperaistInnen. Ihre auf die Fabriken konzentrierte Politik will die Ablehnung der Arbeit zu einer revolutionären Bewegung weiter entwickeln.
Ihr Projekt, vor allem den frühen Marx neu zu lesen, führt in Verbindung mit der permanenten Infragestellung der »wirklichen Klassenzusammensetzung« teilweise zu einseitigen Analysen. So werden neue Subjekte postuliert und möglichst umfassende Begriffe eingeführt, die aber inhaltlich kaum gefüllt werden (können). In Antonio Negri sieht Steve Wright den Vertreter des Operaismus, der gerade diese Schwachstellen weiter entwickelt hat. Seiner theoretischen und programmatischen Entwicklung widmet der Autor ein ganzes Kapitel. Dort beleuchtet er die gesellschaftlichen Umstände der 70er Jahre, in denen die These des Übergangs vom »Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter« entwickelt wird, »um einschätzen zu können, wieweit diese je dazu taugte, den Klassenkampf zu verstehen.«
Die These der zunehmenden Vergesellschaftung der Arbeit und der daraus entstehenden Vergesellschaftung der Kämpfe entwickelt Negri zum Postulat einer neu zusammengesetzten Klasse weiter, die im Subjekt des gesellschaftlichen Arbeiters zur kämpferischen Einheit findet. Gerade um diese Einheit ist es jedoch bei genauer Betrachtung der Kämpfe schlecht bestellt. Während die MassenarbeiterInnen zunehmend unter Druck geraten, entwickeln sich zwar neue Kampfformen (»proletarisches Einkaufen«, Hausbesetzungen oder eigenmächtiges Reduzieren der Strom- und Gaszahlungen), aber diese Praxen bleiben meist voneinander isoliert.
Die aktiven Subjekte sind in ihren Bedürfnissen und Zielen zu differenziert, um in einer neuen Überkategorie analytisch erfasst zu werden. Die von den frühen OperaistInnen entwickelten analytischen Methoden und kämpferischen Praktiken können aber helfen, diese Auseinandersetzungen zu verstehen.

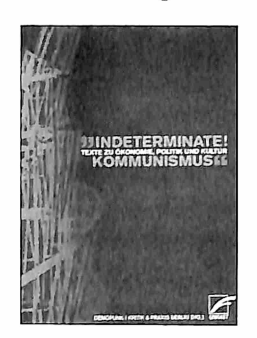
Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus. Steve Wright, Assoziation A, Berlin 2005. EUR 18,00

Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien. Primo Moroni, Nanni Balestrini, Assoziation A, Berlin 2002, EUR 24,00

KOMMUNISMUS

International aktive AutorInnen diskutieren Aktualität, Möglichkeit, Kritik und Utopie einer radikal antikapitalistischen Gesellschaftskritik auf der Höhe der Zeit.
»Indeterminate!« ist ein Aufruf, Determinismen zu zerlegen, Unmögliches zu fordern, Geschichte zu gefährden. Dass die bestehende Gesellschaft nicht das natürliche Happy End der geschichtlichen Entwicklung ist, sondern aus vielen guten Gründen überwunden werden muss, ist klassischer Bestandteil emanzipatorischer Philosophie und Politik, emanzipatorischen Kunst- und Kulturschaffens. Noch immer gilt die kritische Erkenntnis, dass der Kapitalismus diejenigen Qualitäten zugleich bereitstellt und blockiert, die eine freie und gerechte Gesellschaft virtuell ermöglichen. Der vorliegende Sammelband ist Debatte um Kommunismus als »wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt« (Marx), darum, Kommunismus in der ökonomischen, politischen und künstlerischen Praxis hervortreten zu lassen. Dabei wird von der Frage ausgegangen, wie die Notwendigkeit des Nachdenkens über grundlegende gesellschaftliche Alternativen wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden kann, ohne dabei von der Suche nach Eingriffspunkten für die Praxis abzusehen.

Indeterminate Kommunismus! Texte zu Ökonomie, Politik und Kultur. DemoPunk und Kritik & Praxis Berlin (Herausgeber), Unrast-Verlag, Münster 2005, EUR 18,00



GO STOP ACT

Eine Zusammenstellung der widerständig bunten Protestformen der Antiglobalisierungsbewegung. Der Kampf um Räume, gute Laune und der Neudefinition dessen, was politisch ist; mit Fokus auf die BRD-Subkultur aber auch anhand vieler kreativer Beispiele aus aller Welt. Die Bandbreite des politischen Aktivismus scheint grenzenlos bunt, ungestüm und vor allem rotzfrech. Neben dem Überblick kommen viele AktivistInnen selbst zu Wort, geben Tipps und Tricks weiter, erzählen von gemachten Erfahrungen, überwundenen Problemen und jenen, an denen sie noch zu knabbern haben.

go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten, Aktionen, Ideen Marc Amann (Herausgeber), Trotzdem Verlag, Frankfurt am Main 2005, EUR 18,00



BACKLIST ZAG

2005 NUMMER 46 Lechts und Rinks **2004 45** Migration von Frauen (vergriffen) **44** Migrationsmanagement (vergriffen) **2003 43** Antiziganismus **42** 911 Turbo **2002 41** Monster AG **40** Blitzkulturen **2001 39** Antisemitismus (vergriffen) **38** Abschiebeknäste **2000 36/37** Zimmer ohne Aussicht **35** Schengenland **34** Islambilder **1999 33** Konzepte antirassistischer Arbeit **32** Die Bilder-Zag **31** Gesundheit als Privileg **30** Das Ende der Tabus **1998 29** Sport und Rassismus **28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **27** Antirassistische Jugendarbeit **26** MigrantInnen **1997 25** Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität **24** Globale Migrationskontrolle **23** Mobilität **22** City 2000 **1996 21** Balkan, Krieg und Flucht **20** Ökologie **19** Einwanderungspolitik **18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca! (vergriffen) **1995 17** Alltag-Kultur-Rassismus **16** Europa **15** Illegalisierung (vergriffen) **14** Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits **1994 13** Polizei und Justiz **12** Rassismus und Soziale Frage **11** Innere Sicherheit **10** Rassismus und Bildung **1993 9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen) **8** Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen) **7** Rassismus und Bildung (vergriffen) **6** Gleiche Rechte für alle/Lagerkampagne (vergriffen) **1992 5** Roma/Rostock (vergriffen) **4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (vergriffen) **3** Wer schweigt, stimmt zu **2** Greift ein! Schaut nicht weg **1991 1** Rassismus tötet (vergriffen)

DIE ZAG IM ABONNEMENT www.zag-berlin.de **oder** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Vier Ausgaben** kosten EUR 14,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 20,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden! Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.

KLEINE ANFRAGE

2005 NUMMER 09 Selbstorganisation **2004 08** Zehn Jahre Zapatistas, zehn Jahre Globalisierung von unten **2003 07** Sozialabbau und Widerstand in Berlin **06** Arbeit **S3** Hochschulproteste, Gemeinschaftsausgabe mit HUch!, Out of Dahlem und AStA TU-Info **S2** Europäisches Sozialforum in Florenz **2002 05** Rechtspopulismus in Europa **04** Überwachung und Kontrolle **03** Stadt im Wandel **2001 02** Globaler Widerstand **01** Soziale Bewegungen und Proteste (vergriffen) **S1** Erster Europäischer Studierendenstreik (vergriffen) S = Sonderausgabe

KOSTENLOSE BESTELLUNG backlist@kleine-anfrage.org **oder** kleine anfrage, c/o Schwarze Risse, Kastanienallee 85, 10435 Berlin

WATCHLIST kleine anfrage gibt's in: **AACHEN Che-Haus** Pontstraße 41 **AMSTERDAM Counter Information Agency Infoshop** Overtom 301 **ID-Archiv im IISG** Cruquiusweg 31 **BERLIN Baiz** Torstraße **Bandito Rosso** Lottumstraße **Buchladen oh 21** Oranienstraße 21 **Buchhandlung pro qm** Alte Schönhauserstraße **Buchladen Schwarze Risse** Kastanienallee 85 und Gneisenaustr. 2a **Haus der Demokratie**, Greifswalderstraße **M99**, Manteuffelstraße 99 **Syndikat** Weisestraße **Universitäten:** HU, FU, TU (diverse Orte) **BOCHUM Notstands-Archiv** Universitätsstraße **BREMEN Archiv der sozialen Bewegungen** St.-Pauli-Straße 10/12 **HAMBURG Buch- und Infoladen Schwarzmarkt** Kleiner Schäferkamp 46 **KÖLN Der andere Buchladen** Weyertal 32 **LEIPZIG Deutsche Bücherei** Deutscher Platz 1 **Infoladen** Koburgerstraße 3 **MARBURG Buchhandlung Roter Stern** Am Grün 28 bis 30 **OSNABRÜCK Café Mano Negra** Alte Münze 12 **SIEGEN Buchhandlung Bücherkiste** Bismarckstraße 3 **STUTTGART Dokumentationsstelle** für unkonventionelle Literatur der Bibliothek für Zeitgeschichte, Gaisburgstraße 4a

EIGENTUMSVORBEHALT Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich und vollständig ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM DER GEMEINSCHAFTSAUSGABE

HERAUSGEBER Antirassistische Initiative e.V. in Zusammenarbeit mit reflect! e.V. **DIE ZAG** ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. **DIE KLEINE ANFRAGE** ist eine autonome AG von reflect!. Die Artikel geben nicht immer die Meinung von reflect! wieder. **REDAKTIONSANSCHRIFT** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, **Telefon** 7 85 72 81, **Fax** 6 91 30 05 **E-Mail** redaktion@zag-berlin.de **Internet** www.zag-berlin.de **REDAKTIONSANSCHRIFT** kleine anfrage, c/o Schwarze Risse, Kastanienallee 85, 10435 Berlin **E-Mail** redaktion@kleine-anfrage.org **BANKVERBINDUNG** ZAG Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20 500, Abo-Kontonummer 3 039 601, ARI-Spenden-Kontonummer 3 039 600 **GRAFISCHE GESAMTGESTALTUNG** Brigade Neuroth **DRUCK** Bodoni Museum zu Berlin **GEWERBLICHE ANZEIGEN** Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01. April 2001. **V.I.S.D.P.** der Gemeinschaftsausgabe Peter Finger

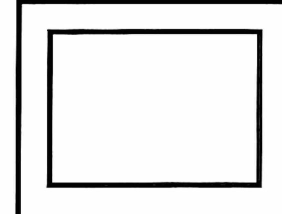
Prozesskosten für die Yorck59

Auch nach dem „Tag Y" ist Eure Unterstützung für das Projekt Yorck59 gefragt! Während der politische Kampf für den Erhalt des Projekts weitergeht, sehen wir uns nach der Räumung mit hohen Prozesskosten konfrontiert. Mit diesem Spendenaufruf sammeln wir für die anstehenden Repressionskosten der Räumung und der zahlreichen Soli-Aktionen.

Ihr habt die Möglichkeit eine einmalige Spende zu überweisen oder eine Patenschaft zu übernehmen, indem ihr eine Jahr lang z.B. 5 Euro pro Monat spendet.

KontoNr.: 3039600, Kontoinhaberin: ARI, BLZ: 10020500
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: „Hausprojekt, Yorck59" (ggf. den Zusatz „Patenschaft" angeben)

BESTELLPOSTKARTE



ZAG
kleine anfrage
C/O NETZWERK SELBSTHILFE E.V.
IM MEHRINGHOF
GNEISENAUSTRAßE 2A
D-10961 BERLIN

Ich abonniere die ZAG und erhalte ein Jahresabo mit zum Preis von EUR 14,00.
- Das Auslandsabo zu EUR 20,00
- Das Förderabo in Höhe von EUR

NACH ERHALT EINER RECHNUNG ÜBERWEISE ICH AUF DAS KONTO:
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 20 500
Stichwort ZAG
Kontonummer 3039 601

Ich abonniere die kleine anfrage und erhalte ein ein Jahresabo zum Preis von EUR 10,00.
- Das Förderabo in Höhe von EUR
- Ich lege EUR 10.00 bei
- Ich bezahle per Rechnung

NAME, ADRESSE